

Freie Demokraten

Landesverband
Hamburg **FDP**

Antragsbuch des

121. Landesparteitages

der FDP Hamburg

08. September 2024

#fdpHH121

Inhaltsverzeichnis

Antrag		Seite
LA2402/01	Für ein lebenswertes, sicheres und mobiles Hamburg der Zukunft Landesvorstand FDP Hamburg	1
A2402/02	Fortentwicklung von Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz in Hamburg LFA 2	74

121. FDP-Landesparteitag, 08. September 2024

Antragsteller:
Landesvorstand

Drs.: LA2402/01

Ja
Nein
Enthaltungen

Angenommen
Ja
Nein
Überwiesen

**„Für ein lebenswertes, sicheres und mobiles Hamburg der
Zukunft“**

**Wahlprogramm
der Hamburger Freien Demokraten
zur Wahl der Bürgerschaft am 2. März 2025**

Beschluss des Landesvorstands vom 25. August 2024
Leitantrag zum Landesparteitag am 8. September 2024

Der Landesparteitag möge beschließen:

Inhaltsverzeichnis

Priorität für Wachstum und Wirtschaft	4
Lebenswerte Quartiere, bezahlbarer Wohnraum und eine lebendige Innenstadt – Wir bauen die Stadt von morgen –	15
Mobilität schafft Freiheit	23
Aufstieg durch Bildung – das liberale Versprechen	32
Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für unsere Stadt	40
Innere Sicherheit	45
Justiz	47
Integration und Migration	49
Für ein soziales Miteinander – Wir haben alle Menschen im Blick	52
Hamburg – Stadt der Wissenschaft	56
Kulturmetropole Hamburg	59
Wir stellen die Weichen für die Zukunft der Gesundheitsversorgung	63
Sport und Bewegung	67
Nachhaltigkeit bei den öffentlichen Finanzen – Effiziente Öffentliche Verwaltung	70

1 **Priorität für Wachstum und Wirtschaft**

2 Hamburg braucht eine Wirtschaftswende. Und die Hamburger Politik braucht wieder
3 echte Wirtschaftskompetenz. Dafür stehen wir Freie Demokraten. Nur eine gut lau-
4 fende Wirtschaft sorgt dafür, dass unser Zusammenleben in Wohlstand, Sicherheit
5 und mit Zukunftsperspektiven funktioniert. Wir wollen die Wirtschaft von überborden-
6 der Bürokratie befreien. Wir brauchen wieder Wettbewerb und Marktwirtschaft in Ham-
7 burg, keine Verbote, Vorgaben und Gängeleien. Wir setzen auf den Standort Hamburg
8 mit Industrie, Dienstleistungen, Handel, Handwerk und neuen Technologien. Das
9 macht Hamburg attraktiv für Fachkräfte, die Hamburgs Betriebe brauchen.

10 **Wachstum und Nachhaltigkeit gehören zusammen**

11 Für Liberale ist die Soziale Marktwirtschaft auch ökologischen Zielen und der Scho-
12 nung der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet. Unsere Aufgabe ist es, Nachhal-
13 tigkeit und Wohlstand miteinander in Einklang zu bringen. Nachhaltigkeit bedeutet Er-
14 neuerung, Wandel und technologieoffene Innovation. Nachhaltigkeit steht auf den drei
15 Säulen der Ökologie, Ökonomie und sozialem Ausgleich.

16 Wir wollen diese Ziele jedoch nicht über Verbote, sondern über marktwirtschaftlichen
17 Rahmenbedingungen erreichen. Erst wirtschaftliches Wachstum macht es uns mög-
18 lich, persönliche, gesellschaftliche und globale Herausforderungen zu bewältigen –
19 von der Energiewende und der ökologischen Modernisierung über den demographi-
20 schen Wandel bis zur Bekämpfung von Krankheiten.

21 **Der Mittelstand als Träger von Wohlstand und Sicherheit**

22 Die lokale und regionale Wirtschaft in einer Millionenmetropole, das ist in erster Linie
23 der Mittelstand – kleine und mittlere Betriebe vom klassischen Handwerk über den
24 Dienstleistungs- und Produktionsbetrieb bis hin zum kleinen Digitalunternehmer. Aber
25 auch Unternehmen mit mehreren hundert oder auch einigen tausend Mitarbeitern, be-
26 deutenden Umsätzen und weltweitem Geschäft, die sich mit Qualität und Innovativität
27 am Markt etabliert haben. Sie alle sind das Fundament für wirtschaftliche und soziale
28 Stabilität und Mobilität in der Region. Hamburg muss ihnen darum die Rahmenbedin-
29 gungen geben, dass sie hier gut wirtschaften können. Diese Rahmenbedingungen be-
30 treffen wettbewerbsfähige und faire Steuern, Wissenstransfer aus der Forschung, Flä-
31 chen für Betriebe und eine moderne Infrastruktur. Hamburg muss Unternehmen eine
32 leistungsfähige Infrastruktur im analogen wie im digitalen Bereich garantieren, damit
33 sie ihr Geschäft aufbauen und entwickeln können. Das gilt auch und gerade für die
34 digitale Kommunikation zwischen Unternehmen und öffentlicher Verwaltung.

35 **Belastungsmoratorium für Unternehmen und Betriebe**

36 Das Umfeld für unsere Unternehmen ist bereits hart genug: zur europäisierten, globa-
37 lisierten Konkurrenz kommen die schwierigen technologischen, geopolitischen, ökolo-
38 gischen Herausforderungen unseres Zeitalters. Hamburg muss also seinen Unterneh-
39 men helfen, wo es kann. Wir fordern deshalb ein konsequentes Belastungsmoratorium
40 für die Unternehmen in Hamburg auf Melde-, Informations- und Dokumentationspflich-
41 ten. Unternehmen haben Besseres und Sinnvolleres zu tun, als sich mit überborden-
42 den Regularien, Vorschriften, Auflagen und Verboten zu befassen. Der Staat und die
43 öffentliche Verwaltung haben grundsätzlich alle Daten und Informationen, die sie für
44 ihre Aufgaben brauchen. Diese Daten sind nur nicht ausreichend transparent und ver-
45 netzt verfügbar. Es ist aber die Pflicht der öffentlichen Verwaltung, für Transparenz
46 und Vernetzung zu sorgen und dabei gleichzeitig den Datenschutz zu garantieren. Es

47 ist nicht die Aufgabe von Bürgerinnen und Bürgern oder Unternehmen, Daten und In-
48 formationen immer wieder neu und doppelt und dreifach für den Staat aufwändig zur
49 Verfügung zu stellen. Deswegen soll es zunächst keine neuen Anforderungen und
50 Auflagen für die Wirtschaft in Hamburg und in den Bezirken geben. Die bestehenden
51 Regelwerke müssen darüber hinaus noch immer wieder auf ihren Sinn überprüft und
52 so weit wie möglich vereinfacht werden.

53 **Gewerbeflächenangebot verbessern**

54 Wir streben an, Gewerbeflächen mit niedriger Wertschöpfung in Gebiete mit höherer
55 Wertschöpfung umzuwandeln. Ein Beispiel hierfür sind die Industrie- und Gewerbege-
56 biete in Hamm-Süd und Billbrook, die mit veralteten und teilweise leerstehenden Ge-
57 bäuden sowie großen Flächen als Abstellplätze für Gebrauchtwagen problematisch
58 sind. Ähnliche Herausforderungen finden sich auch im Hafen.

59 Wir schlagen vor, den Bezirken eine dauerhaft auszahlende Prämie für die Geneh-
60 migung von Gewerbeansiedlungen zu gewähren, ähnlich wie es bereits bei Bauges-
61 nehmigungen im Wohnungsbau erfolgt.

62 **Lokalen Handel unterstützen**

63 Selbstverständlich zählt der lokale Handel zum Mittelstand. In einem ständigen Wett-
64 bewerb mit dem Online-Handel hat sich der stationäre Handel bisher erfolgreich durch-
65 gesetzt, indem er fortlaufend neue Ideen und Konzepte entwickelt und umsetzt. Um
66 den lokalen Handel in den Stadtteilen zu stärken, streben wir an, die Möglichkeit von
67 Sonntagsöffnungen zu erweitern, sofern dies im Interesse der Händlerinnen und
68 Händler ist. Bei komplett digitalisierten Läden, in denen ein sogenannter Self Check-
69 Out möglich ist, wollen wir die Öffnungszeiten an Sonntagen und Feiertagen komplett
70 freigeben, da in diesen Läden kein Personal für den laufenden Betrieb nötig ist. Die
71 Verantwortung für die Öffnungszeiten sollte bei den Bezirken liegen, da diesen am
72 nächsten am lokalen Handel mit seinen Bedürfnissen und Besonderheiten sind.

73 **Ein Herz für das Handwerk**

74 Wir Freien Demokraten haben ein Herz für das Handwerk. Denn das Handwerk ist das
75 Herz der Wirtschaft, ohne Handwerk kann kein Produkt entworfen, verwirklicht oder
76 repariert werden – kurz: ohne das Handwerk wäre unsere Stadt nicht, was sie ist.
77 Diese einzigartige traditionelle und immer wieder moderne Art des Unternehmertums
78 braucht den nötigen Respekt und ein freundliches und helfendes Umfeld in Verwal-
79 tung, Recht und Politik. Denn jeder Handwerksbetrieb ist ein Einzelkämpfer ohne die
80 Mittel und Möglichkeiten der Industrie.

81 **Attraktiver Ausbildungsstandort**

82 Hamburg soll weiterhin ein attraktiver Ausbildungsstandort bleiben. Dafür muss aus-
83 reichend bezahlbarer Wohnraum für Ausbildungsanfänger zur Verfügung stehen. Der-
84 zeit liegt die Versorgungsquote von Auszubildenden mit Wohnheimplätzen unter drei
85 Prozent. Wir streben an, diese Quote bis 2030 auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen.

86 Die aktuellen Bildungspläne sehen die Berufsorientierung als ein interdisziplinäres
87 Querschnittsthema vor. Wir engagieren uns dafür, dass dieser Ansatz in den Schulen
88 tatsächlich umgesetzt wird und Fachlehrkräfte entsprechend ausgebildet werden, um
89 Fachunterricht und zeitgemäße Praxisbeispiele wirksam zu verbinden. Zudem sollen
90 auch die bestehenden Werkstätten in den Hamburger Schulen erhalten bleiben.

91 Wir werden eine Strategie für Handwerker- und Gewerbehöfe umsetzen, um in der
92 dicht besiedelten Stadt ausreichend Flächen für den handwerklichen Mittelstand zu

93 schaffen, den Verdrängungsdruck auf die Betriebe zu verringern und die lokale Ver-
94 sorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Handwerksleistungen zu verbessern. Um
95 dies zu erreichen, wollen wir der Förderung des Wohnungsbaus eine ähnliche Unter-
96 stützung für den Bau von Gewerbehöfen gegenüberstellen. Dazu gehört auch die ver-
97 kehrsrechtliche Gleichstellung von Anwohnern und ansässigen Betrieben in Bewoh-
98 nerparkgebieten zu gewährleisten und die Entmischung gewachsener Quartiere zu
99 vermeiden.

100 Handwerksbetriebe können ihre Fahrten zu Baustellen und zu Kundinnen und Kunden
101 nur schwerlich vom Auto auf andere Verkehrsmittel verlagern, da meist erhebliche
102 Lasten (Werkzeug, Maschinen, Baustoffe und Produkte) zu transportieren sind. Daher
103 sind diese Betriebe darauf angewiesen, ihre Fahrzeuge in unmittelbarer Nähe zum
104 Einsatzort zu parken. Wir setzen uns dafür ein, die Vielzahl unterschiedlicher Parkaus-
105 nahmegenehmigungen in einer allgemeinen Parkerlaubnis (Handwerkerparkausweis)
106 zusammenzufassen und diese unbürokratisch, also ohne Einzelfallprüfung, zu ertei-
107 len.

108 **Fachkräfte für Hamburg begeistern und anziehen**

109 Ein wachsendes Problem für die Wirtschaft in Hamburg und in den Bezirken ist der
110 Fachkräftemangel. Das gilt mittlerweile in fast allen Branchen und Berufen. Und es
111 betrifft alle Bezirke. Deswegen fordern wir eine Strategie der internationalen Positio-
112 nierung Hamburgs als Top-Standort für qualifizierte Fachkräfte aus aller Welt. Der
113 Hamburger Senat und die Bezirke haben es bis heute versäumt, hier aktiv zu werden
114 und Hamburg im Ausland zu bewerben und attraktiv für diese Menschen zu machen.
115 Es ist Zeit, dass Hamburg seinem Anspruch als Tor zur Welt und internationale Met-
116ropole hier gerecht wird und auch selbst aktiv in die Welt geht, um Menschen für un-
117 sere Stadt als Ort zum Leben und Arbeiten und zur Gründung und Ansiedlung von
118 Unternehmen zu begeistern. Wir wollen Hamburg im Ausland bekannter und attrakti-
119 ver machen und die Bezirke mit ihren eigenen Besonderheiten, Stärken und Profilen
120 einbeziehen.

121 Für einen national und internationale attraktiveren Standort Hamburg muss auch die
122 Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft, gerade bei Kleinen und Mittleren Un-
123 ternehmen, vorangebracht werden. Nur so entstehen neue und zukunftsfähige Unter-
124 nehmen und Jobs vor Ort. Wenn sich innovative Ideen aus Forschung und Entwicklung
125 mit unternehmerischer Erfahrung und unternehmerischem Können verbinden, entste-
126 hen die erfolgreichsten und nachhaltigsten Konzepte. Das kann und wird zu einer
127 Gründungsoffensive für Hamburg führen, die Fachkräfte nach Hamburg lockt. Nicht
128 durch Subventionen oder direkte Zuwendungen des Staates, sondern durch die richti-
129 gen Rahmenbedingungen für Menschen und Unternehmen.

130 **Hamburgs Rolle und Selbstverständnis in Europa und der Welt**

131 Europa ist für uns Liberale Teil unserer kulturellen Identität, Rückversicherung unserer
132 Freiheit und zugleich Notwendigkeit, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.
133 Hamburg ist eine europäische Metropole und trägt damit auch europäische Verantwor-
134 tung. Im globalen und europäischen Maßstab ist Hamburg die erste und wichtigste
135 Plattform und Drehscheibe für Nord- und Mitteleuropa – als Hafen und Industriestand-
136 ort, als Knotenpunkt und Zentrum für Kultur, Handel, Verkehr, Wissenschaft und For-
137 schung, als attraktiver Handelspartner für europäische und internationale Partner.
138 Hamburg nutzt und dient der globalen Vernetzung und Verbundenheit unserer heuti-
139 gen Welt.

140 Neue europäische wirtschaftliche Schwerpunktsetzungen, transeuropäische Ver-
141 kehrsnetze, die europäische Handelspolitik, eine funktionierende Finanzwirtschaft mit
142 deutlich globaler Ausrichtung und weniger Regulatorik, mit mehr Wettbewerb zwischen
143 den Finanzmärkten innerhalb und außerhalb der EU sowie schließlich die deutschen
144 politischen Beziehungen zu den globalen Handelspartnern wie den für Hamburgs Wirt-
145 schaft wichtigen Nachbarländern – all dies betrifft unmittelbar die Interessen der Ham-
146 burger Bürger.

147 Insbesondere wichtig sind die Beziehungen zu unseren Nachbarn und engen Wirt-
148 schaftspartnern Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Polen, Tschechien und
149 den Ländern des Baltikums. Als internationale Metropole kann Hamburg stolz auf
150 seine Städtepartnerschaften mit neun anderen Metropolen sein. Wir setzen uns dafür
151 ein, diese Städtepartnerschaften mit Leben zu füllen. Die jüngst etablierte strategische
152 Städtepartnerschaft des Hamburger Senats mit Kiew zeigt, dass trotz anfänglicher Zu-
153 rückhaltung die Möglichkeit besteht, neue und wertvolle internationale Beziehungen
154 einzugehen. Diese Entwicklung ermutigt uns, den Blick weiter nach Südosteuropa zu
155 richten und die Chancen für zukünftige Kooperationen zu ergreifen. Deswegen setzen
156 wir uns für einen Ausbau der Städtepartnerschaften mit Südosteuropa ein.

157 **Unsere Vorschläge für Hamburgs Wirtschaft – Punkt für Punkt:**

158 **Hamburger Cluster stärken und ausbauen**

159 In Hamburg spielen verschiedene Cluster eine entscheidende Rolle, da sie den Groß-
160 teil der Wirtschaftsleistung und Arbeitsplätze der Stadt ausmachen. Diese Cluster um-
161 fassen die maritime Wirtschaft, Logistik, Luftfahrt, Tourismus, Lifesciences und Ge-
162 sundheitswirtschaft, Medien- und Kreativwirtschaft sowie erneuerbare Energien. Um
163 den Wohlstand zu fördern, müssen diese Cluster durch die Schaffung florierender Wirt-
164 schaftsräume in der Stadt und der Metropolregion weiter gestärkt werden. Als Freie
165 Demokraten setzen wir uns für folgende Maßnahmen ein:

- 166 • eine Überprüfung der bisherigen Cluster-Politik, mit dem Ziel, die Cluster mit denen
167 der Metropolregion zu verbinden. Die OECD kritisiert zurecht, dass Hamburg die
168 vorhandenen Synergien nicht nutzt
- 169 • Investitionen in die Anbindung des Schienen- und Straßennetzes an Infrastruktur-
170 projekte im Europäischen Raum wie dem Fehmännbelt-Tunnel
- 171 • eine stärkere Vernetzung von etablierten Unternehmen, neu gegründeten Unter-
172 nehmen, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten in diesen Clustern
- 173 • Beitragsfreiheit für Gründer in den ersten zwei Jahren: Neu gegründete Unterneh-
174 men sollen automatisch Mitglied des fachlich relevanten Clusters werden. Wir wer-
175 den den diesbezüglichen Bürgerschaftsbeschluss umsetzen.
- 176 • Auf- und Ausbau von Kooperationen Hamburgs in Wissenschaft, Forschung und
177 Wirtschaft mit den anderen norddeutschen Bundesländern Schleswig-Holstein,
178 Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen
- 179 • Förderung einer engeren norddeutschen Zusammenarbeit, insbesondere in der
180 Metropolregion Hamburg durch Leuchtturmprojekte wie ein norddeutsches transna-
181 tionales Forschungs- und Industrie-Cluster für Künstliche Intelligenz in der Medizin
182 und im Gesundheitswesen. Zur Initiierung im länderübergreifenden Rahmen kön-
183 nen bereits etablierte Kooperationen betreffender Universitäten und Unternehmen
184 als Grundlage genutzt und ausgebaut werden.
- 185 • eine Hamburger Initiative zum Auf- und Ausbau von Kooperationen in Wissenschaft,

186 Forschung und Wirtschaft mit den Ländern Nordeuropas (Polen, baltische Staaten,
187 Finnland, Schweden, Norwegen, Island, Dänemark, Niederlande) unter dem Leitbild
188 einer „Digitalen Hanse“ zur Schaffung einer europäischen Innovationsregion.

189 • Entwicklung Hamburgs zum deutschen Zentrum für Zukunftstechnologien in den
190 Bereichen Autonome Systeme, Blockchain und künstliche Intelligenz. Dazu muss
191 Hamburg politische, organisatorische und finanzielle Unterstützung leisten für eine
192 von Wirtschaft und Wissenschaft getragene „Standortinitiative KI Hamburg“ zum
193 Aufbau eines neuen Hamburger Kompetenzbereichs. Dies ist eine notwendige und
194 sinnvolle Erweiterung der bestehenden Hamburger Cluster-Politik und der Innova-
195 tionsallianz für Hamburg, um künstliche Intelligenz als spezielle und eigene Form
196 der Digitalisierung in der Cluster-Strategie der Metropolregion zu verankern.

197 • eine bessere Positionierung der Freien und Hansestadt Hamburg bei Ausschreibun-
198 gen des Bundes zur transnationalen Förderung von Zukunftstechnologien mit eige-
199 nen Hamburger Mitteln.

200 • Programme wie „Schüler im Chefsessel“ zu regelmäßigen Einrichtungen machen.
201 Ziel ist es, dass die Wirtschaft bereits im Schulunterricht verankert wird und Schüler
202 auch dann mit Unternehmern und Gründern in Kontakt kommen, wenn sie diese
203 nicht im persönlichen Umfeld treffen.

204 **Moderne Infrastruktur bedeutet starke Wirtschaft**

205 Sowohl für Wirtschaftsverkehre als auch Personenverkehre bedarf es einer Grunds-
206 nierung, vor allem auf der Schiene. Ohne die Kapazitätserweiterungen in und um Ham-
207 burg sind zukünftige Projekte, wie der Deutschlandtakt oder die Verlagerung von mehr
208 Güterverkehren auf die Schiene, undenkbar. Dabei ist für die Hafenstadt Hamburg die
209 Hinterlandanbindung eine besondere Priorität, denn nur durch eine leistungsfähige
210 und resiliente Vernetzung des Hafens, kann dieser langfristig konkurrenzfähig sein.

211 Neben der Verkehrsinfrastruktur legen wir besondere Wert auf die Schaffung und Mo-
212 dernisierung weiterer Versorgungs- und Transportnetze in Hamburg, die wirtschaftlich
213 und gesellschaftlich von hoher Bedeutung sind. Dazu gehört die flächendeckende Ver-
214 fügbarkeit von digitalen Kommunikations- und Transfernetzen im Hochleistungsbe-
215 reich. Das gilt für die Ausstattung mit leistungsfähigen Kabelnetzen, als auch mobile
216 Kapazitäten. Es gibt heute und in Zukunft keinen Bereich des Arbeitens und Lebens,
217 der ohne digitale Netze leistungsfähig und verlässlich ist. Das gleiche gilt auch für die
218 Versorgungsnetze mit Elektrizität, Wasser und Wärme. Diese Infrastruktur für die
219 Grundbedarfe des städtischen Lebens muss unserer Überzeugung nach ebenso si-
220 cher und robust gestaltet werden. Nur wenn diese Grundversorgung intakt und ver-
221 lässlich ist und auch in Krisenzeiten bleibt, kann das Leben und Arbeiten in der Stadt
222 überhaupt stattfinden.

223 **Premiumhafen Hamburg**

224 Der Hamburger Hafen und alle damit verbundenen Branchen und Unternehmen sind
225 eine der starken Herzkammern der Hamburger Wirtschaft und Basis für Wohlstand
226 und Sicherheit. Der Hafen ist lebenswichtig für Unternehmen in der ganzen Stadt, in
227 allen Bezirken. Dienstleister, Handwerker, Zulieferer, Spediteure, Transportunterneh-
228 men, Maschinenbauer, Industrieunternehmen, IT-Unternehmen aus Hamburg erbrin-
229 gen unterschiedlichste Leistungen für den Hafen und sind zugleich auf einen gut funk-
230 tionierenden und verlässlichen Hafen für ihre Geschäfte angewiesen. Deswegen müs-
231 sen alle Maßnahmen zügig umgesetzt werden, die die Leistungs- und Wettbewerbs-
232 fähigkeit des Hamburger Hafens stärken. Hierfür muss der Wettbewerb zwischen den

233 Betreibern und Terminals erhöht werden, durch den Verkauf von Mehrheitsanteilen an
234 „Dedicated Terminals“.

235 Mit sogenannten „Dedicated Terminals“ können sich verschiedene Reedereien an Ter-
236 minals beteiligen, ohne dass sich Monopole bilden. Das fördert den Wettbewerb und
237 sichert gleichzeitig Ladung und Umsatz für den Hamburger Hafen. Wir setzen uns zu-
238 dem dafür ein, dass das Reedereigeschäft und der Hafenbetrieb nicht miteinander
239 vermischt werden. Schiffe und Container sind das eine, Kräne, Bahnen, LKWs und
240 Infrastruktur ist das andere. Wenn es hier unterschiedliche Betreiber gibt, ist das gut
241 für die Preise, die Modernisierung und die Attraktivität des Hafens.

242 Wir sehen den Hamburger Hafen künftig als einen „Premiumhafen“. Das bedeutet,
243 dass die Abwicklung hier schnell und direkt erfolgt, dass alle Termine verlässlich ein-
244 gehalten werden, dass der Hamburger Hafen bei allen Services für seine Kunden Welt-
245 spitze ist, dass er ein internationales Vorbild beim Einsatz moderner und digitaler
246 Technologien in der Hafenwirtschaft und Hafenlogistik wird, dass seine Flexibilität und
247 Kundenorientierung ebenfalls zur besten im globalen Vergleich gehört. Der Hamburger
248 Hafen steht als Binnenhafen an einem Fluss im Wettbewerb um Masse und Mengen
249 mit anderen Tiefwasser-Häfen in Europa. Neben der Quantität ist aber immer auch die
250 Qualität entscheidend. Der Hamburger Hafen kann und muss deshalb die weltbeste
251 Qualität für seine Kunden bieten und sich damit als ein internationaler Knotenpunkt
252 auch für die Zukunft etablieren.

253 **Infrastrukturinvestitionen und Ausbau der Hafenanbindung**

254 Zu einem funktionierenden Hafen in der Metropolregion Hamburg, gehört eine leis-
255 tungsstarke und moderne Verkehrsinfrastruktur auf Straße und Schiene. Hier besteht
256 erheblicher Nachholbedarf, so fehlt nach wie vor der längst überfällige zweigleisige
257 Ausbau des Schienennetzes zwischen Hamburg und Hannover, um mehr Container
258 abseits des Straßennetzes transportieren zu können. Ebenfalls ist das Schienennetz
259 zwischen dem bald fertiggestellten Fehmarnbelttunnel und Hamburg, aus den gleichen
260 Gründen zu erweitern. Die skandinavischen Länder, als wichtiger Partner der Handels-
261 beziehungen, werden hierdurch effizienter an Norddeutschland und Europa angebun-
262 den.

263 Ein erheblicher Teil der Güter und Container im Großraum der Freien und Hansestadt
264 Hamburg wird nach wie vor über Straßen, Autobahnen und Brücken transportiert. Die
265 bisher dafür vorgesehene Planungs- und Fertigstellungszeiträume sind insbesondere
266 für den Wirtschaftsverkehr nicht akzeptabel. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Zeit-
267 räume deutlich verkürzt werden. Es ist mit Nachdruck, die erforderlichen Planungen
268 und Planfeststellungen aufzunehmen und die entsprechenden Baumaßnahmen um-
269 zusetzen.

270 Hamburg soll Drehkreuz für die europäische Wasserstoffwirtschaft werden. Hierfür
271 muss der Anschluss an das europäische Wasserstoffnetz zügig erfolgen. Dabei sollte
272 auch eine ortsnahe Abwicklung des wasserseitigen Wasserstoffimports und eine ei-
273 gene Wasserstoffproduktion angestrebt werden. Um den Hamburger Hafen zukunfts-
274 fähig zu gestalten, ist eine Industrieperspektive von entscheidender Bedeutung, die
275 innovative Produkte und Produktionsverfahren an den Standort bindet, um die Wert-
276 schöpfung in Hamburg zu steigern und die Ladung zu erhöhen. Daher streben wir die
277 Schaffung entsprechender Flächen im mittleren Freihafen (Steinwerder Süd) an, um
278 beispielsweise die Produktion von Hochleistungsbatterien oder Brennstoffzellen für
279 mobile und stationäre Anwendungen nach Hamburg zu holen.

280 **Für den Wettbewerb: Keine Marktmacht für eine Reederei im Hamburger Hafen**

281 Wir Freien Demokraten stehen für Wettbewerb und Kundenorientierung in allen Berei-
282 chen der Wirtschaft – das gilt auch und gerade für den Hamburger Hafen. Darum leh-
283 nen wir Oligopole oder gar Monopole in der Hafenwirtschaft strikt ab. Der Verkauf von
284 49 Prozent des Hafensbetreibers HHLA an die Reederei MSC wäre ein fataler Fehler,
285 deshalb muss der Verkauf sofort gestoppt und darf nicht vollzogen werden. Die HHLA
286 mit ihren drei großen Terminals würde damit zu einem Tochterunternehmen einer ein-
287 zelnen Reederei mit dramatischen Folgen verkommen: Andere Reedereien ziehen be-
288 reits Ladung aus Hamburg ab, die wertvolle Tochter der HHLA, die Metrans, verliert
289 Ladung, weil Spediteure sie meiden, und Hamburg begibt sich in die Abhängigkeit ei-
290 nes Unternehmens, von dem nicht einmal die Eigentümerstruktur bekannt ist. Wer
291 Wettbewerb liebt, kann diese Entscheidung nicht treffen.

292 Der vom Bürgermeister geplante Deal macht keine festen Zusagen, drängt andere
293 Reedereien aus den HHLA-Terminals, schadet somit sogar der Beteiligung der Stadt
294 Hamburg, Hapag-Lloyd, kurzum: Diese Beteiligung ist ein Jahrhundertfehler, deshalb
295 lehnen wir sie entschieden ab. Es ist vorhersehbar, dass Reedereien ihren Umschlag
296 vom Hamburger Hafen auf andere Häfen, wie beispielsweise Rotterdam oder Wil-
297 helmshaven verlagern werden. Warum sollten sie auch hohe Gebühren für die Abfer-
298 tigung ihrer Schiffe an ihren direkten und größten Konkurrenten bezahlen?

299 **Moderner Flughafen für eine moderne Metropole**

300 Der Hamburger Flughafen liegt in einer zentralen Position, was bedeutende Chancen
301 birgt. Diese unmittelbare Anbindung an die Stadt steigert ihre Attraktivität, insbeson-
302 dere als Ziel für Touristen. Es ist jedoch wichtig, kontinuierlich daran zu arbeiten, die
303 Belastung der Anwohner, insbesondere nachts, so gering wie möglich zu halten. In der
304 Metropolregion Hamburg ist eines der größten Luftfahrt-Cluster der Welt angesiedelt,
305 was die Bedeutung der Luftfahrtbranche für den Wirtschaftsstandort Hamburg unter-
306 streicht. Über 40.000 Mitarbeiter und etwa 300 Unternehmen tragen hier zu einer er-
307 heblichen Bruttowertschöpfung bei. Wir unterstützen die Bestrebungen des Flugha-
308 fens, klimaneutral zu werden und fördern sinnvolle Forschungsprojekte für alternative
309 Antriebe und umweltfreundliche Technologien. Unser Ziel ist es, den Hamburger Flug-
310 hafen und die Spitzenakteure im Cluster zu Vorreitern für die Mobilität der Zukunft zu
311 machen.

312 **Energiepolitische Weichenstellungen**

313 Wir Freie Demokraten streben in der Energiepolitik Bezahlbarkeit, Versorgungssicher-
314 heit und Nachhaltigkeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen an. Wir befürworten
315 einen vielfältigen Energiemix und stehen neuen Technologien offen gegenüber. Trotz
316 der unvermeidlichen Nutzung fossiler Brennstoffe in absehbarer Zukunft wollen wir
317 den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu möglichst günstigen Preisen vorantreiben
318 – und setzen uns deshalb für eine Überführung der Erneuerbaren in einen marktwirt-
319 schaftlichen Rahmen ein. Die EEG-Förderung muss deshalb enden. Die erfolgreiche
320 Umsetzung der Energiewende ist ein europäisches Vorhaben, zu dem Hamburg einen
321 wichtigen Beitrag leisten kann. Dazu ist es erforderlich, den Energiebinnenmarkt zu
322 liberalisieren und den transeuropäischen Netzausbau voranzutreiben. Strom sollte
323 dort erzeugt werden, wo die Kosten am niedrigsten sind, wobei der Ausbau intelligen-
324 ter Stromnetze von großer Bedeutung ist. Damit verbunden muss Hamburg das Prin-
325 zip der sogenannten „smart grids“ für sich umsetzen. Solche „intelligenten Netze“ ver-
326 teilen und speichern Energie in Stadtteilen und Quartieren so, dass möglichst viel Spei-

327 cherpotenzial genutzt und möglichst wenig Energie verschwendet wird. Auch das funk-
328 tioniert als eine „smarte“ Lösung auf Basis bereits vorhandener von Daten. Als „Smart
329 City“ muss Hamburg in der Lage sein, diese verschiedenen Daten und das Wissen
330 darin zusammenzuführen und zu nutzen.

331 Es ist wichtig, Forschung, Entwicklung und Anwendung von Technologien für eine um-
332 weltfreundliche Energieerzeugung und -speicherung technologieoffen zu fördern. An-
333 schubfinanzierungen für vielversprechende Technologien können dabei hilfreich sein.
334 Wir sind jedoch gegen dauerhafte Subventionen und überhöhte Preise durch gesetz-
335 lich festgelegte Abnahmegarantien.

336 Rot-Grün lässt Hamburgs Energieversorgung weit hinter seinen Möglichkeiten zurück:
337 Die nicht-Ansiedlung einer Floating Storage and Regasification Unit (FSRU) war ein
338 schwerer Fehler, der die energiepolitischen Rahmenbedingungen am Standort Ham-
339 burg verschlechtert hat. Wie bei dieser ausgebliebenen Ansiedlung nutzt Hamburg die
340 bereits heute vorhandenen Potenziale der Wasserstoffwirtschaft nicht aus. Tankstellen
341 sind wieder geschlossen, Pilotbetrieb bei der Hochbahn ist eingestellt. Private Akteure
342 ziehen sich aus komplexen und bürokratischen Prozessen wieder zurück, Ansied-
343 lungentscheidungen für Terminals werden zu wenig unterstützt. Dabei hat Hamburg
344 mit der zentralen Plattform für Wasserstoffhandel beste Chancen und mit der sehr frü-
345 hen Anbindung an das Wasserstoffkernnetz eine gute Basis, um Hamburg neben der
346 Windhauptstadt auch zur Wasserstoffhauptstadt zu machen – dafür werden wir sor-
347 gen.

348 Rot-Grün sorgt mit seiner Konzeptlosigkeit für Laufzeitverlängerungen am Fließband
349 für die Dreckschleuder Wedel. Das Fernwärmekonzept der Freien Demokraten sieht
350 für Hamburg die schnellstmögliche Errichtung einer Fernwärmetrasse unter der Elbe
351 nach Altona und die Abschaltung des alten Kohlekraftwerks Wedel vor.

352 Das Heizkraftwerk Tiefstack wollen wir so schnell wie möglich auf Gas umrüsten, um
353 CO₂-Emissionen einzusparen und auch Biogas oder Wasserstoff für die Strom- und
354 Fernwärmeproduktion mitnutzen zu können.

355 Wir unterstützen die Einspeisung industrieller Abwärme in das Fernwärmenetz und
356 sorgen für eine angemessene Vergütung für die beteiligten Unternehmen. Die ener-
357 gieintensiven Grundstoffindustrien, wie Eisen und Stahl, Kupfer, Aluminium und Che-
358 mie bilden das Fundament vieler Wertschöpfungsketten. Aufgrund der hohen CO₂-
359 Emissionskosten in Deutschland entsteht eine Wettbewerbsverzerrung, die für diese
360 Industrien eine unverhältnismäßig hohe Belastung bedeutet. Eine uneingeschränkte
361 Anwendung der Regularien würde das Ende der Grundstoffindustrie in Deutschland
362 bedeuten. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, die energieintensive Industrie
363 in den CO₂-Zertifikatehandel einzubeziehen, um ihre internationale Wettbewerbsfä-
364 higkeit zu gewährleisten. Nur so können in Hamburg weiterhin zahlreiche Arbeitsplätze
365 und Wertschöpfung erhalten und ausgebaut werden.

366 **Beste Rahmenbedingungen für Zukunftsbranchen**

367 Hamburgs künftige Stärke und große Potenziale liegen nach unserer Überzeugung
368 ganz besonders in den folgenden Bereichen:

- 369 • im globalen Handel mit Hamburg als Umschlagplatz und Drehscheibe für Waren
370 und Güter aus aller Welt und für die Welt. Damit verbunden die maritime Wirtschaft
371 von Reedereien über verschiedene Dienstleister, die maritime Sicherheit bis hin zur
372 Hafen- und Transportlogistik
- 373 • im Maschinenbau in großen und kleinen Unternehmen

- 374 • in der Luft- und Raumfahrtindustrie
- 375 • in der etablierten Kreativwirtschaft: Die Kultur- und Kreativwirtschaft muss im exzel-
- 376 lenten Arbeitsmarkt Hamburgs einen Standortvorteil erkennen. Hamburg verfügt
- 377 über eine Vielzahl von privaten und staatlichen Hochschulen im Bereich Kunst,
- 378 Mode, Design und Kommunikations-Design.
- 379 • in der Gesundheitswirtschaft: Hamburg ist Gesundheitsmetropole mit einem breiten
- 380 Angebot an medizinischen Dienstleistungen, das sowohl von den Hamburgerinnen
- 381 und Hamburgern, zu großen Teilen auch aus den umliegenden Bundesländern ge-
- 382 nutzt wird.
- 383 • in der Förderung von Hochschulen und privaten Ausbildungsstätten, um sich dem
- 384 Fachkräftemangel in Agenturen und Medienunternehmen entgegenzustellen. Es ist
- 385 Aufgabe der Hochschulen, ein Konzept zu entwickeln, das alle Angebote bündelt,
- 386 für Studierende Orientierung bietet, gemeinsame Potenziale ausschöpft und
- 387 Leuchtturmprojekte ermöglicht.
- 388 • In der Tourismuswirtschaft mit ihren vielen Facetten, die Arbeitsplätze in allen Ein-
- 389 kommensgruppen schafft und sichert sowie zum internationalen Renommee der
- 390 Hansestadt beiträgt.
- 391 • im neu entstandenen und stark wachsenden Bereich der erneuerbaren Energien
- 392 von Windkraft bis Wasserstoff.

393 Es gilt, diese Branchen besonders zu fördern und ihnen die besten Rahmenbedingun-

394 gen zu bieten, dabei aber darauf zu achten, dass für Hamburg als Stadt und Standort

395 keine einseitige Abhängigkeit von einzelnen (übergroßen) Branchen entsteht. Es ist

396 auch notwendig, die Potenziale der Kooperation und Vernetzung insbesondere in der

397 Metropolregion Hamburg einzubeziehen und den Kreis auf den gesamten Nord- und

398 Ostseeraum zu erweitern. Hamburg muss mit einer eigenen Wirtschaftsdiplomatie ak-

399 tiv den europäischen Binnenmarkt, den Freihandel Europas und die Kooperationsmög-

400 lichkeiten mit anderen Zentren in Nordeuropa nutzen.

401 **Digitalpolitik und Vernetzung**

402 Die Digitalisierung ist der zentrale Treiber des Produktivitätswachstums, verstärkt

403 durch die neue Rolle der KI. Hamburg soll deshalb zur führenden Instanz für Digital-

404 politik avancieren. Zahlreiche junge und dynamische Unternehmen sowie Unterneh-

405 mer prägen das Bild mit ihren Ideen, Visionen und vielversprechenden Geschäftsmo-

406 dellen. Doch die Rahmenbedingungen bedürfen einer Verbesserung.

407 Eine Schlüsselrolle kommt dabei der Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft in

408 Hamburg zu, wo zahlreiche neue Ideen, innovative Lösungen und marktfähige Pro-

409 dukte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle entstehen. Wir wollen Unternehmen

410 dabei unterstützen, dieses Potenzial zu erschließen. Deutschland und Hamburg haben

411 zwar grundlegend keine Schwierigkeiten bei Forschung, Entwicklung und Innovation,

412 jedoch oft in der Umsetzung von Produkten und Geschäftsmodellen. Durch engere

413 Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft werden wir dieses Hindernis über-

414 winden.

415 Wir setzen uns dafür ein, dass neu gegründete Unternehmen unabhängig von ihrem

416 Umsatz im ersten Jahr die Wahl zwischen Ist- und Soll-Besteuerung haben, um Liqui-

417 ditätsengpässe zu vermeiden. Wir streben nach einer Erweiterung der niedrighel-

418 ligen Angebote an Hochschulen und Forschungsinstituten in Hamburg, um Raum für

419 Projekte und Geschäftsideen in der Findungs- und Gründungsphase zu schaffen. Un-
420 ser Ziel ist es, ein breites Angebot an Studenten und Beschäftigten der Institute anzu-
421 bieten, die wissenschaftliche Ideen in die Praxis umsetzen möchten, ohne ihre Hoch-
422 schule verlassen zu müssen.

423 **Künstliche Intelligenz**

424 Künstliche Intelligenz verändert unseren Alltag, unsere Wirtschaft und unsere Jobs,
425 genauso stark wie das Aufkommen des Internets selbst. Denn künstliche Intelligenz
426 ist kein Programm, sondern eine grundsätzliche und allumfassende Technologie, die
427 in allen Bereichen und Branchen angewendet werden kann und angewendet werden
428 wird. D.h., wir stehen vor einer Revolution der Arbeitswelt und des Wirtschaftens. Das
429 ist mit großen Umbrüchen und Herausforderungen verbunden. Doch in allen Verände-
430 rungen, Umbrüchen und in allen Herausforderungen, liegen auch immer riesengroße
431 Chancen. Jetzt gilt es diese Chancen zu nutzen! Hamburg ist dafür sehr gut aufgestellt,
432 denn in den vergangenen Jahren ist durch private Initiativen ein umfangreiches Netz-
433 werk entstanden, dass die Basis für den Erfolg von morgen sein kann. Es ist darum
434 eine politische und wirtschaftlich strategische Aufgabe, hier konsequent zu unterstüt-
435 zen und zu fördern. Mit den verschiedenen Universitäten, Hochschulen, Instituten,
436 etablierten Unternehmen und Startups und Initiativen wie ARIC oder AI Hamburg hat
437 unsere Stadt eine Struktur aufzuweisen, die mit anderen Digital – und KI – Metropolen
438 mithalten kann.

439 Hierbei ist es auch wichtig, die Menschen in Hamburg für das neue KI – Zeitalter fit zu
440 machen. Alle, die heute im Arbeitsleben stehen und auch diejenigen, die gerade in ihr
441 Arbeitsleben starten, haben weder in der Schule noch in der Ausbildung noch im Stu-
442 dium etwas über Künstliche Intelligenz gelernt. Alle sind oder werden aber garantiert
443 mit Künstlicher Intelligenz konfrontiert und müssen sie einschätzen und mit ihr arbeiten
444 können. Deswegen lautet unser Vorschlag: Alle Menschen über 40 Jahre in Hamburg,
445 die das wollen und können, bekommen KI-Fortbildungen finanziert. Andere Stadtstaa-
446 ten wie beispielsweise Singapur machen das bereits. An diesem Vorbild sollte sich
447 Hamburg unbedingt orientieren. Denn unsere wichtigsten Ressourcen als Stadtstaat
448 ist das Wissen unserer Bürger.

449 **Blockchain**

450 Hamburg ist bereits ein wichtiges Zentrum für die Blockchain Technologie in Deutsch-
451 land und Europa. In den letzten Jahren haben Forscher, Gründer und Unternehmen
452 aus unterschiedlichen Branchen bereits viele Lösungen und erprobte Anwendungen
453 auf der Basis der Blockchain Technologie entwickelt und etabliert. Dabei steht die Ent-
454 wicklung dieses neuen Technologie- und Wirtschaftszweigs noch an ihrem Anfang.
455 Auch wenn sich das genaue Potenzial, wie bei jeder Innovation, nicht exakt vorhersa-
456 gen lässt, ist doch schon klar, dass Blockchain Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend
457 verändern und erneuern wird. Damit ergeben große Chancen auf Wohlstand, Fort-
458 schritt, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit, die Hamburg für sich nutzen sollte. Deswe-
459 gen fordern wir Freie Demokraten die Entwicklung einer Strategie und Plattform ge-
460 meinsam mit Behörden, Kammern, Verbänden und Akteuren aus Wirtschaft und Wis-
461 senschaft, mit deren Hilfe Forscher, Gründer und Unternehmen für Blockchain-Pro-
462 jekte kooperieren können. Dazu soll ein eigenes Hamburger Blockchain Zentrum oder
463 ein Blockchain Hub etabliert und zusätzlich Gründerinnenstipendium in diesem Be-
464 reich ausgeschrieben werden. Zu diesem soll eine eigene Koordinierungsstelle für ein
465 aktives Plattformmanagement gehören, die technisch und personell ausreichend für
466 diese Aufgabe ausgestattet ist.

467 Behörden, Ämter und andere öffentliche Institutionen in Hamburg sollen eine vorran-
468 gige Rolle als Partner für Pilotprojekte und Erprobungen von Blockchain-Anwendun-
469 gen einnehmen und Experimentierfelder ermöglichen. Staat und Verwaltungen sitzen
470 auf einem großen Berg an relevanten Daten, deren Potenzial gehoben werden muss,
471 ohne die Persönlichkeitsrechte von Menschen einzuschränken. Genau hierfür sind je-
472 doch Blockchain-Anwendungen mit ihrer Kombination aus Datensicherheit und Ano-
473 nymität bestens geeignet. Solche Pilotprojekte sollen sich neben der öffentlichen Ver-
474 waltung vornehmlich auf die Bereiche Energie, Logistik, Kommunikation und Nachhal-
475 tigkeit fokussieren, um die hier bereits aufgebaute Expertise und starke Position Ham-
476 burgs weiter zu stärken.

477 **Tourismus und Gastronomie als internationales Aushängeschild Hamburgs**

478 Reisen, Begegnungen und Austausch fördern das gegenseitige Verständnis über
479 kleine und größere kulturelle Unterschiede hinweg. Deswegen setzen wir uns dafür
480 ein, Hamburg als internationales Reiseziel weiter zu stärken und global markanter zu
481 positionieren.

482 Der Tourismus in Hamburg generiert jährlich 7,4 Milliarden Euro, was 6 % der Brutto-
483 wertschöpfung entspricht, und schafft über 100.000 sichere Arbeitsplätze vor Ort. Er
484 zählt zu den führenden und dynamischen Wirtschaftszweigen der Stadt. Seine Wirt-
485 schaftskraft erstreckt sich auf Gastronomie, Einzelhandel, Kultur, Sport- und Eventma-
486 nagement sowie Verkehrsträger. Der Tourismus ist entscheidend für die Vielfalt und
487 Attraktivität dieser Sektoren, insbesondere für die Musical-Szene, die stark von touris-
488 tischen Besuchern abhängig ist.

489 Wir unterstützen die Beibehaltung und den Ausbau touristischer Großveranstaltungen
490 in unserer Stadt, da sie nicht nur im Stadtzentrum, sondern auch in verschiedenen
491 Bezirken stattfinden. Die vielfältige Gastronomie spielt eine herausragende Rolle für
492 den Tourismus sowie für das Lebensgefühl und die Lebensqualität in Hamburg. Wir
493 setzen uns als Freie Demokraten für mehr Freiräume, Innovation und Experimente in
494 der Gastronomie und Außengastronomie ein, was den gastronomischen Betrieben zu-
495 gutekommt und die Vielfalt und Abwechslung für die Kunden erhöht.

496 Tourismus sollte durch die Bürger akzeptiert und unterstützt werden. Die Stadtteile mit
497 ihren einzigartigen Attraktionen sollten daher in das Tourismusmarketing einbezogen
498 und Großveranstaltungen zeitlich und räumlich entzerrt werden, soweit dies möglich
499 ist und keine festen Traditionen entgegenstehen. Wir setzen uns dafür ein, die zuneh-
500 menden bürokratischen Anforderungen zu begrenzen und insbesondere Kleinunter-
501 nehmen von übermäßigem Dokumentationsaufwand zu entlasten. Restriktionen und
502 Vorschriften für die Nutzung von Außenflächen durch die Gastronomie sollen überprüft
503 und übermäßige Regulierungen beseitigt werden. Insbesondere kommt es uns hierbei
504 darauf an, einheitliche Regularien bezirksübergreifend zu schaffen. Es sollten die glei-
505 chen Vorgaben hinsichtlich der Öffnungszeiten der Außengastronomie gelten.

506 **Anzahl öffentlicher Unternehmen reduzieren**

507 Wir Freien Demokraten vertreten den Standpunkt, dass öffentliche Unternehmen nur
508 dann Aufgaben übernehmen sollten, wenn private Unternehmen aufgrund von Markt-
509 versagen nicht zu besseren Ergebnissen gelangen. Die ausgedehnte unternehmeri-
510 sche Tätigkeit der Stadt Hamburg birgt nicht nur finanzielle Risiken, sondern stellt auch
511 eine Abkehr von den Grundprinzipien öffentlicher Haushaltsführung und der Marktwirt-
512 schaft dar, die ein wesentlicher Bestandteil unseres wirtschaftlichen Erfolgs ist. Des-
513 halb fordern wir eine umfassende Überprüfung aller städtischen und staatlichen Betei-
514 ligungen hinsichtlich ihrer Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit. Nur Unternehmen, die zur

515 sozialen Daseinsvorsorge erforderlich oder zur Sicherstellung gesetzlicher Aufgaben
516 des Landes Hamburg notwendig sind, sollen weiterhin in städtischem Eigentum blei-
517 ben. Dadurch könnte die Anzahl öffentlicher Unternehmen reduziert werden. Zu prüfen
518 sind Unternehmen wie z.B. Hamburg Energie, der Reisering und die Netzgesellschaften.
519 Mögliche Synergieeffekte könnten allerdings den Verbleib in Staatshand rechtfertigen.
520 Die Gründung von Stadtwerken lehnen wir ab, da sie für die Daseinsvorsorge in
521 unserer Stadt nicht erforderlich sind.

522 **Regionale Landwirtschaft zur Nahversorgung** 523 **und als Kulturlandschaftspflege erhalten**

524 Um die Versorgung der Metropole Hamburg mit frischen und gesunden Produkten zu
525 garantieren, sind der Anbau von Gemüse, Obst und Blumen in der unmittelbaren Re-
526 gion und kurze Lieferwege und -zeiten wesentliche Voraussetzungen. Hamburg muss
527 deshalb und aus Klimaschutzgründen bei allem Flächenkonkurrenzen die wirtschaftli-
528 chen Flächen der Agrarbetriebe im direkten Umfeld erhalten.

529 Die durch vielfältige laufende und beabsichtigten Eingriffe in die Natur nach § 13
530 BNatSchG notwendigen Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht nur zu Lasten der Land-
531 wirtschaft in Hamburg realisiert werden. Um langfristige Planungssicherheit zu ge-
532 währleisten, befürworten wir die Einrichtung eines „Ausgleichsflächenkatasters“. Die-
533 ses soll Potentialflächen für Ausgleichsmaßnahmen auflisten und die Naturschutzziele
534 definieren. Die Effektivität von erfolgten Ausgleichsmaßnahmen muss regelmäßig
535 überprüft werden, um sicherzustellen, dass die ursprünglichen Ziele erreicht werden.
536 Zudem sollte die Stadt Hamburg aufgrund begrenzter Flächen im eigenen Gebiet ver-
537 stärkt Ausgleichsflächen in der Metropolregion ermitteln, möglichst auch erwerben und
538 strategisch vorhalten. Darüber hinaus stehen wir auch sogenannten ‚Urban-Garde-
539 ning‘ und ‚Stadt-Farm‘-Konzepten wohlwollend gegenüber.

540 **Lebenswerte Quartiere, bezahlbarer Wohnraum** 541 **und eine lebendige Innenstadt** 542 **– Wir bauen die Stadt von morgen –**

543 **Bezahlbaren Wohnraum? Werden wir bauen!**

544 Hamburg ist eine dynamische und vielfältige Metropole, mit einer hohen Lebensquali-
545 tät, in der wir gerne leben. Doch diese Attraktivität bringt auch Herausforderungen mit
546 sich: Immer mehr Menschen wollen in Hamburg leben, die Nachfrage nach Wohnraum
547 übersteigt das Angebot. Infolgedessen steigen die Mieten und es wird immer schwie-
548 riger bezahlbaren Wohnraum zu finden. Diesen Wohnraum neu zu bauen und damit
549 die Mieten zu stabilisieren, ist für uns eines der zentralen Ziele in den nächsten fünf
550 Jahren. Unsere Vision ist eine Stadt, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Ein-
551 kommen ein Zuhause finden können. Mit einem Wohnungsbauturbo werden wir den
552 Neubau durch innovative, nachhaltige und kostengünstige Bauweisen beschleunigen.

553 Unsere liberale Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaupolitik berücksichtigt die vielfäl-
554 tigen Facetten der verschiedenen Stadtteile, respektiert gewachsene, lebenswerte
555 Strukturen und verschließt sich neuen städtebaulichen Potenzialen nicht.

556 Wir denken und planen dabei für alle Quartiere die sozialen Einrichtungen, Versor-
557 gungszentren für alle Bedürfnisse des Alltags von der Apotheke bis zum Zeitungskiosk,
558 Freizeiteinrichtungen, Grün- und Sportflächen mit.

559 Als internationale Metropole ist Hamburg ein Anziehungspunkt für Besucherinnen und
560 Besucher aus der Metropolregion und der ganzen Welt. Unsere Stadt braucht nicht
561 nur lebenswerte Quartiere, sondern auch eine lebendige Innenstadt. Mit unserem In-
562 nenstadtkonzept haben wir einen Maßnahmenkatalog entwickelt, mit dem wir die In-
563 nenstadt in den nächsten fünf Jahren wieder zum pulsierenden Leben in unserer Stadt
564 machen.

565 **Mehr Wohnraum schaffen**

566 Wenn die Zahl der Wohnungssuchenden die Zahl der freien Wohnungen weit über-
567 steigt, gibt es nur eine Lösung gegen steigende Mieten und mangelnden Wohnraum:
568 Mehr Wohnungen bauen! Jede Wohnung, die heute nicht gebaut wird, fehlt morgen
569 am Markt und verschärft die sozialen Spannungen.

570 Dies gilt für den öffentlich geförderten Wohnungsbau (Sozialwohnungen) genauso wie
571 für freifinanzierte Miet- und Eigentumswohnungen.

572 Die Herausforderung bezahlbaren Wohnraum zu finden, betrifft mittlerweile fast alle
573 Menschen in dieser Stadt: Familien, Alleinstehende, Studierende und Senioren oder
574 junge Berufstätige. Fehlende Wohnungen bedrohen zudem unsere Wirtschaftskraft
575 und Versorgungssicherheit, wenn Arbeitskräfte die Stadt verlassen oder dringend be-
576 benötigte internationale Fachkräfte gar nicht erst nach Hamburg kommen, weil sie keine
577 Wohnung finden. Wir sehen dieses Problem als eine der zentralen Herausforderungen
578 an. Wir Freie Demokraten schlagen einen Maßnahmenkatalog vor, mit dem wir diese
579 Herausforderung in den nächsten fünf Jahren angehen und dafür sorgen werden, dass
580 Hamburg eine Stadt bleibt, in der die Menschen unabhängig von ihrem Einkommen
581 ein Zuhause finden können.

582 Das fordern wir konkret:

583 1. Aufhebung des Beschlusses, städtische Flächen ausschließlich im Erbbaurecht zu
584 vergeben:

585 • Die Bodenpolitik der letzten Jahre und die grundsätzliche Entscheidung des Se-
586 nats, städtische Grundstücke in Erbpacht zu vergeben, behindern Baugenossen-
587 schaften und private Investoren in ihrem wirtschaftlichen Handeln. Wir Freie De-
588 mokraten fördern das Wohnen im Eigentum als Lebensentwurf und verlässliche
589 Altersvorsorge und lehnen deshalb die ausschließliche Vergabe von städtischen
590 Grundstücken in Erbpacht ab.

591 • Wir treten dafür ein, dass städtische Flächen ohne Verfügungseinschränkungen
592 erworben werden können. Die Fehlentscheidung, städtische Flächen nur in Erb-
593 baurecht zu vergeben trifft besonders Wohnungsbaugenossenschaften, die qua
594 Satzung keine Bodenspekulationen vornehmen können.

595 2. Nachverdichtung und Aufstockungen fördern:

596 • Dachgeschossausbauten vereinfachen: Wir wollen das Versiegeln von Flächen
597 möglichst vermeiden und fordern vorrangig die Mobilisierung von Flächenreser-
598 ven im Innenbereich z.B. durch Revitalisierung von geeigneten langjährigen In-
599 dustriebrachen.

600 • Genehmigungsfreiheit für den Ausbau von Dachgeschossen einführen: Dadurch
601 können zusätzliche Wohnungen geschaffen werden, ohne dass neue Flächen
602 versiegelt werden.

603 • Vereinfachte Aufstockungen: Für Bebauungspläne mit Trauf- und Firsthöhenbe-
604 schränkung sollen niedrigschwellig Ausnahmen ermöglicht werden. Wir wollen in

- 605 der Baunutzungsverordnung das Instrument der Quartiersdichte ergänzen,
606 Dachaufstockungen dauerhaft vom Maß der baulichen Nutzung befreien und prü-
607 fen, ob eine grundsätzliche Abweichung von der Geschossflächenzahl bei Ge-
608 bäudeaufstockungen möglich ist.
- 609 • Rahmengenormen in der HBauO verankern: Um die Umnutzung von Ge-
610 bäuden für den Wohnungsbau zu erleichtern, soll eine Rahmengenormen in
611 der Hamburgischen Bauordnung eingeführt werden. Diese ermöglicht multifunk-
612 tionale Nutzungen ohne zusätzliches Genehmigungsverfahren.
- 613 3. Bebauungspläne modernisieren:
- 614 • Aktualisierung der Bebauungspläne: Viele Bebauungspläne in Hamburg stam-
615 men aus den 1950er Jahren und sind nicht mehr zeitgemäß. Wir setzen uns für
616 eine umfassende Aktualisierung aller Flächennutzungs- und Bebauungspläne in
617 den Bezirken ein, um eine moderne und flexible Stadtentwicklung zu ermögli-
618 chen. Bürokratie darf keine Baubremse sein.
- 619 • Quartiersdichte statt Einzelgebäude: Die Ablösung der Betrachtung einzelner
620 Gebäude hin zu einer Quartiersdichte soll im Hamburger Baurecht verankert wer-
621 den. Dies erleichtert die Umwidmung bisheriger Nutzungen und ermöglicht eine
622 bessere Ausnutzung vorhandener Flächen.
- 623 4. Umwandlung von Büroflächen in Wohnraum:
- 624 • Hamburg verfügt über viele Überhänge von Büroimmobilien besonders in B- La-
625 gen, (z.B. City-Nord), die heutigen Anforderungen der modernen Arbeitswelt
626 nicht mehr entsprechen und deshalb nicht vermietbar sind. Diese könnten bei
627 planrechtlichen Erleichterungen in Wohnungen umgewandelt werden und so er-
628 gänzend für Entspannung auf dem Wohnungsmarkt sorgen. Wir befürworten eine
629 entsprechende Bundesratsinitiative, um erforderliche Änderungen und Anpas-
630 sungen des Baugesetzbuches (BauGB) bzw. der Baunutzungsverordnung
631 (BNVO) herbeizuführen.
- 632 • Um die Umnutzung von Gebäuden für den Wohnungsbau weiter zu erleichtern,
633 soll eine Rahmengenormen in der Hamburgischen Bauordnung eingeführt
634 werden. Diese ermöglicht multifunktionale Nutzungen ohne zusätzliches Geneh-
635 migungsverfahren.
- 636 5. Bessere personelle Ausstattung der Bezirksämter:
- 637 • Bessere Bezahlung und Ausstattung: Um die Genehmigungsverfahren zu be-
638 schleunigen, sollen die Bezirksämter personell besser ausgestattet und die Be-
639 zahlung verbessert werden. Dies hilft, vakante Planstellen zu besetzen und die
640 Bearbeitung der Bauanträge effizienter zu gestalten.
- 641 • Verpflichtende Prüfung der Bauantragsunterlagen: Eine verpflichtende Prüfung
642 der Bauantragsunterlagen auf Vollständigkeit innerhalb von vier Wochen und ein
643 Beratungsgespräch zum Zeitpunkt der Bauantragstellung sollen sicherstellen,
644 dass Nachforderungen während der Bearbeitungsfristen ausgeschlossen sind.
645 Die Genehmigungsfiktionen sollen auf alle Formen von Anträgen ausgeweitet
646 werden.
- 647 • One-Stop-Shops: Wir setzen uns für unbürokratische One-Stop-Shops für Bau-
648 willige ein, in denen alle relevanten Sachverhalte des jeweiligen Bauprojektes
649 diskutiert und abschließend entschieden werden. Um die Kommunikation zwi-
650 schen allen Beteiligten ohne Verzögerungen gewährleisten zu können und dem

651 Antragsteller den Bearbeitungsstand jederzeit transparent aufzeigen zu können,
652 muss die digitale Antragstellung und Bearbeitung in virtuellen Projekträumen zum
653 neuen Standard in den Genehmigungsbehörden der Freien und Hansestadt
654 Hamburg werden. Der derzeitigen Praxis des Bauantrags 2.0 beinhaltet zu viele
655 Medienbrüche.

656 **Wir senken die Baukosten**

657 Um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, müssen die Bau- und Baunebenkosten ge-
658 senkt und bürokratische Hürden abgebaut werden. Unsere Vorschläge umfassen:

659 1. Bürokratieabbau und schnellere Verfahren:

- 660 • Erleichterung von Baugenehmigungen: Wir setzen uns dafür ein, dass Baugenehmigungen schneller und einfacher erteilt werden. Insbesondere sollen Bauwillige nicht mehr durch zusätzliche Leistungen belastet werden, die die Baukosten unnötig in die Höhe treiben.
- 661
- 662
- 663
- 664 • Baurecht für alle: Wir wollen ein Baurecht für jedermann schaffen, das eine zeitnahe Baugenehmigung für alle gewährleistet, die die im Bebauungsplan gegebenen Kriterien erfüllen.
- 665
- 666

667 2. Reduzierung der Baunebenkosten:

- 668 • Grunderwerbsteuer: Die Grunderwerbsteuer ist ein Hindernis zur Bildung von Wohneigentum und behindert damit die Bildung der Alterssicherung. Wir fordern einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für die erste Immobilie, um den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern und die Kosten zu senken. Darüber hinaus fordern wir die sofortige Aussetzung der Grunderwerbsteuer für die nächsten drei Jahre, um die Krise am Bau abzumildern und den Wohnungsbau wieder in Fahrt zu bringen.
- 669
- 670
- 671
- 672
- 673
- 674
- 675 • Kostensenkung durch Entbürokratisierung: Durch die Einführung eines „Wohnkosten-TÜVs“ sollen alle neuen und bestehenden Gesetze auf ihre Auswirkungen auf Mieten, Nebenkosten und Baukosten geprüft werden. Dies hilft, Kostentreiber zu identifizieren und die Wohnkosten zu senken.
- 676
- 677
- 678
- 679 • Dies gilt auch für die überambitionierten unrealistischen Ziele zur Erreichung der Klimaschutzziele, durch die bis zum Jahr 2045 in Hamburg mindestens 40 Milliarden Euro investiert werden müssten, um die ca. 990.000 Bestandswohnungen klimaneutral auszustatten, was laut Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) die durchschnittliche Miete um ca. 3,50/ qm erhöht.
- 680
- 681
- 682
- 683

684 3. Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften:

- 685 • Verbesserung der Finanzierungsbedingungen: Die Vergabe städtischer Flächen ausschließlich im Erbbaurecht schließt Wohnungsbaugenossenschaften oft aus. Wir setzen uns für bessere Finanzierungsbedingungen ein, damit Genossenschaften mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen können.
- 686
- 687
- 688
- 689 • Nutzung von Innenentwicklungspotentialen: Bevor neue Bauflächen im Außenbereich ausgewiesen werden, sollen Innenentwicklungspotentiale prioritär genutzt werden. Dies umfasst insbesondere die Wohnungsbaupotentiale an den im Bauforum von 2019 erkannten Magistralen.
- 690
- 691
- 692

693 4. Innovative Bauverfahren fördern:

- 694 • Modulares Bauen und serielle Fertigung: Förderung modularer Bauverfahren und

695 serieller Fertigung, um Bauzeiten zu verkürzen und Kosten zu senken. Diese Me-
696 thoden ermöglichen eine schnellere und effizientere Errichtung von Wohngebäu-
697 den.

698 • 3D-Druck im Bauwesen: Erprobung und Förderung des 3D-Drucks im Bauwesen,
699 um innovative und kostengünstige Bauweisen zu entwickeln und anzuwenden.

700 5. Grundsteuer

701 • Grundsteuer fair gestalten: Wir fordern, dass das Versprechen des Senats hin-
702 sichtlich der Aufkommensneutralität eingehalten wird. Sollten sich aus dem
703 neuen Berechnungsschema eklatante Mehrbelastungen für Grundeigentümer
704 und Mieter ergeben, müssen entsprechende Anpassungsfaktoren eingeführt
705 werden.

706 Soziale Maßnahmen und Anreize

707 1. Fehlbelegungsabgabe einführen und Wohnungswechsel fördern:

708 • Fehlbelegungsabgabe einführen: Um den Wohnraum effizienter zu nutzen, soll
709 eine Fehlbelegungsabgabe eingeführt werden. Dies bedeutet, dass Haushalte,
710 die in Sozialwohnungen leben, aber nicht mehr förderberechtigt sind, eine Ab-
711 gabe zahlen müssen. Diese Einnahmen sollen in den sozialen Wohnungsbau
712 reinvestiert werden.

713 • Anreize zum Wohnungswechsel schaffen: Durch mehr vertragliche Flexibilität
714 und moderne Wohnkonzepte wollen wir Anreize zum Wohnungswechsel schaf-
715 fen, um den spezifischen Wohnraumbedarf in der jeweiligen Lebenssituation bes-
716 ser zu decken.

717 2. Altersgerechter und barrierefreier Wohnraum:

718 • Barrierefreier Wohnraum: Die Errichtung von behindertengerechten Wohnungen
719 ist durch den langwierigen bürokratischen Aufwand der Genehmigungsverfahren
720 in Stadtteilen mit sozialen Erhaltungsverordnungen fast unmöglich und wird dem-
721 zufolge von Bauherren und Investoren zum Nachteil wohnungssuchender, be-
722 hinderter Menschen nicht im erforderlichen Umfang in Angriff genommen. Sie
723 verhindern damit nicht nur Nachhaltigkeit, sondern auch den dringend benötigten
724 altersgerechten Wohnraum. Wir werden dies sozialverträglich ändern. Mit der
725 Abschaffung der Erhaltens-Verordnungen sorgen wir für mehr nachhaltigen und
726 barrierearmen Wohnraum.

727 • Wohneigentum fördern: Wir wollen allen Menschen, die in ihren eigenen vier
728 Wänden leben wollen, helfen sich diesen Traum zu erfüllen. Dies gilt insbeson-
729 dere auch für Menschen mit niedrigem Einkommen. Dafür werden wir Informati-
730 onsbarrieren abbauen, städtische Bürgschaften für die Kaufnebenkosten bereit-
731 stellen, ein „Aus Mieten werden Eigentümer“-Programm bei der SAGA einführen
732 und das Grundbuch digitalisieren.

733 Für lebenswerte Quartiere und Stadtteile

734 Lebenswerte Quartiere sind der Schlüssel zu einer hohen Lebensqualität in unserer
735 Stadt. Sie sind nicht nur Wohnorte, sondern die Lebensräume, in denen Gemeinschaft
736 und Nachbarschaft entstehen und gelebt werden. Wir haben eine klare Vision für diese
737 Quartiere: Stadtteile schaffen, in denen die Menschen gerne leben, arbeiten und ihre
738 Freizeit verbringen. Unsere Vision der Stadt der kurzen Wege steht dabei im Zentrum

739 unserer Planung. In dieser Vision sind alle wichtigen Einrichtungen des täglichen Le-
740 bens – wie Supermärkte, Schulen, Ärzte und Freizeiteinrichtungen – innerhalb von 15
741 Minuten erreichbar.

742 Mit gezielten Investitionen in die Quartiersentwicklung, die Schaffung von Sport- und
743 Freizeitflächen und die Förderung von kulturellen Angeboten wollen wir lebendige und
744 vielfältige Stadtteile gestalten. Diese Quartiere sind Orte, an denen Menschen gerne
745 zusammenkommen, sich austauschen und ihre Freizeit genießen – sie sind das Herz-
746 stück einer lebenswerten Stadt.

747 Das fordern wir konkret:

748 **Wir entfesseln und stärken die Wochenmärkte:** Die zahlreichen Hamburger Wo-
749 chenmärkte verbinden die Menschen mit ihrem Stadtteil, bieten Gelegenheit zum so-
750 zialen Austausch und zur Identifikation. Neben der wichtigen Nahversorgung erfüllen
751 sie auch soziale Aufgaben. Um den Fortbestand unserer Wochenmärkte zu sichern,
752 fordern wir Konzepte, die - über Bürokratieabbau und Digitalisierung hinaus - die Zu-
753 kunft der Wochenmärkte sichern. Dazu gehören Marktzeiten, die an die Bedürfnisse
754 aller Altersgruppen angepasst werden, Themenmärkte, Verbindungen mit Veranstal-
755 tungen und ein breites Gastronomieangebot.

756 **Wir verbessern die soziale Infrastruktur vor Ort:** Nur wenn Menschen sich begeg-
757 nen und kennenlernen können, entsteht ein respektvolles Miteinander und eine
758 Chance auf Integration neuer Mitbürger. Wir wollen diese Begegnungsorte mitplanen
759 und in bestehenden Stadtteilen neu schaffen. Quartierszentren als Treffpunkte für Se-
760 nioren, Jugendliche und andere Gruppen, Sport- und Spielplätze aber auch kleine
761 grüne Oasen mit Grillflächen müssen erhalten und gepflegt werden.

762 **Wir stärken unsere Gastronomie und den lokalen Handel:** Die Eckkneipe, das
763 kleine Café an der Ecke, lebendige Gastronomie belebt die Quartiere und erhöht die
764 Lebensqualität vor Ort – nicht nur in der Innenstadt, sondern in jedem Stadtteil. Des-
765 halb setzen wir uns für neue Gastronomieflächen und eine Ausweitung der Außen-
766 gastronomie insbesondere in Stadtteilen ein, in denen es bisher kaum Angebote gibt.

767 Mit fließendem Wirtschaftsverkehr, ausgewiesenen Zonen für die Anlieferung neuer
768 Waren und der Brötchentaste für kurze Einkäufe unterstützen wir den lokalen Handel.
769 Um auch in verdichteten Quartieren die Zustellung von Paketen reibungslos zu ermög-
770 lichen, planen wir zudem kombiniert mit den Lieferzonen Haltemöglichkeiten für Pa-
771 ketzustelldienste ein.

772 **Für eine lebendige Innenstadt**

773 Zu einer lebenswerten Stadt gehören nicht nur funktionierende Quartiere, sondern
774 auch ein pulsierendes Zentrum.

775 In einer Zeit, in der Online-Shopping immer beliebter wird, große Kaufhäuser an Be-
776 deutung verlieren und das neue Shoppingcenter in der HafenCity zusätzlich lockt,
777 braucht die Innenstadt, die KernCity, eine ganz neue Idee. Hier werden nicht nur Wa-
778 ren gekauft, sondern Erinnerungen geschaffen. Menschen werden in die Stadt gezo-
779 gen, um in Cafés und Restaurants zu sitzen, Kunst und Kultur zu erleben und in einer
780 lebendigen Atmosphäre zu verweilen. Dafür werden wir Hamburg zu einem Zentrum
781 der kulinarischen Genüsse machen. Wir schaffen attraktive Flächen für neue Restau-
782 rants, mehr Platz für Außengastronomie und Pavillons, in denen Menschen auch bei
783 ‚Hamburger Wetter‘ draußen sitzen können. Plätze, die heute nach Ladenschluss ver-
784 waist sind, füllen wir so mit Leben. Zusammen mit Sport- und Bewegungsangeboten,
785 Kunst und Kultur erfinden wir die Innenstadt neu.

786 Das fordern wir konkret:

787 **Ein neues Gesicht für die Mönckebergstraße:** Der Hauptbahnhof ist die Visitenkarte
788 unserer Stadt. Wir setzen uns für eine Umgestaltung des Hamburger Hauptbahnhofs
789 ein, die im Ergebnis den wichtigen Verkehrsknotenpunkt so ertüchtigt, dass er in Be-
790 zug auf Sicherheit, Sauberkeit und Komfort den Ansprüchen der Besucher einer Milli-
791 onenmetropole entspricht, aber auch den Bedürfnissen der vielen Hamburger Pend-
792 lern, die den Hauptbahnhof täglich nutzen. Die ehemaligen Kaufhäuser am Haupt-
793 bahnhof sind der Eingang in unsere Innenstadt und die Mönckebergstraße der rote
794 Teppich. Damit Anspruch und Wirklichkeit wieder zusammenpassen, werden wir die
795 Straße nach dem Vorbild einer spanischen Rambla umgestalten. In der Mitte der
796 Straße entsteht ein breiter, leicht erhöhter Streifen, der mit schattenspendenden Bäu-
797 men und Bänken zum Verweilen einlädt. Dazwischen entstehen flexible gläsernere
798 Strukturen, die mit gastronomischen Angeboten, Musik und Kultur einladen. Cafés und
799 Restaurants links und rechts des grünen Gastrostreifens erhalten mehr Platz für ihre
800 Tische und Stühle.

801 **Wohnraum schafft Attraktivität:** Ein zentrales Element für eine lebendige Innenstadt
802 ist das Wohnen. Hierbei setzen wir nicht nur auf das klassische Wohnen, sondern
803 werden mit Wohnungen für Studierende, Azubi und Young Professionals ein Publikum
804 in die Stadt holen, das neue Angebote wie Kultur, Bars oder Musikclubs auch abends
805 nutzt.

806 Mit verschiedenen urbanen Sport- und Bewegungsangeboten kommt eine neue Nut-
807 zung in die Innenstadt. In Anlehnung an den Basketballcourt Duperré in Paris, der mit
808 seiner bunten Gestaltung Menschen aus der ganzen Welt anlockt, werden diese Be-
809 wegungsflächen als echte Hingucker zu neuen Attraktionen. Für unsere kleinsten Be-
810 sucherinnen werden wir Hamburgs größten betreuten Indoorspielplatz in der Innen-
811 stadt bauen.

812 **Spice up the City! Wir machen Hamburg zur Genussstadt**

813 Wir werden Hamburg zu einem Zentrum der kulinarischen Genüsse machen. Der Ge-
814 würzhandel hat die Pfeffersäcke reich gemacht. Segelschiffe haben schon vor Hun-
815 derten von Jahren Geschmäcker aus der ganzen Welt nach Hamburg geholt. Diese
816 Tradition werden wir fortführen und Spitzengastronomie aus der ganzen Welt nach
817 Hamburg locken.

818 **Wir verbinden HafenCity und Innenstadt**

819 Die Eröffnung des neuen Shoppingcenters in der HafenCity setzt die Geschäfte in der
820 Innenstadt unter Druck. Deshalb werden wir die HafenCity und die Innenstadt verbin-
821 den. Statt entweder die Innenstadt oder das neue Shoppingcenter anzusteuern, wer-
822 den wir einen fließenden Übergang schaffen und so Synergien herstellen. Hierfür be-
823 darf es einer direkten Verkehrsachse, auf der Fußgängerinnen und Fußgänger ent-
824 langspazieren können. Die aktuelle Fußwegeverbindung ist vor allem durch unüber-
825 sichtliche Kreuzungen, schlecht ausgebaute Wege und wenig Leben gekennzeichnet.
826 Das werden wir ändern. Mit einer einfachen Routenführung, breiten und klaren Wegen
827 und attraktiven Flächen für Cafés und Gewerbe machen wir die alte Domachse, die
828 Jungfernstieg und HafenCity verbindet, zu einer Flaniermeile. Über HVV-Hop werden
829 beide Orte durch autonom fahrende Minibusse direkt und dauerhaft verbunden.

830 Alle Ideen für unsere City finden Sie in unserem Innenstadtkonzept hier [URL]

831 **Transparente Planung und Sachverstand –**
832 **Hamburg kann auch große Bauprojekte schaffen!**

833 Ob Elbtower, Holstenquartier oder Palomaviertel – an zentralen Punkten unserer Stadt
834 stockt die Entwicklung großer Projekte, oder die Flächen liegen seit Jahren brach. Dies
835 führt nicht nur zu Frust bei den Anwohnerinnen und Anwohnern, sondern schadet auch
836 Hamburgs Image als dynamische und zukunftsorientierte Metropole.

837 Prominente Großbauprojekte haben das Potenzial, weit mehr als nur architektonische
838 Landmarken zu sein. Sie können als Katalysatoren für die Entwicklung ihrer Umge-
839 bung wirken. Rund um diese großen Bauprojekte entstehen neue Quartiere, die durch
840 eine kluge Integration in die bestehenden Viertel das Stadtbild und die Lebensqualität
841 erheblich verbessern können. Solche Projekte schaffen Raum für neue Wohnungen,
842 Arbeitsplätze, Grünflächen und kulturelle Angebote, die das Leben in unserer Stadt
843 bereichern.

844 Um dies zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die umliegenden Viertel wirklich
845 profitieren, sind transparente und verlässliche Planungen sowie klare Zeitpläne uner-
846 lässlich. Jahrelange Baulücken und stockende Projekte führen nicht nur zu wirtschaft-
847 lichen Einbußen, sondern auch zu einem Verlust an Vertrauen und Lebensqualität.

848 Wir sind überzeugt: Mit den richtigen Maßnahmen kann Hamburg Großbauprojekte in
849 Zukunft erfolgreich umsetzen.

850 Das fordern wir konkret: In einer Taskforce Großprojekte werden alle beteiligten Stel-
851 len zusammenbracht. Dort sollen nicht nur Probleme diskutiert und Lösungen direkt
852 entwickelt werden, sondern auch Erfahrungen gesammelt werden, wie zukünftige
853 Großbauprojekte im Zeit- und Kostenplan umgesetzt werden können. Fehler, die in
854 der Vergangenheit gemacht wurden, sehen wir als Chance, um für die Zukunft zu ler-
855 nen.

856 **Elbtower – Ende gut alles gut!**

857 Stadtentwicklungspolitik ist kein Monopoly. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür
858 ein, dass der Elbtower schnellstmöglich zu Ende gebaut wird, damit die Bauruine nicht
859 zum sichtbaren Zeichen einer gescheiterten Stadtpolitik wird. Für uns ist dabei klar:
860 die Stadt muss Führung zeigen und ihre Verantwortung übernehmen. Aber der Wei-
861 terbau darf nicht mit dem Geld der Steuerzahler bezahlt werden.

862 **Science City - Hier wohnen und forschen die Nobelpreisträger von morgen!**

863 Ein weiteres Standbein, im internationalen Wettbewerb, muss Hamburg mit der Bil-
864 dung eines Exzellenzclusters im Bereich Wissenschaft und Forschung schaffen. Um
865 sich als attraktiver Wissenschaftsstandort behaupten zu können, ist die schnelle Rea-
866 lisierung des Großprojekts Science City entscheidend. Wir unterstützen die Kombina-
867 tion aus universitären Einrichtungen, Forschungsstätten und Wohnungsbau an diesem
868 Standort und fordern die Schaffung eines innovativen, nachhaltigen Quartiers unter
869 Berücksichtigung der Bedarfe einer jungen Bewohnerschaft, wie z.B. ausreichend
870 Sport- und Bewegungsmöglichkeiten.

871 **Oberbillwerder - Wir begrüßen Hamburgs 105. Stadtteil!**

872 Um der hohen Nachfrage an Wohnraum kurzfristig nachkommen zu können muss
873 Hamburg die Chance nutzen, in Oberbillwerder 6.000 bis 7.000 Wohneinheiten mit der
874 dazugehörigen Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Quartierszentren, Grün- und Freiflä-
875 chen sowie ein Schwimmbad zu realisieren. Um die gestiegenen Baukosten auszu-

876 gleichen, schlagen wir ein Abschmelzen der Auflagen und eine Vereinfachung der kos-
877 tenintensiven Genehmigungsprozesse vor. Oberbillwerder darf nicht zum Opfer selbst-
878 verschuldeter Überbürokratisierung werden.

879 **Holstenquartier – Aus Fehlern lernen!**

880 Das Holstenquartier steht über Hamburgs Grenzen hinaus als Synonym für verfehlte
881 Wohnungsbaupolitik. Überzogene Anforderungen an interessierte Wohnungsbauge-
882 sellschaften haben dazu geführt, dass stadtbekannte, seriöse Stakeholder im Laufe
883 der Veräußerungsverhandlungen abgesprungen sind und die Stadt bei der Verkaufs-
884 entscheidung auf den falschen Käufer gesetzt hat. Jetzt liegt das Filetgrundstück im
885 Herzen von Altona als Spekulationsobjekt brach und die im lebendigen Altona geplan-
886 ten 1.300 Wohnungen und Flächen für kleine Gewerbebetriebe werden nicht realisiert.
887 Wir wollen, dass sich die Stadt engagierter als bisher für eine Lösung einsetzt, mit dem
888 Ziel den dringend benötigten Wohnraum auf der Fläche zu ermöglichen. Der Erwerb
889 des Areals durch die Stadt zur Aufteilung auf mehrere einzelnen Baufelder zur Wie-
890 derveräußerung an bauwillige Entwickler wäre ein möglicher Ansatz.

891 **Entwicklung der Magistralen**

892 Die Magistralen, die Hauptverkehrsstraßen, sehen wir als wichtige Ressource, die
893 Wohnraumnot zu lindern. Ihre Weiterentwicklung verstehen wir als Zusammenspiel
894 aus Neuordnung des Straßenraumes und Anpassung des Bauleitplanungsrecht der
895 angrenzenden Grundstücke, insbesondere für den Wohnungsbau. Ein Magistralen-
896 konzept, welches lediglich die Neuordnung des Straßenraums im Blick hat, lehnen wir
897 ab. Entlang dieser Magistralen sollen hochwertige, begrünte Aufenthaltsbereiche für
898 ein pulsierendes Leben entlang unserer Hauptverkehrsadern entstehen. Wir werden
899 daher dafür eintreten, dass die bestehenden Möglichkeiten des Baurechts, wie zum
900 Beispiel Befreiungen nach § 31 Abs. 3 BauGB konsequent genutzt und angewendet
901 werden, damit mehr Wohnraum entstehen kann.

902 **Mobilität schafft Freiheit**

903 Hamburg lebt vom Verkehr - als größtes Wirtschaftszentrum des Nordens, als Knoten-
904 punkt europäischer Verbindungen, als führender Hafen und Flughafen. Zugleich ist
905 Mobilität in der Stadt ausschlaggebend für die Lebensqualität der Bürger, für Arbeits-
906 welt und Freizeit – und für die Attraktivität Hamburgs. Die Mobilität muss mit und für
907 die Bürger weiterentwickelt werden für das Hamburg des 21. Jahrhunderts. Ein Bus-
908 streifen hier, ein Fahrradweg dort, Parkverbote überall und ein hinten und vorn nicht
909 koordiniertes Baustellenchaos machen noch lange keine Verkehrspolitik. Die Infra-
910 struktur ist jahrzehntelang vernachlässigt worden. Die marode Köhlbrandbrücke, die
911 den Hafen lahmzulegen droht, ist nur ein Beispiel. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die
912 vorrausschauend plant und die unterschiedlichen Verkehre miteinander versöhnt und
913 nicht gegeneinander ausspielt. Wenn wir die Stadt entlasten wollen, dann müssen wir
914 die Pendlerverkehre in und aus dem Umland besser leiten und Durchgangsverkehre
915 endlich um die Stadt herumführen.

916 **Verkehrsplanung – von den Besten lernen!**

917 Gute Politik muss offen und lernbereit sein. Wir können von anderen urbanen Zentren
918 lernen, die gute Konzepte praktisch angewendet haben. Unser europäisches Vorbild
919 ist Amsterdam. In den Niederlanden setzt man auf eine konsequente Trennung von
920 Verkehrsströmen und verbessert so die Qualität des „Fahrerlebnisses“, egal welches

921 Fahrzeug man benutzt. Statistiken zufolge sind die Niederlande weltweit das Land mit
922 dem höchsten Fahrerzufriedenheitsindex beim Auto und beim Fahrrad. Nach Amster-
923 damer Vorbild wollen wir daher ein „Planhandbuch Straße“ (Handboek Rood), an dem
924 sich Planer orientieren können und somit Planungs- und Genehmigungsverfahren er-
925 heblich beschleunigt werden können. Auch Städte wie Sydney, Seoul, und Co sind für
926 uns Orte, in denen moderne Verkehrs- und Infrastrukturplanung gelebt wird. Von Ihnen
927 wollen wir lernen.

928 **Infrastrukturinvestitionen und Ausbau der Hafenanbindung**

929 Verkehr in Hamburg wird maßgeblich durch das Geschehen im Hafen beeinflusst. Zu
930 einem funktionierenden Hafen in der Metropolregion Hamburg, gehört eine leistungs-
931 starke und moderne Verkehrsinfrastruktur auf Straße und Schiene.

932 Ein erheblicher Teil der Güter und Container im Großraum der Freien und Hansestadt
933 Hamburg wird nach wie vor über Straßen, Autobahnen und Brücken transportiert. Ei-
934 nige der wichtigsten Brücken sind baufällig und müssen dringend erneuert werden!
935 Wir werden uns für die Fertigstellung der neuen Köhlbrandbrücke einsetzen, deren
936 Planung sich um mehrere Jahre beschleunigen ließe. Gleiches gilt für den Ausbau des
937 Autobahnnetzes und die Instandsetzung der vielfach maroden Hauptverkehrsstraßen
938 in Hamburg und Norddeutschland.

939 **Neubautrasse Hamburg - Hannover**

940 Die für die Hinterlandanbindung des Hamburger Hafens wichtige Neubaustrecke zwi-
941 schen Hamburg, Bremen und Hannover muss noch in diesem Jahrzehnt begonnen
942 werden. Dafür wollen wir uns in Hamburg stark machen. Die Bestandsstrecke ist seit
943 Jahrzehnten überlastet, die geplante Generalsanierung hilft, aber sie bringt keine Ka-
944 pazitätserweiterung, weder im Personen- noch im Güterverkehr. Mit dem Ausbau der
945 Hafen Hinterlandanbindung und dem von uns Freien Demokraten geforderten Neubau
946 der Hochgeschwindigkeitsstrecke von Hamburg nach Hannover ergibt sich eine neue
947 Qualität in der Anbindung der Stadt an das Umland und ganz Europa. Daher fordern
948 wir eine mit mindestens 320km/h befahrbare Trasse, möglichst parallel zur Bundesau-
949 tobahn 7. Unterwegshalte sollen nach Vorbild des München-Nürnberg-Express einge-
950 bunden werden.

951 Aus den gleichen Gründen muss auch das Schienennetz zwischen dem bald fertige-
952 stelltem Fehmarnbelttunnel und Hamburg ausgebaut werden. Damit werden die skan-
953 dinavischen Länder als wichtige Handelspartner effizienter an Norddeutschland und
954 Europa angebunden.

955 **Individuelle Mobilität ist Freiheit – und Notwendigkeit**

956 Individuelle Mobilität spielt weiter eine zentrale Rolle für die Lebensqualität, für die
957 Arbeitswelt und die Wirtschaft unserer Stadt. Alle Bürger müssen frei entscheiden kön-
958 nen, welches Verkehrsmittel für sie das Richtige ist. Deshalb muss Hamburg auch für
959 den automobilen Verkehr zugänglich bleiben. Autoarme und autofreie Zonen können
960 allerdings stadtplanerisch sehr wohl eine Bereicherung der Stadtquartiere sein und der
961 Belegung des öffentlichen Raums dienen.

962 Für autofreie und Fußgänger- Zonen werden wir uns einsetzen, wenn der Wunsch aus
963 Bevölkerung und Einzelhandel besteht und mit übergeordneten Zielen vereinbar ist.
964 Anfahrten durch Lieferanten und Kunden (Parkhäuser), ausreichende Umfahrungs-
965 möglichkeiten für den Ausweichverkehr sowie eine gute ÖPNV, Fuß- und Radver-
966 kehrs-Erschließung müssen gewährleistet sein.

967 Auf Straßen von überregionaler Bedeutung lehnen wir flächendeckendes Tempo 30
968 ab.

969 **Bedarfsorientiertes Stellplatzangebot**

970 Wir Freie Demokraten wollen das Querparken in allen Straßen, in denen Tempo 30
971 gilt, mit Ausnahme wichtiger Radrouten, und in allen Einbahnstraßen erhalten. Eine
972 Umstellung auf Längsparken akzeptieren wir, wenn der Verkehrsfluss und die Sicher-
973 heit deutlich verbessert werden, ohne dass die Zahl der Längsparkplätze unnötig re-
974 duziert wird.

975 Wo immer es möglich ist, sollen Parkplätze aus dem öffentlichen Straßenraum unter
976 die Erde in Parkhäuser und Tiefgaragen verlegt werden, um den Parkplatzsuchverkehr
977 zu verringern und den öffentlichen Straßenraum für fließenden Verkehr und sonstige
978 öffentliche Nutzung, z.B. Gastronomie oder Grünflächen besser nutzen zu können.
979 Gerade bei großen, neuen Quartieren soll der Parkdruck von der Oberfläche genom-
980 men werden und unter die Erde gelegt werden.

981 **Bewohnerparkzonen und Parkraumbewirtschaftung**

982 Die Bewohnerparkzonen sind in ihrer jetzigen Form nicht bedarfsgerecht und führen
983 zu vielen Problemen. Vorerst setzen wir uns für ein Aussetzen der meisten Bewohner-
984 parkzonen und Stopp weiterer Verfahren ein. Im Umfeld wichtiger Einrichtungen, wie
985 Kliniken, Notfallpraxen und Polizeikommissariate, muss das Bewohnerparken abge-
986 schafft werden.

987 **Einheitliche Sondergenehmigungen für parkraumbewirtschaftete Gebiete**

988 Entscheidungen über Sondergenehmigungen sind transparent und nach einheitlichen
989 Kriterien über die Bezirke auszuweisen. Die Höhe der Kosten für einen Antrag auf
990 Sondergenehmigung muss bezahlbar gehalten werden und sich z. B. an den Abma-
991 ßen des Fahrzeuges bemessen. Betriebe ohne die Möglichkeit, auf einen eigenen
992 Tiefgaragen- oder Hof- Stellplatz auszuweichen, sollen die Option auf mindestens ei-
993 nen selbstgenutzten Stellplatz am Betriebsstandort erhalten. Die bestehenden Rege-
994 lungen machen es für Handwerksbetriebe, Pflegedienstleister und alle aufsuchenden
995 Dienstleister unnötig schwer, in Kundennähe zu parken. Hier muss dringend eine un-
996 bürokratische Lösung gefunden werden. Für Arzt-Besuche reicht die Kurzparkzeit we-
997 gen der Wartezeiten oft nicht aus. Hier muss eine Flexibilisierung möglich sein.

998 **Quartiersgaragen**

999 Zur Erweiterung des Stellplatzangebots und zur Entlastung von Stadtteilen mit sehr
1000 hohem Parkdruck sollen gezielt moderne Quartiersgaragen errichtet werden, um Au-
1001 tos zentral abstellen zu können und den Parkdruck im Straßenraum zu reduzieren.
1002 Sowohl bei bestehenden als auch bei neu zu schaffenden Parkplätzen müssen Lade-
1003 möglichkeiten für Elektroautos berücksichtigt werden, wobei auch unkonventionelle
1004 Möglichkeiten wie Ladesäulen an Straßenlaternen genutzt werden sollen. In diese
1005 Quartiersgaragen sollen auch Abstellmöglichkeiten für eigene Fahrräder, Stadträder
1006 und andere Sharing-Dienste integriert werden. Moderne Quartiersgaragen sind auch
1007 von außen nicht als solche erkennbar, da sie mit Einzelhandel sowie Wohn- und Bü-
1008 roflächen an der Außenseite oder auf dem Gebäude kombiniert werden können.

1009 **Ausbau Ladestationen für E-Mobilität und technologieoffener Netzausbau**

1010 Nur rund 600 Lademöglichkeiten in ganz Hamburg mit einem Autobestand von mehr
1011 als 80.000 Fahrzeugen ist definitiv zu wenig. Vor allem in den Randbereichen des

1012 Stadtgebiets, wo der Pendelverkehr beginnt, muss die Ladeinfrastruktur ausgebaut
1013 werden. Hierbei sollten insbesondere Schnellladestationen aufgestellt werden. Hierzu
1014 sind umfassende Investitionen in das Niederspannungsnetz seitens des kommunalen
1015 Unternehmens Stromnetz Hamburg GmbH erforderlich, wenn keine Drittanbieter dies
1016 übernehmen. Hamburg muss eine eigene Ladeinfrastrukturgesellschaft endlich auf
1017 den Weg bringen. Des Weiteren setzen wir uns auch für den Ausbau anderer Lade-
1018 und Tankinfrastruktur aus, zum Beispiel für Wasserstofffahrzeuge.

1019 **Sicher auf allen Strecken – Ein gutes Radnetz entsteht in der Fläche**

1020 Hamburg tut sich schwer mit der Radverkehrsplanung. Der Senat investiert derzeit
1021 stark in Fahrradprestigeprojekte und versenkt dort Geld. Dabei gehen die Bedürfnisse
1022 der Stadt in der Fläche verloren. Die Prioritäten der Radfahrer unterscheiden sich nicht
1023 grundsätzlich von denen anderer Verkehrsteilnehmer, denn alle wollen schnell und
1024 sicher von A nach B kommen. Eine generelle Übervorteilung eines einzelnen Ver-
1025 kehrsträgers in der gesamten Stadt lehnen wir ab, jedoch muss der vor Ort vorhandene
1026 Straßenraum sinnvoll und effizient genutzt werden.

1027 Jedes Verkehrsmittel hat seine Berechtigung. Dabei ist für uns entscheidend, Men-
1028 schen die Wahl zu ermöglichen und Abhängigkeiten von einzelnen Verkehrsträgern,
1029 wie dem eigenen Auto zu lösen. Dabei ist auch eine ganzheitliche Radverkehrspla-
1030 nung wichtig. Vorhandene (sanierungsbedürftige) Radwege werden oft nicht genutzt
1031 und der Radverkehr weicht auf die Straße aus. Diese Situation führt auch zu Unmut
1032 bei Autofahrern, die aufgrund der schlechten Straßenplanung in Hamburg häufig in
1033 Konfliktsituationen mit Radfahrern geraten. Deshalb wollen wir, dass die finanziellen
1034 Mittel zunächst auf die Sanierung und den Ausbau des Bestandes konzentriert werden
1035 und durch viele kleine Maßnahmen das Radverkehrsnetz insgesamt in der Fläche ver-
1036 bessert wird. Dabei müssen wir auch an den touristischen Radverkehr denken, der in
1037 den bisherigen Planungen des Senats und der Bezirke kaum berücksichtigt wird.

1038 **Das Rad nicht neu erfinden! – Gute Fahrradkonzepte auf Hamburg übertragen**

1039 Als Freie Demokraten wollen wir das Rad nicht neu erfinden, wenn es nicht nötig ist.
1040 Vorbild im urbanen Verkehr ist für uns Amsterdam, da dort die Zufriedenheit sowohl
1041 der Radfahrer und Fußgänger als auch der Autofahrer in Studien immer wieder als
1042 weltweit am höchsten eingestuft wird. Übernehmen wir also Konzepte, die anderswo
1043 gut funktionieren!

1044 Besonders wichtig sind sichere Kreuzungen. Jene Kreuzungen, die in den nächsten
1045 Jahren umgestaltet werden, sollen als so genannte „geschützte Kreuzungen“ ausge-
1046 führt werden. Diese vermeiden gezielt Konflikte zwischen den Verkehrsteilnehmern
1047 und machen das Vorankommen sowohl für Autofahrerinnen und Autofahrer als auch
1048 für Radfahrerinnen und Radfahrer und Fußgängerinnen und Fußgänger deutlich si-
1049 cherer, weil sie den Verkehrsfluss durch intelligente Strukturen geschützt regeln. Wo
1050 es die Verhältnisse zulassen, setzen wir auch verstärkt auf Kreisverkehre, da der Ver-
1051 kehrsfluss dort in der Regel deutlich besser ist als an Ampelkreuzungen und sowohl
1052 Radfahrer als auch Fußgänger von der Sicherheit profitieren, ohne den Autoverkehr
1053 zu verlangsamen. Wie die Fußwege sollen auch die Radwege baulich getrennt und
1054 erhöht angelegt werden. An Einmündungen werden sie nicht abgesenkt, um auf na-
1055 türliche Weise eine sichere Verkehrssituation für Autofahrer und Radfahrer zu schaf-
1056 fen.

1057 **Zentrale Fahrradrouten konsolidieren – Klare Trennung von Verkehrsarten**

1058 Fußgänger und Radfahrer sollen auf den Hauptverkehrsstraßen nicht dicht gedrängt

1059 mit dem Autoverkehr um Platz kämpfen müssen. Dies ist mittelfristig durch eine kon-
1060 sequente Trennung von Rad- und Autoverkehr nach niederländischem Vorbild möglich
1061 und für alle Verkehrsteilnehmer sicherer und angenehmer. Bei Neubaugebieten sollte
1062 diese Trennung von Anfang an ganzheitlich umgesetzt werden. Dabei ist klar, dass
1063 grundsätzlich auf allen Straßen ein sicheres Vorankommen für alle Verkehrsteilneh-
1064 mer möglich sein muss. Aber nicht jede Straße kann zur Fahrradautobahn werden.
1065 Die Maßnahmen müssen ausgewogen und bedarfsgerecht sein.

1066 **Verbesserung der Beschilderung für Radfahrer und Fußgänger**

1067 Als Freie Demokraten setzen wir uns für eine moderne Beschilderung ein, online wie
1068 offline. Wir fordern daher eine neue, ansprechendere und qualitativ hochwertigere Be-
1069 schilderung mit kontrastreicheren Symbolen, die auch in Schwarz-Weiß funktional und
1070 damit für die Verkehrsteilnehmer besser erkennbar sind. Für Fußgänger und Radfah-
1071 rer ist eine bessere Beschilderung auch außerhalb des Stadtzentrums und an wichti-
1072 gen Kreuzungen und Sehenswürdigkeiten in Verbindung mit touristischen Informatio-
1073 nen erforderlich. Wir fordern auch eine Verbesserung der Abstände und der Beschil-
1074 derung von Radrouten, damit Radfahrer weniger auf ihr Handy schauen müssen, um
1075 sich zu orientieren. In den Boden eingelassene oder an Ampeln angebrachte Wegwei-
1076 ser sollten integriert werden. Dies wird besonders gut in Adelaide umgesetzt, aber es
1077 gibt auch andere gute Beispiele.

1078 **Das Fahrrad – Verkehrsmittel der letzten Meile**

1079 Irgendwo endet der ÖPNV. Das Fahrrad ist oftmals ein Mittel der Wahl, um die sprich-
1080 wörtliche letzte Meile zum Zielort zurückzulegen. Um diesen Umstieg des Verkehrs-
1081 trägers zu gewährleisten, muss die dafür nötige Infrastruktur geschaffen werden. An
1082 Bahnhöfen und Stationen sollen Fahrradgaragen, ohne vorherige Buchung nutzbar
1083 sein. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Einrichtung von möglichst unterirdi-
1084 schen Fahrradparkhäusern an zentralen Mobilitätsknotenpunkten ein. Zu diesen Orten
1085 zählen: Hauptbahnhof, Jungfernstieg, Dammtor, Berliner Tor, Harburg, Barmbek, Al-
1086 tona, Schlump, Bergedorf, Flughafen und Wandsbek Markt. Moderne Technik wie LED
1087 oder bedarfsgesteuerte Helligkeit ermöglicht eine energieschonende wie naturverträg-
1088 liche Beleuchtung.

1089 Den Bezirken soll die Möglichkeit gegeben werden, flächendeckend und bedarfsge-
1090 recht Abstellplätze für Fahrräder, Fahrradbügel und weitere Fahrradinfrastruktur aus-
1091 zubauen. Ein bewusstes „Wegpollern“ von PKW-Parkplätzen durch Fahrradbügel mit
1092 dem Ziel, Autofahren unattraktiv zu machen, lehnen wir hingegen ab. Die Hamburger
1093 Velorouten sollen beschleunigt und sicher ausgebaut werden.

1094 **Sanierung bestehender Radwege**

1095 Auch wenn die Mindeststandards nur knapp unterschritten werden, fordern wir die Sa-
1096 nierung bestehender Radwege. Viele desolate Radwege werden derzeit nicht saniert,
1097 da für eine Sanierung oft ein kompletter Straßenumbau notwendig ist, der nicht finan-
1098 zierbar oder infrastrukturell nicht möglich ist. In diesen Fällen sollen Radwege auch
1099 unterhalb der Mindeststandards saniert werden können, um sie wieder sicher nutzbar
1100 zu machen.

1101 **Wir alle sind Fußgänger!**

1102 Ohne Fußwege und Freiräume für die freie Bewegung ohne Verkehrsmittel ist eine
1103 lebenswerte Stadt undenkbar. Kinder und Familien, Geschäfte und Erholung brauchen
1104 Platz für den Menschen selbst. Vor allem für die älter werdende Bevölkerung müssen

1105 die Bedürfnisse und die Sicherheit der Fußgänger eine hohe Priorität haben. Es geht
1106 um persönliche Freiheit – und um den Schutz vor den erheblichen Gefahren jeden
1107 Verkehrs.

1108 Eine klare Trennung der unterschiedlichen Verkehre soll Konflikte zwischen Verkehrs-
1109 teilnehmern vermeiden. Wo dies nicht möglich ist, streben wir ein gleichberechtigtes
1110 Miteinander an. Gerade für Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen sind
1111 Fußwege oft gefährlich. Einmündungen sollen daher nicht mehr abgesenkt werden,
1112 sodass es für Eltern mit Kinderwägen, Senioren und Rollstuhlfahrer einfacher wird, sie
1113 zu überqueren. Kleinere Einmündungen, bzw. Einmündungen nach niederländischem
1114 Vorbild, helfen dabei ebenfalls. Krafffahrzeuge können diese kleinen Schwellen einfa-
1115 cher überwinden als Fußgänger. So werden Kreuzungen und Einmündungen für alle
1116 sicherer. Der Fußverkehr ist bisher ein Stiefkind der Straßenplanung, teilweise wird er
1117 sogar anderen Zwecken geopfert. Fußgängerverkehr soll künftig die gleiche Priorität
1118 wie andere Verkehrsarten erhalten.

1119 Sicheres Zufußgehen ermöglichen: Fußwege und Fußgängerüberwege dürfen keine
1120 Stolperfallen sein. Dafür müssen sie regelmäßig überprüft und saniert werden. Damit
1121 der Sanierungsbedarf von Hamburgs Fußwegen rechtzeitig erkannt wird, sollten künft-
1122 ig auch Fußwege im Straßenzustandsbericht erfasst werden. Insbesondere Wege vor
1123 Altenheimen, Schulen und KiTas möchten wir besonders gepflegt wissen. Kreuzungen
1124 und Angsträume sollen deutlich besser beleuchtet werden.

1125 **Intelligente Verkehrswegorganisation**

1126 In einer wachsenden Stadt brauchen wir Lösungen, die mit kreativen und zukunftswei-
1127 senden Maßnahmen den knappen Platz in der Stadt für alle nutzbar machen. Ver-
1128 kehrsflüsse müssen intelligent gesteuert werden und der Umstieg von einem auf ein
1129 anderes Verkehrsmittel leichtfallen. Ganzheitliche Verkehrs- und Stadtplanung, muss
1130 die laufenden Veränderungen im Umfeld und im Leben der Menschen berücksichtigen
1131 Infrastruktur wird vor dem Bedarf geplant, Wohnungsbau folgt. Zur Mobilität der Ge-
1132 gegenwart und der Zukunft gehört die Digitalisierung. Hier liegen enorme Möglichkeiten
1133 für Geschwindigkeit, Bequemlichkeit, Sicherheit und Nachhaltigkeit. Dafür wollen wir
1134 folgende Maßnahmen umsetzen:

1135 Hamburg braucht ein flächendeckendes Verkehrs-Tracking für das gesamte Stadtge-
1136 biet und möglichst vernetzt mit der Metropolregion. So lassen sich Verkehrsströme in
1137 Echtzeit beobachten und so leiten, dass Menschen nicht im Stau stehen, möglichst
1138 keine Umwege fahren müssen und die Umweltbelastung minimiert wird. Hamburg
1139 braucht auch eine intelligente und vernetzte Ampelschaltung. Noch immer funktionie-
1140 ren Hamburger Ampeln bei einem dynamischen Verkehr noch weitgehend nach einem
1141 starren Schaltsystem. Eine vernetzte Ampelschaltung, die mit den Daten des Verkehrs
1142 Trackings verbunden ist, erleichtert Mobilität, ist effizient und kostensparend und ver-
1143 ringert den CO2 Ausstoß des Verkehrs.

1144 Auch elektronische Beschilderungsinformationen für Navigationssysteme sind mög-
1145 lich, ebenso wie elektronische Verkehrsbeeinflussungsanlagen an allen Haupt- und
1146 Fernstraßen, dynamisches Tempolimit und Spurnutzung, Ankündigung und Informa-
1147 tion bei Verkehrsstörungen, Fahrzeitenanzeige und Routenoptimierung. Ampeln sol-
1148 len umfassend bedarfsgesteuert geregelt und mit Countdown-Anzeigen ausgestattet
1149 werden. Mehrstufige Schleifen und Radargeräte messen auch die Menge der Kfz,
1150 Radfahrer und Fußgänger, um Ampelphasen anpassen. Auch ein digitales Parkplatz-
1151 management kann über Sensoren, Aktoren oder Videodaten freie Parkplätze identifi-
1152 zieren.

1153 **Straßennetz und Baustellenmanagement**

1154 Die Baustellen in der Stadt sind nicht nur eine Belastungsprobe für die Nerven der
1155 Menschen in Hamburg, sie verursachen einen wirtschaftlichen und auch einen enor-
1156 men ökologischen Schaden. Bauarbeiten in Hamburg und das Management der Bau-
1157 stellen müssen so koordiniert werden, dass es möglichst wenig Engpässe und vor al-
1158 lem keine sich gegenseitig verstärkenden Blockaden gibt. Die nachhaltige Erhaltung
1159 des Hamburger Straßennetzes und die Beseitigung von Staus sind essenziell für die
1160 Lebensqualität und die wirtschaftliche Aktivität in der Stadt. Durch ein zentrales
1161 Baustellenmanagement, das alle Akteure einbindet, werden Bauvorhaben zielgerich-
1162 tet geplant und so durchgeführt, dass der Verkehrsfluss gewährleistet wird. Verträge
1163 für die Durchführung von Baustellen sollen so geschlossen werden, dass sie Anreize
1164 für Beschleunigungen und Sanktionsmöglichkeiten für Verzögerungen vorsehen.

1165 **Ausbau der Fernstraßen in und um Hamburg**

1166 Die Metropolregion Hamburg beherbergt zahlreiche Fernstraßen wie Autobahnen und
1167 Bundesstraßen. Für die Zukunft sind diese weiterhin sehr wichtig und daher auszu-
1168 bauen. Auch bedarf es moderner Nutzungsmöglichkeiten der Infrastruktur durch den
1169 flächendeckenden Einsatz von Streckenbeeinflussungsanlagen und der Mitbenutzung
1170 des Standstreifens. Wir fordern daher auf allen Autobahnen und den Bundesstraßen,
1171 die mehr als zwei Fahrstreifen haben, den Einsatz digitaler Streckenbeeinflussungs-
1172 anlagen. Beim Aus- und Neubau von Autobahnen soll immer eine mögliche Mitbenut-
1173 zung des Standstreifens mitgedacht werden.

1174 **Fernstraßenring schließen!**

1175 Die Freien Demokraten sind sich sicher, dass die innerstädtischen Straßen Hamburgs
1176 nur durch einen vollständigen Außenring entlastet werden können. Teile davon sind
1177 bereits vorhanden, wie die A1. Dabei sind sich die Freien Demokraten bewusst, dass
1178 abschnittsweise auch hervorragende Bundesstraßen die Funktion einer Umgehungs-
1179 straße übernehmen können, wie z.B. die B 432, die aber durch die weiterführenden
1180 BAB 20 und 21 ergänzt werden müssen, um diese Aufgabe erfüllen zu können.

1181 **Leistungsfähige Umleitungen und Anschlussstellen/Kreuzungen**

1182 Auch Umleitungen und Ausweichstrecken sind zu berücksichtigen und zu verbessern.
1183 In diesem Zusammenhang fordern die Freien Demokraten, dass für alle stärker belas-
1184 teten Bundesstraßen im Großraum Hamburg ohne parallele Autobahn der Ausbau zu
1185 einem alternierenden 2+1-System geprüft und ggf. umgesetzt wird. Gerade in Bal-
1186 lungsräumen müssen Anschlussstellen leistungsfähiger werden. Ein Teilkleeblatt oder
1187 die Diamantform sind nicht immer ausreichend. Modernere Anschlussstellenformen
1188 mit Kreisverkehren oder auch als Single Point Urban Interchange (SPUI) sollen geprüft
1189 werden und Teil des rechtlichen und planerischen Optionsportfolios werden. Gleiches
1190 gilt für die in den Niederlanden sehr erfolgreichen Turbokreisverkehre. An bestehen-
1191 den Fernstraßen soll geprüft werden, wo zusätzliche Verknüpfungen, wie Anschluss-
1192 stellen erstellt werden müssen.

1193 **Neue Kreisverkehre intelligent gestalten**

1194 Kreisverkehre sind für den Verkehrsfluss eine gute und sichere Alternative zu Ampel-
1195 kreuzungen. Einige Kreisverkehre in Hamburg sind jedoch ohne Radfahrstreifen und
1196 mit Hindernissen für LKW und ÖPNV gebaut. Künftig sollen daher neu gebaute Kreis-
1197 verkehre immer mit Fahrradschutzstreifen oder noch besser mit geschützten Radwe-
1198 gen auf dem Bürgersteig gebaut werden. Die Radien sollen so gewählt werden, dass

1199 Busse die Kreisverkehre besser befahren können. Die Begründung der Kreisverkehre
1200 ist sicherzustellen und darf nicht wie bisher vernachlässigt werden.

1201 **Turbokreisverkehre**

1202 Die Freien Demokraten wollen, dass in der Verkehrsplanung verstärkt sogenannte
1203 Turbo-Kreisverkehre nach niederländischem Vorbild eingesetzt werden. Diese haben
1204 sich im Vergleich zu normalen mehrspurigen Kreisverkehren als sehr effizient, ver-
1205 kehrsflussreich und unfallarm erwiesen.

1206 **Mehr und besserer ÖPNV durch Ausbau des Schienennetzes**

1207 Hamburg braucht endlich den stadtweiten Ausbau des Schienennetzes. Er muss zum
1208 Rückgrat eines ÖPNV werden, in dem Busse vorrangig Zubringeraufgaben haben. Nur
1209 so entsteht zukunftsweisender Stadtverkehr, der der Stadt den Raum gibt, den für an-
1210 dere Verkehrsteilnehmer und zum Leben braucht. Dazu gehört ein System von Quer-
1211 verbindungen und die ganzheitliche Anbindung der Randbezirke und des Umlands an
1212 das Schienennetz samt Park and Ride Möglichkeiten.

1213 **Technologieoffenheit – auch beim ÖPNV!**

1214 Als Freie Demokraten setzen wir auf Technologieoffenheit und innovative Lösungen.
1215 Dazu fordern wir, bestehende und stillgelegte Strecken mittels Light Rail zu nutzen
1216 und neue oberirdische Abschnitte im Umland und den Außenbezirken zu erschließen.
1217 Diese modernen Systeme kämen langfristig der ganzen Metropolregion zugute und
1218 böten eine kostengünstige Alternative an Orten, an denen sich U- und Vollbahnen nicht
1219 mehr lohnen und eine Verknüpfung mit dem Bestandsnetz nicht darstellbar oder nicht
1220 praktikabel ist. Einzelne und unabhängige Linien können dabei problemlos betrieben
1221 werden, ohne an ein Gesamtnetz angebunden zu werden. Das Ergebnis ist die Anbin-
1222 dung ganzer Stadtteile an die bestehende Infrastruktur und die Entlastung des Haupt-
1223 bahnhofs als Umsteigepunkt.

1224 **U- und S-Bahnlinsen verlängern!**

1225 Zu beginnen ist mit der unverzüglichen Verlängerung der U4 bis Harburg. In einem
1226 ersten Schritt soll sie, bis Wilhelmsburg verlängert werden. Die U2 soll nach Norden
1227 und nach Bergedorf ergänzt werden. Die im Bau befindliche U5 soll besser in das
1228 Gesamtnetz und die Metropolregion eingefügt werden. Damit dies zu erreichen ist,
1229 sollte sie mittelfristig bis Schenefeld verlängert werden. Um den Hamburger Westen
1230 insgesamt besser anzuschließen, aber auch die Metropolregion besser zu verknüpfen,
1231 soll die S32 von Altona gen Osdorf gebaut und langfristig auch bis Schenefeld verlän-
1232 gert werden. Sollte sich dies als technisch nicht realisierbar erweisen, fordern wir den
1233 Bau eines anderen leistungsfähigen schienengebundenen Systems, wie Light Rail o-
1234 der vergleichbar. Eine weitere Busbeschleunigung oder Bus Rapid Transit (BRT) leh-
1235 nen wir auf Grund der bisherigen Erfahrungen und mangelnder Leistungsfähigkeit ab.

1236 Um die fehlenden Schienen-Querverbindungen außerhalb des inneren Stadtbereichs
1237 zu schaffen, wollen wir die Güterumgebungsbahn auch für den ÖPNV nutzen und sie
1238 deshalb auf ganzer Länge zweispurig ausbauen, sowie entsprechende Verbindungs-
1239 kurven und Überwerfungsbauwerke errichten. Auch eine Einbindung anliegender
1240 Bahntrassen im Hamburger Norden sollte geprüft werden. Langfristig bedarf es ein
1241 ganzheitliches Zielnetz in Hamburg. Wo sollen U6 und U7 entstehen? Diese Fragen
1242 sind ungeklärt, aber deren Klärung ist essenziell für eine ganzheitliche ÖPNV-Planung.

1243 **Leistungsstarker überregionaler Schienenverkehr**

1244 Der Hamburger Hauptbahnhof ist zentrale Drehscheibe des Fernverkehrs in Nord-
1245 deutschland sowie des Hamburger U- und S-Bahnbetriebs. Er überschreitet mit seiner
1246 Auslastung weit seine Kapazitäten. Die Deutsche Bahn und die Stadt Hamburg müs-
1247 sen diese zentrale Problematik des Hamburger Verkehrs endlich anpacken.

1248 Zur Attraktivitätssteigerung des Fernverkehrs für den Osten Hamburgs soll der Bahn-
1249 hof Bergedorf auf der Strecke Hamburg–Berlin regelmäßig von Fernzügen auf IC-
1250 Niveau angefahren wird. Zur Entlastung der S-Bahn-Strecke Bergedorf–Hamburg soll
1251 die Frequenz des Regional-Expresses RE1 erhöht werden. Auch fordern wir einen
1252 Regionalzug nach Berlin bzw. nach Wittenberge, um hier die Anbindung jenseits des
1253 Fernverkehrs zu gewährleisten.

1254 **Norddeutscher Verkehrsverbund**

1255 Mit der Schaffung eines norddeutschen Verkehrsverbundes (von Flensburg bis Han-
1256 nover) als Dachmarke mit einem gemeinsamen Außenauftritt wäre eine Verdichtung
1257 und Abstimmung der Taktung und eines durchgängigen Verkehrs zu allen Tages- und
1258 Nachtzeiten möglich. Gemeinsame Ausschreibung der Verkehre und daraus folgende
1259 „Durchbindung“ vieler RE-Linien würden den Hauptbahnhof ebenfalls entlasten. Um
1260 dies zu erreichen wollen wir die Leistungsfähigkeit des neuen Bahnhofs Altona am
1261 Standort Diebsteich weiter erhöhen.

1262 Es geht nicht nur um das Streckennetz! Der ÖPNV braucht auch eine effiziente Ver-
1263 waltung mit einer ausreichenden Finanzierung. Es gibt keinen attraktiven ÖPNV ohne
1264 eng getaktete und verlässliche Bahnen und saubere und sichere Züge und Bahnhöfe.
1265 Dazu gehört eine Komfortoffensive für alle Haltestellen. Überdachte und beleuchtete
1266 Bushaltestellen sorgen für einen angenehmen Aufenthalt bei jedem Wetter. Parallel
1267 sollen wichtige Haltestellen ausreichend Fahrradabstellmöglichkeiten, nach Möglich-
1268 keit unterirdisch, und Stadtradstationen bekommen.

1269 **Barrierefreiheit – auch bei Sprachbarrieren**

1270 Hamburg ist eine internationale Stadt. Deswegen sollen Informationen, insbesondere
1271 bei Störungen, zusätzlich auf Englisch zur Verfügung gestellt werden. Außerdem sol-
1272 len Informationen auch für hörgeschädigte und gehörlose Menschen zugänglich sein.
1273 Ansagen sollen daher zusätzlich auf Displays in Zügen und an den Bahnsteigen an-
1274 gezeigt werden. Um die Verständlichkeit zu erhöhen, soll das Design der Anzeigen
1275 zudem im HVV-Gebiet vereinheitlicht werden.

1276 Der ÖPNV ist vollständig barrierefrei zu gestalten: Ausbau von ertastbaren Leitsysteme-
1277 n für Blinde und Sehbehinderte, beispielsweise Gehwegpflaster mit Rillen und Nop-
1278 pen.

1279 **Verbindungsbahnentlastungstunnel**

1280 Die Freien Demokraten setzen sich für den Bau des Verbindungsbahn-Entlastungs-
1281 tunnels ein. Für Hamburg wäre der Bau einer der Nordvarianten am besten. Die vor-
1282 handenen S-Bahn-Haltestellen sollen für den Schienenpersonennahverkehr nutzbar
1283 gemacht und die alten Bahnsteige an der Sternschanze und der Holstenstraße wieder
1284 aufgebaut und modernisiert werden.

1285 **Moderne Fähren in den HVV integrieren**

1286 Zur Entlastung der Ost-West-Verbindungen in Hamburg fordern wir Freie Demokraten
1287 einen 10-Minuten-Takt im Pendelverkehr in der Hauptverkehrszeit zwischen Fähr-
1288 damm und Mühlenkamp. Zur besseren Verzahnung soll der 15er Bus nach Möglichkeit
1289 bis zum Fährdamm verlängert werden. Erforderlich sind auch häufigere Fährverbin-
1290 dungen in die schlecht angebundene Stadtteile Wilhelmsburg und Finkenwerder.

1291 **E-Scooter als attraktives Verkehrsangebot**

1292 Ausleihbare E-Roller sind eine attraktive Ergänzung der individuellen Mobilität. Stei-
1293 gende Unfallzahlen, falsches unfallträchtiges Abstellen und die verbotene Benutzung
1294 von Gehwegen führen aber zu erheblichen Konflikten. Wir befürworten an geeigneten
1295 Brennpunkten spezielle Stellplätze. Das Blockieren von Gehwegen muss noch konse-
1296 quenter geahndet werden.

1297 **Aufstieg durch Bildung – das liberale Versprechen**

1298 Jedes Kind verdient beste Bildung. Denn das ist die Grundlage für ein selbstbestimm-
1299 tes Leben. In Hamburg entscheidet aber die soziale Herkunft und der Stadtteil über
1300 den Bildungserfolg. Wir Freie Demokraten setzen dem unser Bildungsprogramm für
1301 Aufstiegschancen entgegen – von der Kita bis zur beruflichen Weiterbildung.

1302 **Frühkindliche Bildung**

1303 In den ersten Lebensjahren werden die wichtigsten Weichen für den weiteren Bil-
1304 dungs- und Lebensweg gelegt. Wir wollen, dass Kitas für alle Kinder Orte exzellenter
1305 frühkindlicher Bildung sind und dass sich Familien auf die Qualität und die Öffnungs-
1306 zeiten von Kitas verlassen können, um Familie und Beruf besser zu vereinbaren.

1307 **Startchancen-Programm für Kitas**

1308 Wir wollen ein Startchancen-Programm für Kitas als Ergänzung zum Startchancen-
1309 Programm für die Schulen, um Kinder in benachteiligten Stadtteilen von Anfang an mit
1310 besserer Ausstattung, gezielter Sprachförderung und mehr Personal zu unterstützen.

1311 **Betreuungsschlüssel und Sprachförderung verbessern**

1312 Wir begrüßen die Weiterentwicklung des Kita-Qualitätsgesetz der Bundesregierung
1313 und wollen die zur Verfügung stehenden Mittel insbesondere zur Förderung der
1314 sprachlichen Bildung als auch der Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels nut-
1315 zen. Fortbildungen, Krankheit, Urlaub und mittelbare Pädagogik müssen künftig voll-
1316 ständig im Betreuungsschlüssel abgebildet werden, Kräfte mit einer geringeren Quali-
1317 fikation als eine Zweitkraft dürfen nicht mehr oder nur noch anteilig in den Schlüssel
1318 eingerechnet werden und auf den Unterschied zwischen einem „rechnerischen“ und
1319 einem „realen“ Betreuungsschlüssel muss verzichtet werden.

1320 Es darf Trägern nicht mehr erlaubt werden, zeitlich unbegrenzt und ohne Angabe von
1321 Gründen sowie ohne dies zu melden, die Zielbetreuungsquote um 10 % zu unter-
1322 schreiben.

1323 **Mehr qualifiziertes Personal für die frühkindliche Bildung**

1324 Wir wollen die Erzieherausbildung reformieren und attraktiver machen, durch die Ein-

1325 führung einer dualen bzw. berufsintegrierten Ausbildung mit angemessener Vergü-
1326 tung. Dabei wollen wir auch mehr Männer für den Beruf gewinnen. Quereinsteigern
1327 aus dem In- und Ausland wollen wir eine praxisorientierte Ausbildung zur sozialpäda-
1328 gogischen Assistenz leichter ermöglichen.

1329 Wir wollen den Einsatz von Hauswirtschafts- und Verwaltungsfachkräften fördern, da-
1330 damit das pädagogische Fachpersonal mehr Zeit mit den Kindern statt am Schreibtisch
1331 verbringt.

1332 **Bessere Anerkennung der Kindertagespflege**

1333 Die Kindertagespflege ist ein wichtiger Baustein der Kinderbetreuung. Während in den
1334 letzten Jahren große Summen in den Bereich der Kindertagesstätten geflossen sind,
1335 trat die Kindertagespflege weitgehend auf der Stelle. Wir setzen uns dafür ein, dass
1336 diese wichtige Arbeit besser anerkannt wird. Tagespflegekräfte müssen eine bessere
1337 Entlohnung erhalten.

1338 **Digitale frühkindliche Bildung**

1339 Kinder kommen immer früher mit digitalen Medien und Unterhaltungsangeboten in Be-
1340 rührung. Sie sollen darum im Rahmen der frühkindlichen Bildung erste notwendige
1341 Kompetenzen im alters- und kindgerechten Umgang mit der Digitalisierung erhalten.
1342 Wir wollen die Anschaffung von Endgeräten sowie Fortbildungen von pädagogischen
1343 Fachkräften fördern. Unser Ziel ist, dass in jeder Gruppe pro Erzieherin bzw. Erzieher
1344 ein digitales Endgerät zur Verfügung steht. Eltern wollen wir eng einbinden und auf die
1345 Risiken und Chancen digitaler Medien hinweisen.

1346 **Bildung im MINT-Bereich stärken**

1347 Experimentieren und Erforschen wollen wir fördern und damit frühkindliche Bildung im
1348 Bereich der MINT-Felder Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik stär-
1349 ken. Wir wollen kindgerechte Lernangebote ausbauen, die Kinder frühzeitig für mathe-
1350 matisch-naturwissenschaftliche Zusammenhänge begeistern und Talente frühzeitig
1351 fördern.

1352 **Kita-Plätze wohnortnah bereitstellen**

1353 Wir wollen den Bedarf für Kita-Plätze effektiver erheben, um mehr wohnortnahe Kita-
1354 Plätze zu ermöglichen. Gerade in bestehenden Quartieren kann es schwer sein, ge-
1355 eignete Standorte für eine Kita zu finden. Statt einer formelhaften Standardvorgabe
1356 wollen wir in solchen Fällen eine Genehmigung nach einem Punktesystem ermögli-
1357 chen. Für neue Quartiere soll ein bedarfsgerechtes Kita-Angebot integraler Bestandteil
1358 der Gesamtplanung werden.

1359 **Flexible Öffnungszeiten ausbauen**

1360 Wir wollen weiter für mehr Flexibilität bei den Öffnungszeiten der Betreuungseinrich-
1361 tungen sorgen und dabei insbesondere die Angebote in den Randzeiten ausbauen.
1362 Denn die Kita-Öffnungszeiten müssen wirklich flexibel sein, um echte Vereinbarkeit zu
1363 gewährleisten. Zudem wollen wir den bedarfsgerechten Ausbau von Kindertagesstät-
1364 ten, in denen Kinder insbesondere von Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, auch über
1365 Nacht betreut werden.

1366 **Schwimmunterricht und Wassergewöhnungskurse fördern**

1367 Schwimmen zu können, ist nicht nur in einer Stadt am Wasser wie Hamburg eine

1368 Frage der Sicherheit. Wir wollen, dass jedes noch nicht schulpflichtige Kind in Ham-
1369 burg an einem Schwimmkurs teilnehmen kann, um das Seepferdchen-Abzeichen zu
1370 erwerben. Dafür sollen Schwimmkurse auch niedrigschwellig etwa im Sommer an Ba-
1371 deseen angeboten werden.

1372 An den Schulen muss so früh wie möglich Schwimmunterricht angeboten werden,
1373 nicht erst ab der dritten Klasse. Am Schwimmunterricht müssen alle Kinder teilneh-
1374 men, soweit keine medizinischen Gründe entgegenstehen. Jede unter hygienischen
1375 Gesichtspunkten angemessene Schwimmkleidung soll akzeptiert werden. Wir wollen
1376 Schwimmcontainer als Ergänzung zu den umkämpften Schwimmflächen für den
1377 Schwimmunterricht einsetzen.

1378 Damit sich junge Menschen und Familien das Schwimmen leisten können, wollen wir
1379 vergünstigte Tickets für Schwimmbäder für Auszubildende und Studierende sowie Fa-
1380 milien einführen.

1381 **Allgemeinbildende Schulen**

1382 Wir wollen, dass jedes Kind in Hamburg gerne zur Schule geht. Weil es mit seinen
1383 Stärken und Schwächen individuell gefördert wird, weil Neugierde, Kreativität und
1384 Leistung im Mittelpunkt stehen, weil neueste Forschung und modernste Ausstattung
1385 zur Anwendung kommen, weil Schulen nicht nur Lern-, sondern auch Inspirationsorte
1386 sind.

1387 Wir begrüßen das Startchancen-Programm der Bundesregierung, das mit der bedarfs-
1388 gerechten Förderung, der Stärkung von Basis- und Zukunftskompetenzen sowie der
1389 wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation richtungsweisend für die Schulen in
1390 Hamburg ist.

1391 **Guter Start in die Grundschule**

1392 Damit jedes Kind von Anfang an am Unterricht teilhaben kann, müssen Kinder ohne
1393 ausreichende Deutschkenntnisse gefördert werden. Nach Feststellung des Bedarfs,
1394 sollen Kinder schon vor der Einschulung kostenlose und obligatorische Sprachförde-
1395 rung in der Kita erhalten bis ein ausreichendes Sprachniveau erreicht ist, um die
1396 Grundschule zu besuchen. Wir wollen eine Pflicht zum Besuch einer Kita bzw. Vor-
1397 schule einführen für Kinder, bei denen Defizite der sprachlichen und allgemeinen Ent-
1398 wicklung festgestellt werden.

1399 Kinder, die später ohne ausreichende Sprachkenntnisse auf eine Hamburger Schule
1400 wechseln, sollen so lange an den Internationalen Vorbereitungsklassen teilnehmen,
1401 bis sie dem Unterricht folgen können.

1402 In der Grundschule müssen alle Kinder Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und
1403 Rechnen erlernen, die für einen Besuch der weiterführenden Schule notwendig sind.
1404 Ist dies nicht der Fall, soll die Verlängerung der Grundschulzeit ermöglicht werden.

1405 **G8 und G9 an Gymnasien**

1406 Wir stehen dem Volksbegehren zur Wiedereinführung von G9 an Gymnasium offen
1407 gegenüber. Die Einführung von G8 hat nicht zu einem spürbar schnelleren Berufsein-
1408 stieg von Schülerinnen und Schülern geführt und wurde in zahlreichen Bundesländern
1409 zurückgenommen. In Hamburg gibt es mit der Stadtteilschule eine zweite Schulform,
1410 an der das Abitur nach neun Jahren abgelegt werden kann, die jedoch in der Sekun-
1411 darstufe I einen deutlich anderen pädagogischen Ansatz verfolgen. Gleichzeitig wurde
1412 die Stoffdichte bei der Einführung von G8 nicht wesentlich reduziert, weshalb viele

1413 Jugendliche und ihre Familien durch eine hohe Prüfungsfrequenz, Stress und man-
1414 gelnde Freizeit belastet sind.

1415 Wir wollen, dass sich die Schulstruktur an den Bedürfnissen von Kindern und Jugend-
1416 lichen orientiert und dabei hohe Bildungsstandards erreicht werden. Daher wollen wir
1417 den Gymnasien als selbstverantwortete Schulen die Möglichkeit geben, selbst zu ent-
1418 scheiden, ob sie G8 oder G9 anbieten.

1419 **Mehr Freiräume für die selbstverantwortete Schule und für Lehrkräfte**

1420 Wir Freie Demokraten stehen zur selbstverantworteten Schule. Sie soll weitgehend
1421 frei über den Einsatz ihrer Ressourcen in Bezug auf Organisation, Budget, Profilbil-
1422 dung und Personal entscheiden. Gleichsam wollen wir Eigenverantwortung und Frei-
1423 räume für Lehrkräfte stärken. Auch sie sollen von Bürokratie entlastet werden und mit
1424 einem eigenen Budget etwa Materialien, Software, Ausstattung oder Ausflüge finan-
1425 zieren können.

1426 Wir wollen, dass Schulen und Lehrkräfte auch frei über Lernorte entscheiden können,
1427 innerhalb und außerhalb der Schule. Wir wollen jede Schule mit MakerSpaces, Krea-
1428 tivräumen und MINT-Laboren ausstatten, in denen Kinder neue Technologien kennen-
1429 lernen und sich ausprobieren können. Lernen soll regelmäßig draußen und an anderen
1430 Orten, in Schulgärten und -wäldern, im Schülerforschungszentrum oder in Museen
1431 stattfinden. Dabei wollen wir fächerübergreifendes Lernen fördern und Schulen ermög-
1432 lichen, neue Lernformate wie den „Frei Day“ zu etablieren.

1433 Insbesondere die Wochen vor den Sommerferien wollen wir den Schülerinnen und
1434 Schülern als Vertiefungsphase zur Verfügung stellen, in denen sie selbstständig oder
1435 im Rahmen von Kursen und Angeboten Themen erarbeiten oder Praktika absolvieren
1436 können.

1437 **Lernräume und Bibliotheken für Kinder und Jugendliche**

1438 Viele Kinder und Jugendlichen haben zu Hause kein ruhiges Lernumfeld. Wir wollen
1439 deswegen in allen Stadtteilen Lernräume für Schülerinnen und Schüler öffnen oder
1440 schaffen, etwa an Schulen nach dem Vorbild der Ich-Werkstatt der Stadtteilschule
1441 Öjendorf oder durch Kooperationen mit Bibliotheken, Coworking Spaces, Einkaufszen-
1442 tren oder Sportvereinen. Wir wollen die Altersgrenze für das FlexiBib-Angebot der Bü-
1443 cherhallen absenken.

1444 **Planetariumsbesuch für Grundschulkind**

1445 Wir Freie Demokraten werden jedem Grundschulkind in Hamburg einen Besuch im
1446 Planetarium ermöglichen.

1447 **Digitalisierung als Chance nutzen**

1448 Wir wollen die Digitalisierung als Instrument für exzellente und individuelle Bildung pä-
1449 dagogisch wertvoll und nachhaltig in Hamburgs Schulen verankern. Digitales Lehren
1450 und Lernen müssen feste Bestandteile aller Schulen und aller Schulfächer sowie der
1451 Lehreraus- und -fortbildung werden. Wir wollen eine Pädagogik und Didaktik mit Me-
1452 thoden, die helfen, anders, schneller, individualisierter und leichter lernen und verste-
1453 hen zu können, als es bisher möglich war.

1454 Als Grundvoraussetzung wollen wir Schulen eine einsatzfähige Infrastruktur und aktu-
1455 elle Soft- und Hardware zur Verfügung stellen sowie qualifizierte IT-Fachkräfte. Dane-
1456 ben wollen wir Lehrkräfte verpflichtend im Umgang mit digitalen Lernmitteln und Me-
1457 dien weiterbilden.

1458 Die Schulen und Lehrkräfte sollen dazu befähigt werden, passende Lernmittel auszu-
1459 wählen und diese im Schulalltag gleichrangig zu verwenden. Dabei sollen auch Open
1460 Educational Ressourcen (OER) berücksichtigt werden. Die bei der Nutzung digitaler
1461 Lernmittel entstehenden Daten müssen geschützt und zugleich für Learning Analytics
1462 und Educational Data Mining zugänglich gemacht werden.

1463 Alle Kinder und Jugendlichen sollen durch die Schule frühzeitig und kompetent zu ei-
1464 ner souveränen und verantwortungsvollen Nutzung digitaler Medien befähigt werden.
1465 Das betrifft sowohl die Nutzung digitaler Medien und KI-Anwendungen als auch das
1466 Erkennen von Fake News, den Umgang mit Social Media und Cyber-Mobbing und
1467 Verständnis über Datenschutz und Cyber-Sicherheit.

1468 Wir wollen den spielerischen und interaktiven Erwerb von Digital- und Technologie-
1469 kompetenz fördern, zum Beispiel durch das Programmieren kleiner Roboter oder den
1470 Einsatz von Lernspielen. Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler am Ende
1471 der Schullaufbahn mindestens einmal eine App programmiert hat.

1472 Die Vorteile des Distanzlernens wollen wir weiterhin nutzen, zum Beispiel für Schüle-
1473 rinnen und Schüler, die aufgrund einer Erkrankung längere Zeit nicht am Unterricht
1474 teilnehmen können.

1475 **Ökonomische Bildung stärken**

1476 Wir wollen die ökonomische Bildung an allen Schulformen als Bestandteil der Allge-
1477 meinbildung und Verbraucherbildung stärken, um Kinder und Jugendliche auf ein
1478 selbstbestimmtes Leben vorzubereiten. Dabei sollen die finanzielle Allgemeinbildung
1479 und praktische Fragen wie Eigentumbildung, Unternehmensgründung, Rente und ein
1480 Verständnis der Aktienmärkte im Fokus stehen.

1481 **Demokratiebildung stärken**

1482 Für uns Freie Demokraten steht der mündige Bürger und die mündige Bürgerin im
1483 Zentrum unseres Weltbilds. Die Grundlagen für demokratische Teilhabe werden in der
1484 Schule gelegt und müssen stärker gefördert werden. Wir wollen daher besonders die
1485 altersgerechte demokratische Teilhabe innerhalb der Schule fördern und so Mitbestim-
1486 mung, Eigenverantwortung und Mündigkeit im Alltag erfahrbar machen.

1487 Zudem wollen wir den Politikunterricht an allen Schulformen stärken und die Vermitt-
1488 lung von Wissen über die demokratischen Prozesse und Institutionen, politische Wil-
1489 lensbildung und Parteien sowie das Grundgesetz auch außerhalb von Wahlkämpfen
1490 fördern. Politiker und insbesondere die Jugendorganisationen der Parteien sollen im
1491 Rahmen des Beutelsbacher Konsens regelmäßiger an Schulen zu Diskussionen ein-
1492 geladen werden. Zudem sollen jede Schülerin und jeder Schüler in seiner Schulzeit
1493 die Hamburgische Bürgerschaft und den Deutschen Bundestag besuchen und sich mit
1494 Abgeordneten austauschen.

1495 **Umwelterziehung in KiTas und Schulen**

1496 Umweltbewusstsein soll bereits in KiTas und Schulen vermittelt werden. Wir möchten
1497 Hamburger Schulen auf dem Weg zur „Umweltschule“ und „Klimaschule“ unterstützen,
1498 welche über das Referat Umwelterziehung und Klimaschutz (LIF 16) des Landesinsti-
1499 tuts für Lehrerbildung und Schulentwicklung koordiniert wird. Umweltbewusster und
1500 respektvoller Umgang mit der Natur und den Ressourcen entsteht schon im Kindesal-
1501 ter und findet dadurch Einzug in die Familien und Haushalte. Wir unterstützen fol-
1502 gende förderungswürdige Maßnahmen an den Hamburger Schulen:

- 1503 • Aufnahme standardisierter sog. Energiedienste in den Hausordnungen

- 1504 • Kampagne zur Müllvermeidung und Mülltrennung
- 1505 • Initiativen wie „Hamburg radelt“, die Schüler und Lehrer anhalten, sich zu Fuß und
1506 mit dem Fahrrad fortzubewegen (insbesondere, damit Schüler nicht von ihren Eltern
1507 mit dem Auto gebracht werden)
- 1508 • Etablierung der Kampagne „Zu Fuß zur Schule“ an den Grundschulen
- 1509 • Wiedereinführung der Initiative „Hamburg räumt auf“
- 1510 • Förderung der Errichtung von Umwelt-AGs
- 1511 • Implementierung von Umweltthemen in den Lehrplan naturwissenschaftlicher Fächer
1512 und in Projektwochen
- 1513 • Förderung von Kampagnen zu saisonalem, regionalem und biologischem Essen in
1514 Schulkantinen und Cafeterien von KiTas und Schulen
- 1515 • Förderung des plastikfreien Schullebens auf Schulveranstaltungen und Schulfes-
1516 ten.

1517 **Multiprofessionelle Teams für beste Bildung**

1518 Wir wollen Lehrkräfte entlasten, damit sie sich voll auf den bestmöglichen Unterricht
1519 für alle Kinder konzentrieren können. Wir wollen ausreichend Kräfte in der Schulsozi-
1520 alarbeit, Sonderpädagogik und Schulpsychologie sowie Schulbegleiter und außerdem
1521 IT- und Verwaltungsfachkräfte an allen Schulen.

1522 Um Lehrkräfte von administrativen Aufgaben zu entlasten, sollen Verwaltungskräfte
1523 ihnen direkt zuarbeiten und diese Aufgaben für sie übernehmen. Unser Ziel ist ein
1524 Verhältnis von einer Verwaltungskraft zu zehn Lehrkräften. Wir wollen eine enge Zu-
1525 sammenarbeit aller Akteure, auch außerschulischer Akteure wie Sport- oder Musik-
1526 vereine, sowie Teamteaching und kollegiale Fallberatung fördern.

1527 **Zukunftsgerichtetes Lehramtsstudium**

1528 Um dem Lehrkräftemangel zu begegnen, wollen wir mehr Lehrkräfte besser ausbilden.
1529 Dafür wollen wir die Anzahl der Studienplätze erhöhen.

1530 Wir wollen Theorie und Praxis enger miteinander verzahnen und ein duales Lehramts-
1531 studium einführen, in dem sich Uni- und Schulphasen möglichst kurzfristig abwech-
1532 seln. Wir wollen das Curriculum anhand neuester Erkenntnisse der Bildungsforschung
1533 überarbeiten, unter anderem mit Fachdidaktik konkret für Lehramtsstudierende und
1534 einem Fokus auf die realen Herausforderungen in der Schule. Die Themen Inklusion,
1535 Integration, Hochbegabung und mentale Gesundheit sollen im Studium behandelt wer-
1536 den.

1537 Den Masterstudiengang für Quereinsteiger wollen wir für Menschen mit Berufserfah-
1538 rung ausweiten und berufsbegleitend als Teilzeitstudium anbieten.

1539 **Weiterbildung für Lehrkräfte**

1540 Wer andere bildet, braucht selbst regelmäßig Fortbildung. Wir wollen alle Lehrkräfte
1541 regelmäßig im Bereich digitaler Kompetenzen und KI verpflichtend fortbilden. Fortbil-
1542 dungen sollen in der Regel vor Ort an den Schulen oder online stattfinden.

1543 **Effektive Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall**

1544 Auch der beste Unterricht kann nur wirken, wenn er stattfindet, aber in Hamburg fällt

1545 bis zu 20 Prozent des Unterrichts aus. Wir wollen eine ehrliche Erfassung der Ausfall-
1546 stunden und eine entsprechende Anpassung der Stellen. Wo möglich wollen wir mehr
1547 Lehrerstellen als nötig besetzen, um Ausfällen zu begegnen. Um Fachunterricht ge-
1548 rade im Schuljahr vor dem Abschluss zu ermöglichen, wollen wir notfalls auch auf hyb-
1549 riden Unterricht setzen, bei der fachfremde Lehrkräfte und digital zugeschaltete Fach-
1550 lehrkräfte zusammenarbeiten. Lehramtsstudierende wollen wir nach dem Vorbild des
1551 Pilotprojekts an der TU Dresden zur Reduzierung von Ausfallstunden einsetzen.

1552 **Faire und leistungsgerechte Entlohnung**

1553 Wer mehr leistet, muss das auch auf dem Gehaltszettel merken, deswegen setzen wir
1554 uns für eine Prämie für besonders engagierte Lehrkräfte ein. Wir wollen, dass ange-
1555 stellte Lehrkräfte in den Sommerferien nicht länger gekündigt werden.

1556 **Starke individuelle Förderung – das Kind im Mittelpunkt der Bildung**

1557 Wir setzen uns für frühe und individuelle Förderung aller Kinder ein, für einen profes-
1558 sionellen und fördernden Umgang mit Kindern mit Hochbegabung, psychischen Prob-
1559 lemen und körperlicher oder geistiger Behinderung, sowie für mehr Durchlässigkeit
1560 zwischen den einzelnen Schulen und Schulformen.

1561 Wir wollen die Förderung hochbegabter Schülerinnen und Schüler und den Umgang
1562 mit psychischen Problemen sowie die Förderung mentaler Gesundheit als ver-
1563 pflichtenden Teil der Lehrkräfteaus- und -fortbildung etablieren. Die Diagnose- und
1564 Prognosefähigkeiten sollen gestärkt und spezielle Unterstützungsangebote, insbeson-
1565 dere schulpsychologische Betreuung, in allen Schulformen ausgebaut werden.

1566 Als Freie Demokraten stehen wir zu dem Recht auf Inklusion und für die Wahlfreiheit
1567 der Eltern und Kinder zwischen Förder- und Regelunterricht bzw. -schule.

1568 **Zentrum für Talentförderung und Talent-Scouts**

1569 Um Talente unabhängig von ihrem Hintergrund und ihrer Herkunft zu fördern, wollen
1570 wir Talentscouting nach dem Vorbild NRW in Hamburg etablieren und ein Zentrum für
1571 Talentförderung gründen. Talent-Scouts unterstützen junge Menschen dabei, ihre Ta-
1572 lente zu entwickeln und begleiten sie bei Entscheidungen über ihre Zukunft. Zudem
1573 wollen wir Stipendien für förderbedürftige und zugleich besonders förderwürdige Schü-
1574 lerinnen und Schüler auflegen.

1575 **Antisemitismus und Rassismus wirksam bekämpfen**

1576 Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind ohne Angst vor Diskriminierung oder Gewalt
1577 in Hamburg zur Schule gehen kann. Insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 hat Ju-
1578 denhass in Hamburg zugenommen und wir stellen uns dieser Entwicklung konsequent
1579 entgegen. Lehrkräfte müssen entschieden gegen Antisemitismus und Israelfeindlich-
1580 keit innerhalb und außerhalb des Unterrichts vorgehen. Gleichzeitig müssen sie ver-
1581 mitteln, dass und warum Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in Hamburg nicht ge-
1582 duldet werden. Hierfür müssen Lehrkräfte gezielt und laufend geschult werden.

1583 Schülerinnen und Schüler sollen nicht nur das Gedenken an den Holocaust kennen-
1584 lernen und eine Gedenkstätte besuchen, sondern auch Orte des jüdischen Lebens in
1585 Hamburg und über entsprechende Initiativen in den Austausch mit Jüdinnen und Ju-
1586 den treten.

1587 Gleichzeitig müssen Rassismus und jeder anderen Form von Diskriminierung und Ge-
1588 walt an Hamburgs Schulen wirksam entgegengetreten werden.

1589 **Mentale Gesundheit stärken und Mobbing entgegenreten**

1590 Wir wollen die mentale Gesundheit von Schülerinnen und Schülern, und auch von
1591 Lehrkräften stärken und Mobbing entgegenwirken. Präventionsschulungen, die den
1592 geeigneten Umgang mit (Cyber-) Mobbing sowie jeglichen Formen psychischer, kör-
1593 perlicher und sexualisierter Gewalt thematisieren, müssen ein fester Bestandteil der
1594 Lehreraus- und -fortbildung sein. Dabei soll auch der Umgang mit Kindern und Ju-
1595 gendlichen in der Findungsphase ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen
1596 Identität sowie die regelmäßige Besprechung des Umgangs mit Sozialen Medien im
1597 Unterricht thematisiert werden.

1598 Im Sportunterricht soll neben Bewegung auch die Förderung physischer und psychi-
1599 scher Gesundheit im Fokus stehen.

1600 **Gleitzeitmodell beim Schulbeginn**

1601 Wir wollen den Schulbeginn auf 9 Uhr verlegen und Schülerinnen ermöglichen, sich
1602 bereits ab 8 Uhr in der Schule aufzuhalten und betreut zu werden.

1603 **Zentralabitur und bundesweit einheitliche Bildungsstandards**

1604 Die Unterschiede der Bildungssysteme sind unfair und der Umzug in ein Bundesland
1605 für Familien eine Zumutung. Daher setzen wir uns für bundesweit einheitliche, ambi-
1606 tionierte Bildungsstandards und Abschlussprüfungen ein. Wir sind überzeugt, dass ein
1607 zukunftsfähiges und digitales Bildungssystem und die Finanzierung eine gemeinsame
1608 Aufgabe von Bund und Ländern sein muss. Wir wollen deshalb eine Reform des Bil-
1609 dungsföderalismus durch eine Grundgesetzänderung erreichen.

1610 **Berufsorientierung verbessern**

1611 Wir wollen die Berufsorientierung sowohl an Stadtteilschulen als auch an Gymnasien
1612 verbessern. Praktika sollen besser vor- und nachbereitet und betreut werden und re-
1613 gelmäßiger stattfinden. Durch individuelle Beratung, Ausbildungsbotschafter und Mes-
1614 sen, wollen wir junge Menschen besser über Karrierechancen im Rahmen einer be-
1615 trieblichen Ausbildung informieren. Wir wollen den Austausch zwischen Schulen und
1616 Ausbildungsbetrieben verstärken.

1617 **Berufliche Bildung**

1618 Wir Freie Demokraten setzen uns für bessere Bedingungen für Auszubildende ein. Wir
1619 wollen den Weg in die Ausbildung erleichtern und das Matching verbessern, um die
1620 Zahl von trotz des hohen Fachkräftemangels über 4.000 unbesetzten Ausbildungs-
1621 plätze in Hamburg zu reduzieren.

1622 Die Berufsausbildung ist ein ebenso guter Start in ein erfolgreiches Berufsleben wie
1623 ein Studium. Wir Freie Demokraten sagen klar: Ein Meister muss so viel wert sein wie
1624 ein Master!

1625 Wir wollen die Durchlässigkeit zwischen Berufsausbildung und Studium erleichtern
1626 und eine transparentere Anrechenbarkeit von in der Ausbildung erbrachten Leistungen
1627 auf das Studium sowie von im Studium erbrachten Leistungen auf die Ausbildung er-
1628 reichen.

1629 **Mehr Azubi-Wohnheime**

1630 Wir wollen mehr Wohnheime für Azubis bauen. Die Mittel aus dem Bundesprogramm
1631 Junges Wohnen dürfen nicht einfach verrechnet werden, sondern neue günstige
1632 Wohnheimplätze sind dadurch zu realisieren.

1633 **Digitale Bildung an Berufsschulen**

1634 Alle Ausbildungsberufe sind von der Digitalisierung betroffen. Deswegen wollen wir
1635 eine moderne, digitale berufliche Ausbildung, die sowohl digitalen Unterricht als auch
1636 die berufliche Nutzung von digitalen Hilfsmitteln und KI beinhaltet.

1637 Die beruflichen Schulen Hamburgs brauchen eine einsatzfähige Infrastruktur und ak-
1638 tuelle Soft- und Hardware. Künstliche Intelligenz, Virtual und Augmented Reality müs-
1639 sen konsequent und sinnvoll in der beruflichen Bildung genutzt werden. Deshalb wol-
1640 len wir digitale Bildung als verpflichtendes Segment in der Aus- und Fortbildung der
1641 Berufsschullehrkräfte implementieren. Zudem sollen qualifizierte Digitalexperten und
1642 Praktiker regelmäßig Schulungen an den Berufsschulen geben.

1643 **Internationale Berufsausbildung**

1644 Wir wollen internationale Perspektive auch in der beruflichen Bildung zur Selbstver-
1645 ständlichkeit machen und die von der Bundesregierung angestoßene Exzellenzinitia-
1646 tive Berufliche Bildung in Hamburg umsetzen.

1647 **Werdegänge abseits von Rollenbildern fördern**

1648 Wir wollen, dass Menschen ihre Karrierewege unabhängig von Geschlechterklischees
1649 wählen können. Das betrifft insbesondere Berufe und Werdegänge im MINT-Bereich
1650 (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und im Handwerk sowie so-
1651 ziale Berufe wie etwa Erzieher oder Krankenpfleger. Auch Quereinsteigerinnen und
1652 Quereinsteigern wollen wir den Weg erleichtern und ihnen durch abgekürzte Ausbil-
1653 dungswege eine zweite Chance eröffnen, sich ihren Berufswunsch zu erfüllen.

1654 **Umwelt-, Natur- und Klimaschutz für unsere Stadt**

1655 In einer Stadt, die immer größer und vielfältiger wird, müssen viele verschiedene Inte-
1656 ressen und Anliegen berücksichtigt werden. Hierbei dürfen Grünflächen, Gewässer
1657 sowie die Tiere in der Stadt nicht zu kurz kommen. Wir Hamburger Freie Demokraten
1658 wollen Hamburg lebenswert erhalten und uns der Herausforderung des Umwelt-, Na-
1659 tur- und Artenschutz aktiv stellen. Maßnahmen hierzu müssen stets zusammen mit
1660 dem Klimawandel und den erforderlichen Anpassungen daran und den Klimaschutz
1661 gedacht werden. Wir Hamburger Freie Demokraten werden daher bei allen Maßnah-
1662 men des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes den Klimaschutz und den Klimawandel
1663 berücksichtigen. Gleiches gilt für unsere Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und der Mo-
1664 bilitätspolitik.

1665 Ein Hamburger Klimaschutzplan muss mit hochwirksamen, kurzfristig realisierbaren
1666 Klimaschutzmaßnahmen ambitioniert umgesetzt werden. Alle Maßnahmen sind kon-
1667 sequent nach Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten auszurichten. Aufgrund des fortschrei-
1668 tenden Klimawandels wollen wir für die Stadt eine wissenschaftlich fundierte Klima-
1669 anpassungsstrategie entwickeln, um für die kommenden Jahrzehnte geeignete Maßnah-
1670 men zu ergreifen und Sicherheit und Lebensqualität verbessern zu können.

1671 **Schutz und Ausbau einer ökologisch wertvollen Stadtnatur**

1672 Stadtnatur ist Umwelt-, Klimaschutz und Naherholung zugleich. Wir verstehen Natur-
1673 schutz und Naturerlebnis als untrennbare Teile unserer Stadtkultur. Grünflächen und
1674 der alte Baumbestand sind wichtig für das Stadtklima und dienen als Erholungsfläche
1675 für Mensch und Tier. Daher wollen wir Grünflächen erhalten und der „Wildnis“ auch im

1676 Kleinen mehr Raum gewähren.
1677 Wir Hamburger Freie Demokraten wollen bereits beim Anlegen neuer Anlagen bei der
1678 Pflanzenauswahl auf ökologische Aspekte und veränderte Umweltbedingungen durch
1679 den Klimawandel achten. Um trotz fehlender Flächen Hamburgs Grün wieder wachsen
1680 zu lassen, wollen wir innovative Wege finden, Bauwerke und Pflanzen zu verbinden.
1681 Dazu zählt nicht nur die vermehrte Dach- und Vertikalbegrünung von Gebäuden und
1682 Bushaltestellen, sondern auch die Begrünung von Bahntrassen. Zudem wollen wir
1683 mehr Obstbäume, Streuobst- und Wildblumenwiesen in den Hamburger Parks. Für die
1684 städtischen Grünflächen und Pflanzareale wollen wir digitale und automatisierte Be-
1685 wässerungssysteme einführen.

1686 **Schutz, Pflege und Erweiterung des Hamburger Baumbestands**

1687 Den wertvollen alten Baumbestand Hamburgs wollen wir erhalten, schützen und er-
1688 weitern. Wir Hamburger Freie Demokraten wollen uns für eine Novellierung der Baum-
1689 schutzverordnung dahingehend einsetzen, dass bei baulichen Maßnahmen der Baum-
1690 bestand zu schützen und bei unvermeidbaren Fällungen und der Planung neuer Quar-
1691 tiere höhere Baumqualitäten (insbesondere größerer Stammumfang) und eine größere
1692 Anzahl von Ersatz- bzw. Ausgleichpflanzungen vorzusehen sind. Neue Bäume sollen
1693 idealerweise mit einem größeren Stammumfang als bisher nachgepflanzt werden.
1694 Fremdländische Bäume (sog. Klimabäume) wollen wir wissenschaftlich begleitet für
1695 den städtischen Bereich grundsätzlich freigegeben, da sie im städtischen Bereich
1696 keine „ökologischen Nischen“ gefährden und klimaresilienter sind. Die Fertigstellungs-
1697 und Entwicklungspflege muss an den Klimawandel angepasst werden. Wir wollen
1698 auch insgesamt die Aufforstung vorantreiben und für jedes Kind, das in Hamburg ge-
1699 boren wird, einen Baum pflanzen lassen. Wir wollen auch die Baum-, Beet- und Grün-
1700 streifenpatenschaften mittels privater Betreuungen durch Bürger, Schulklassen, Un-
1701 ternehmen ausweiten.

1702 Lassen sich Baumfällungen im Rahmen des Straßen- und Wohnungsbaus nicht ver-
1703 meiden, wollen wir möglichst eine Nachpflanzung von Bäumen in unmittelbarer Nähe
1704 statt einer Ersatzpflanzung in entfernteren Wald- oder Forstgebieten. Wir Hamburger
1705 Freie Demokraten werden ein nachhaltiges Monitoring des Hamburger Baumbestan-
1706 des, der Baumentnahmemaßnahmen und der ausstehenden Nach- und Ersatzbe-
1707 pflanzungen einführen.

1708 **Natur- und Landschaftsschutzgebiete sichern und erweitern**

1709 Landschafts- und Naturschutzgebiete sind die grünen Lungen der Stadt und wertvolle
1710 Flächen für die Naherholung und den Klimaschutz. Wir Hamburger Freie Demokraten
1711 werden diese Gebiete sichern und möglichst erweitern. Geeignete zusätzliche Gebiete
1712 dafür wollen wir schnellstmöglich ausweisen.

1713 Baumaßnahmen, die für eine wachsende Stadt wie Hamburg unumgänglich sind, sol-
1714 len Landschaftsschutzgebiete möglichst unberührt lassen. Die Moore innerhalb der
1715 Schutzgebiete werden wir renaturieren lassen, vor allem wo dies durch einen natürli-
1716 chen Wasserzufluss umsetzbar ist.

1717 **Flächenversiegelung vermeiden und verringern**

1718 Die zunehmende Versiegelung öffentlicher Flächen kann im Stadtbereich in Kombina-
1719 tion mit sich häufenden Starkregenereignissen zu ernststen Problemen führen. Erforder-
1720 lich sind daher mehr Abfluss- und Rückhaltungsmöglichkeiten.

1721 Eine weitere Versiegelung von Böden in Hamburg wollen wir durch die Förderung einer

1722 flächenschonenden Architektur vermeiden. Für die nicht vermeidbare Versiegelungen
1723 von Flächen zur Schaffung von Wohn- und Gewerbeflächen muss die Freie Hanse-
1724 stadt Hamburg möglichst zeit- und ortsnah qualitativ hochwertige Ausgleichsflächen
1725 schaffen. Bei der Schaffung von Ausgleichsflächen kommt es für uns insbesondere
1726 auch auf die Qualität der ökologischen Bedingungen an, statt nur auf ihre Größe. Die
1727 naturnahe, qualitativ hochwertige Bepflanzung und Beschaffenheit der Ausgleichsflä-
1728 che ist uns wichtiger. Auch können wir Ausgleichsflächen in Hamburg in die Höhe
1729 wachsen lassen. Ein Ausgleich kann auch in zusätzlicher Dach- und/oder Fassaden-
1730 begrünung liegen.

1731 Wir Hamburger Freie Demokraten wollen Konzepte hin zu einer „Schwammstadt“ ent-
1732 wickeln und umsetzen lassen, mit Fokus auf die bereits bekannten Starkregenrisiko-
1733 gebiete. Regensiele und Gräben werden künftig besser gepflegt.

1734 Auch Bodenversiegelung durch private Haushalte erzeugt bei Starkwasserereignissen
1735 hohe Schadensregulierungskosten. Über diese Gefahren und mögliche Gegenmaß-
1736 nahmen bei der Gartenanlage wollen wir die Bürger besser aufklären.

1737 **Gewässer- und Uferqualität verbessern**

1738 Wasser spielt in Hamburg eine herausragende Rolle – dazu gehören neben Elbe und
1739 Alster nicht zuletzt die vielen kleineren und die jeweilige Region prägenden Wasser-
1740 läufe und Seen. Sie haben einen hohen Anteil an der Lebensqualität der Stadt. Der
1741 Schutz der Hamburger Gewässer hat für uns daher hohe Priorität.

1742 Wir Hamburger Freie Demokraten werden bestehende Wasserläufe einschließlich der
1743 gestauten Bereiche vor Schleusen regelmäßig auf ihre Wasserqualität prüfen lassen
1744 und soweit erforderlich auch durch bauliche Maßnahmen verbessern. Auch verküm-
1745 merte Wasserflächen wollen wir möglichst renaturieren. Zudem ist zu prüfen, ob die
1746 historischen Schleusen entlang des Alsterlaufs als Denkmäler ohne Funktion erhalten
1747 werden können und der Lauf der Alster trotzdem durch Umbaumaßnahmen wieder
1748 natürlicher fließend und sauerstoffreicher gestaltet werden kann. Staubereiche werden
1749 auf Verschlammung geprüft und soweit erforderlich zu renaturiert. Ursachen für die
1750 bisherige Verschlammung sind möglichst zu beseitigen.

1751 Rückhalt und Reinigung von Straßenabwässern mit Schwerpunkt Rückhalt statt Ablei-
1752 tung gilt es bei Straßenbaumaßnahmen zu berücksichtigen. Im Bereich des Hambur-
1753 ger Hafens wollen wir die Bedürfnisse des Naturschutzes vermehrt berücksichtigen.

1754 Wir wollen die Gewässer wieder umfassender für die Bevölkerung zugänglich machen
1755 und gemauerte Randbebauungen möglichst wieder in natürliche Uferzonen umwan-
1756 deln. Um Flora und Fauna am Rande der Alster besser zu schützen, müssen Schutz-
1757 zonen geschaffen werden.

1758 **Dem Müll im Grün- und Innenstadtbereich den Kampf ansagen**

1759 Der zunehmende Müll in Grünbereichen aber auch im Innenstadtbereich schadet der
1760 Umwelt erheblich.

1761 Daher wollen wir verstärkt in mehrsprachigen Kampagnen auf öffentlichen Werbeflä-
1762 chen, in Verkehrsmitteln sowie auf bestehenden Mülleimern auf dieses Problem hin-
1763 weisen. In Parks und Grünflächen wollen wir exakt ausgewiesene Grillflächen einrich-
1764 ten. Mit der Stadtreinigung sowie dem von uns geforderten bezirklichen Ordnungsdienst sollen Konzepte zur Erhöhung der Sauberkeit im öffentlichen Raum erstellt werden. Wochenmärkte und Gastronomie sollen über bestehende Mehrwegverpackungsangebote aufgeklärt werden.

1768 **Für mehr Biodiversität und Artenschutz**

1769 Wir wollen mehr belebte städtische Grüninseln und Straßenbegleitbegrünungen.
1770 Diese sollen klimastabil sein und hohe Bindekapazitäten für CO₂ aufweisen sowie
1771 nach Aspekten von Biodiversität und Artenschutz ausgewählt werden.

1772 Wiesen, Parks und Grünflächen sollen so bepflanzt werden, dass sie als Lebensraum
1773 für Insekten dienen können und nicht vollständig entlaubt werden, um Tieren als Über-
1774 winterungsmöglichkeit zu dienen. Die Ausbreitung invasiver Arten in Hamburg gilt es
1775 zu beobachten und ggf. zu beschränken. Die Niederwildjagd kann hierzu einen wich-
1776 tigen Beitrag leisten.

1777 Die Lichtverschmutzung in den Grünbereichen der Stadt soll reduziert werden. Wir
1778 wollen intelligente, naturangepasste Beleuchtungssysteme und eine unter Sicherheits-
1779 aspekten geprüfte Reduzierung dauerhafter Beleuchtungen in der Nacht. Des Weiteren
1780 soll die Beleuchtung flächendeckend bei Ersatz der Leuchtmittel auf LEDs umge-
1781 stellt werden.

1782 **Tierschutz gewährleisten**

1783 Haus-, Nutz- und Wildtiere verdienen unseren Schutz.

1784 Rasselisten für Hunde wollen wir abschaffen, denn die Gefährlichkeit eines Hundes
1785 hängt nicht von seiner Rasse, sondern von seinem Halter und dem Wesen des Hundes
1786 ab. Deswegen setzen wir stattdessen auf eine stärkere Überprüfung von Haltern. Wir
1787 fordern genügend Auslaufwiesen für Hunde. Diese sollen an viel befahrenen Straßen
1788 eingezäunt sein. Freigängerkatzen sollen zukünftig einer Kastrationspflicht unterlie-
1789 gen, um so die Zahl von Straßen- und Tierheimkatzen zu reduzieren.

1790 Wir wollen in Hamburg ordnungsrechtliche Möglichkeiten für die Vermeidung von Tier-
1791 leid in Zirkussen nutzen. Zudem lehnen wir die Haltung nicht-domestizierter Säuge-
1792 tiere in Zirkussen ab.

1793 Wir erkennen an, dass Tierversuche für die Forschung und Entwicklung wichtige Er-
1794 kenntnisse liefern und derzeit unerlässlich sind. Genauso unerlässlich ist es, dabei die
1795 strikte Einhaltung gesetzlicher Regelungen, insbesondere zum Tierwohl, in For-
1796 schungslaboren. Die Behörden müssen Labore regelmäßig und auch unangekündigt
1797 überprüfen und diese bei Nichteinhaltung der Vorgaben konsequent schließen.

1798 Im Sinne des Umwelt- und Emissionsschutzes soll außerdem das Schalldämpferver-
1799 bot bei der Jagd abgeschafft und auf bleihaltige Munition bei der Jagd verzichtet wer-
1800 den.

1801 **Katastrophen-, Hochwasser- und Überflutungsschutz**

1802 Für eine verantwortungsvolle Stadtentwicklung setzen wir uns sowohl für einen ver-
1803 besserten Katastrophenschutz für Hamburg als auch einen Hochwasser- und Überflu-
1804 tungsschutz ein, der an die Prognosen der neuesten Studien zu Starkregen, Unwetter
1805 und Ansteigen des Meeresspiegels angepasst ist.

1806 Geeignete Maßnahmen dafür können Querschnittsvergrößerungen der Regenrinnen
1807 und der Abwasserkanäle, Einsatz von Pumpen und Bau von Zwischenspeichern sein.
1808 Wir benötigen eine integrierte Planung von Entsiegelung, Rückhaltung und Versicke-
1809 rung sowohl in Hochwasserentstehungs- als auch in Überschwemmungsgebieten. Wil-
1810 helmsburg muss dauerhaft und nachhaltig vor den Naturgewalten des Wassers ge-
1811 schützt werden. Dafür muss die Wehrhaftigkeit der Deiche zu jeder Zeit gewährleistet
1812 sein. Dies muss auf eine nachhaltige Art und Weise geschehen. Deswegen ist eine

1813 stetige Schafbeweidung unerlässlich, um dieses Ziel zu erreichen. Dabei wollen wir
1814 öffentliche Flächen als Auffangreservoir für Starkregenereignisse ausgestalten. Dar-
1815 über hinaus wollen wir vermehrt „blaue“ (Brunnen, Wasserspiele) und „grüne“ (Dach-
1816 begrünung, Bäume oder auch Hochbeete) Elemente im öffentlichen Raum, insbeson-
1817 dere in städtischen Hitzeinseln, nutzen und die Hamburger Infrastruktur an Wetterext-
1818 reme anpassen.

1819 **Das Ziel ist Klimaschutz – der Weg ist Innovation**

1820 Hamburg soll zu einem weltweit bedeutenden Forschungs- und Entwicklungsstandort
1821 für klimaneutrale Technologien werden. Diese Zukunftstechnologien schaffen Zu-
1822 kunfts-chancen, sorgen für Sicherheit und Verlässlichkeit und einen hohen Lebensstan-
1823 dard für alle. Wir Hamburger Freie Demokraten wollen, dass Hamburg insbesondere
1824 bei der Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie und der Einführung syntheti-
1825 scher Kraftstoffe als Ersatz für fossile Brennstoffe eine führende Rolle einnimmt.

1826 Der künftige Hamburger Klimaschutzplan muss seine Maßnahmen konsequent an
1827 Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten ausrichten. Wie sparen wir für unser Geld das meiste
1828 CO₂ ein? Bundes- und europaweit wollen wir deshalb keine CO₂-Steuer und Einzel-
1829 regulierungen, sondern kurzfristig den Emissionshandel in den Vordergrund für alle
1830 Bereiche stellen, der nachweislich das effizienteste Instrument bei der Einsparung von
1831 Emissionen ist. Dementsprechend muss er konsequent ausgebaut werden.

1832 Neben der Vermeidung von CO₂ kann das bereits in der Atmosphäre vorhandene CO₂
1833 in einem CO₂-Kreislauf in den Produktionsketten gebunden werden. Wir Hamburger
1834 Freie Demokraten möchten die Entwicklung entsprechender Technologien fördern.
1835 Hierzu wollen wir, ebenso wie für freie Forschung, die entsprechenden Rahmenbedin-
1836 gungen schaffen. Neben künstlichen Formen der CO₂-Reduktion wollen wir auch ver-
1837 mehrt natürliche CO₂-Senken in Hamburg schaffen. Die bestmöglichen natürlichen
1838 CO₂-Senken ergeben sich aus einer gesunden und artenreichen Vegetation. Daher
1839 setzen wir uns für Ausbau, Erhalt und Schutz qualitativ hochwertiger Naturschutz- und
1840 Landschaftsschutzgebiete, insbesondere der Moore ein. Das nützt dem Klimaschutz
1841 effektiv und dient den Menschen der Stadt zu ihrer Erholung und Gesundheit.

1842 Uns Freien Demokraten ist bewusst, dass gerade die Umstellung von Produktions-
1843 technologien zeitaufwendig und mit hohen Kosten verbunden ist. Deshalb müssen
1844 Umstellungsprozesse mit Vernunft und Augenmaß geschehen, so dass kein volkswirt-
1845 schaftlicher Schaden entsteht. Für die Begleichung der entstehenden Kosten müssen
1846 unter anderem die Einnahmen des CO₂-Zertifikatehandels genutzt werden.

1847 **Hamburg für den Klimawandel fit machen – das Stadtklima verbessern**

1848 Die Stadt braucht eine wissenschaftlich fundierte Klimaanpassungsstrategie, um für
1849 die kommenden Jahrzehnte geeignete Maßnahmen ergreifen zu können. Für den Er-
1850 halt der Lebensqualität auf Freiflächen, Plätzen und Siedlungen brauchen wir eine
1851 Wärmekartierung der Stadt, um den Klimaeinfluss auf den Wärmehaushalt der Stadt
1852 zu erfassen und zu mindern. Wir benötigen eine integrierte Planung von Entsiegelung,
1853 Rückhaltung und Versickerung sowohl in Hochwasserentstehungs- als auch in Über-
1854 schwemmungsgebieten. Dabei wollen wir Straßen und öffentliche Flächen als Auf-
1855 fangreservoir für Starkregenereignisse ausgestalten. Darüber hinaus wollen wir ver-
1856 mehrt „blaue“ (Brunnen, Wasserspiele) und „grüne“ (Dachbegrünung, Bäume oder
1857 Hochbeete) Elemente im öffentlichen Raum, insbesondere in städtischen Hitzeinseln,
1858 nutzen und die Hamburger Infrastruktur an Wetterextreme anpassen.

1859 **Für einen Umwelt- und Klimaschutz mit den Bürgern**

1860 Des Weiteren wollen wir das lokale, ehrenamtliche Engagement im Bereich des Um-
1861 welt- und Klimaschutzes stärken. Hierzu unterstützen wir die Einrichtung von stadtteil-
1862 weiten „Naturschutzteams“ oder die Aufnahme von entsprechenden Programmpunk-
1863 ten in die Angebote des „Ferienpasses“, um auch junge Menschen mit der Thematik
1864 vertraut zu machen sowie Kinderpraktika in Grünflächenbereichen. Private wie unter-
1865 nehmerische Initiativen zur Schaffung und Pflege von Grünflächen, wie zum Beispiel
1866 nach dem Prinzip des Urban Gardening wollen wir fördern. Ein innovativer Ansatz, um
1867 Parks in Hamburg noch effektiver für das Stadtklima zu gestalten, ist die Integration
1868 von Miyawaki-Wäldern.

1869 **Öffentliche Gebäude zum Vorbild in Fragen des Klimaschutzes machen**

1870 Hamburg sollte sämtliche Potenziale für PV-Anlagen und Grünflächen an seinen Fas-
1871 saden sowie auf den Dächern aller öffentlichen Gebäude erfassen. Bis 2029 sollen in
1872 Bezug auf die öffentlichen Gebäude mindestens 75 % der PV-Potentiale auf Dächern
1873 und an Fassaden genutzt werden müssen.

1874 Öffentliche Gebäude haben eine Vorbildfunktion. Deshalb fordern wir für alle öffentli-
1875 chen Neubauten und Sanierungen bestehender Gebäude den Einsatz modernster
1876 Technik und eine umweltfreundliche Bauweise.

1877 **Innere Sicherheit**

1878 **Hamburg muss sicherer werden. Dafür wollen wir Freie Demokraten sorgen.**

1879 Zu alten Kriminalitätsbrennpunkten sind heute neue Bedrohungsformen in der sich
1880 wandelnden Gesellschaft hinzugetreten. Dagegen ist mehr denn je schnelles, sichtba-
1881 res und konsequentes Handeln erforderlich. Nicht nur die Kriminalitätsstatistik, auch
1882 das Sicherheitsgefühl aller Bürger muss wieder besser werden. Politik und Behörden
1883 brauchen mehr Entschlossenheit, die Polizei mehr Personal, moderne Ausrüstung und
1884 eine kluge Führung, die den Rückhalt von Politik und Gesellschaft hat.

1885 Wir wollen Schwerpunkte setzen:

1886 • Sichere Straßen, Plätze und Parkanlagen: Um die Gewalt an zentralen Orten und
1887 Straßen gezielt zu verringern, brauchen wir ein Programm gezielter Bekämpfung
1888 von Drogen-, Banden- und Kleinkriminalität, einschließlich Strafverschärfungen.

1889 • Sicherere Bahnhöfe: Der Hamburger Hauptbahnhof und viele andere Bahnhöfe
1890 brauchen ein Programm der Prävention und Abschreckung von Kriminalität.

1891 • Sicherheit und Sauberkeit gehören zusammen: Wir wissen, verschmutzte und zer-
1892 brochene Infrastruktur zieht Kriminalität an. Die sichere Stadt erfordert gepflegte
1893 und saubere Plätze, Straßen, Wohnumfelder, Gewerbe und öffentliche Einrichtun-
1894 gen.

1895 Was zu tun ist:

1896 • Hamburg braucht eine Vermehrung der Polizeikräfte, die mit den wachsenden Auf-
1897 gaben Schritt hält. Möglich ist das nur durch eine verbesserte Attraktivität der Poli-
1898 ze, insbesondere eine angemessenere Bezahlung.

1899 • Die Polizei ist von Routineaufgaben zu entlasten, die auch von anderen Dienststel-

- 1900 len wahrgenommen werden können, etwa bei Ruhestörungen, Schwerlasttransporten und Objektschutz. Dokumentationen sind zu verschlanken, Verwaltungsaufgaben an Verwaltungsassistenten zu übertragen.
- 1901
- 1902
- 1903 • Öffentliche Symbolaktionen wie „SoKo Autoposer“ oder die Task Force gegen die öffentlich wahrnehmbare Drogenszene sind einzustellen.
- 1904
- 1905 • Wir brauchen flächendeckend Fußstreifendienste („Bürgernahe Beamte“) als alltägliche Ansprechpartner und Gesicht der Polizei, sie führen zu einer deutlichen Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung.
- 1906
- 1907
- 1908 • Die Ausrüstung und die IT-Infrastruktur der Polizei müssen auf dem jeweils modernen technischen Stand gehalten werden.
- 1909
- 1910 • Ein Cyberabwehrzentrum, angegliedert bei der Polizei soll Firmen, Behörden und Bürger vor Cyberangriffen schützen. Dies könnte für die Ansiedlung von Firmen aus aller Welt auch ein strategischer Standortvorteil bei einer Investition in Hamburg sein.
- 1911
- 1912
- 1913
- 1914 • Die Polizei braucht einen internen Polizei-Messenger für schnellen Austausch von Bildern, Videos oder Visualisierung wichtiger Einsatzinformationen. Die Einsatzkräfte werden mit ausreichend Diensthandys mit Vorrangschaltung und Tablets für die Streifenwagen ausgestattet.
- 1915
- 1916
- 1917
- 1918 • Nötig sind Strafverschärfungen gegen Banden-, Drogen und Kleinkriminalität, die beide Deliktarten begleitet. Dafür muss Hamburg sich im Bund einsetzen.
- 1919
- 1920 • Die zunehmende Belästigung und Gefährdung durch Raser muss beendet werden. Wir brauchen präventive Maßnahmen und den verstärkten Einsatz mobiler Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen an Meldeschwerpunkten.
- 1921
- 1922
- 1923 • Sauberkeit und Ordnung beeinflusst stark das Sicherheitsgefühl in den Bahnhöfen im öffentlichen Nah- und Fernverkehr. Verschmutzungen und Zerstörungen müssen auf Bahnhöfen und auf den Zuwegen sofort beseitigt werden. Möglich ist das nur durch einen neu aufgestellten Ordnungsdienst, der diese Aufgaben aus einer Hand regelt. Der „Melde Michel“ soll auch als App verfügbar gemacht werden.
- 1924
- 1925
- 1926
- 1927
- 1928 • Sicherheit braucht Licht! Wir fordern ein Beleuchtungsprogramm: durchgehend helle Beleuchtung des öffentlichen Umfelds und der Zuwege zu U- und S-Bahnhöfen und Bushaltestellen sowie aller Fuß- und Fahrradwege. Bisher ist die Beleuchtung zu oft nur auf die Fahrstraße ausgerichtet und zu schwach.
- 1929
- 1930
- 1931
- 1932 • Wir fordern die Aufwertung unattraktiver, kriminalitätsgefährdeter Orte durch städtebauliche Gestaltung, mehr Grün und konsequente Abfallentsorgung.
- 1933
- 1934 • Gefahrenorte und Angsträume, Aufenthaltsorte von Obdachlosen und Drogenabhängigen sowie Kriminalitätsschwerpunkte brauchen jeweils besondere Überwachungskonzepte und die zeitnahe Erreichbarkeit der Polizei
- 1935
- 1936
- 1937 • Wir brauchen die regelmäßige Präsenz der Polizei an zentralen Orten der Innenstadt, an Gefahrenorten der Quartiere und im öffentlichen Nahverkehr.
- 1938
- 1939 • Opferschutz und -hilfe: Wir wollen dezentrale, leicht erreichbare Anlaufstellen für Opfer von Gewalt schaffen.
- 1940
- 1941 • Kosten für Antiterrormaßnahmen dürfen nicht auf die Veranstalter öffentlicher Feste umgelegt werden, das öffentliche Leben nicht eingeschränkt werden.
- 1942
- 1943 • Wir sprechen uns gegen die Einführung des Begriffs der „drohenden Gefahr“ in das

1944 Hamburgische Polizeirecht aus, wie es im bayrischen Polizeirecht besteht. Eine
1945 weitere Vorverlagerung von Überwachungsbefugnissen ist aus unserer Sicht nicht
1946 nötig, da die Anforderungen für die bisherigen Maßnahmen schon sehr niedrig sind.

1947 **Im Ernstfall zählt jede Sekunde**

1948 Mit Maßnahmen, wie „Grüne Welle für Retter“, wollen wir dafür sorgen, dass die Ein-
1949 satzkräfte schneller vor Ort sind. Um dem bestehenden erhöhtes Krebsrisiko der Feu-
1950 erwehreinsatzkräfte entgegenzuwirken, wollen wir Maßnahmen zur Verhinderung ei-
1951 ner Kontaminierungsverschleppung ausweiten und die Einsatzkräfte entsprechend
1952 schulen.

1953 **Die Freiwillige Feuerwehr stärken**

1954 Das Ehrenamt, insbesondere im Bereich der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen,
1955 ist eine große Bereicherung für unsere Stadt. Ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer
1956 wäre unsere Stadt nicht so lebenswert, wie sie es heute ist. Diese Leistung wollen wir
1957 Freie Demokraten anerkennen, indem die Bedingungen des Ehrenamts verbessert
1958 werden.

1959 Wir wollen erreichen, dass alle Feuerwehreinsatzkräfte als Anerkennung pauschal und
1960 unbürokratisch eine Art „Erfrischungsgeld“ nach einem Einsatz erhalten. Um die Ein-
1961 satzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr und der Hilfsorganisationen zu gewährleisten
1962 und diese von Wartungsarbeiten zu befreien, soll jedem Standort ein hauptamtlicher
1963 Gerätewart zugeteilt werden. Die starre Altersobergrenze von 60 Jahren für den akti-
1964 ven Einsatzdienst in den Freiwilligen Feuerwehren wollen wir aufheben. Auf Antrag
1965 und nach ärztlicher Untersuchung soll ab dem 60. Lebensjahr eine Verlängerung des
1966 aktiven Einsatzdienstes um jeweils zwei Jahre ermöglicht werden. Auch wollen wir die
1967 Alterseintrittsgrenze von 45 Jahren aufheben.

1968 **Erste Hilfe geht jeden an – mehr qualifizierte Ersthelfer**

1969 Bis die Rettungskräfte eintreffen, kann die Überlebenschance durch geschulte Erst-
1970 helfer massiv gesteigert werden. Neben niedrigschwelligen Angeboten wollen wir des-
1971 halb innovative Konzepte erproben, wie die Alarmierung ausgebildeter Ersthelfer 50 in
1972 unmittelbarer Nähe von Notfallpatienten über eine durch die Leitstelle aktivierte App.
1973 Damit mehr Menschen fit in Erster Hilfe sind, setzen wir uns dafür ein, dass Erste
1974 Hilfekurse spätestens ab der fünften Klasse als wiederkehrendes Element im Unter-
1975 richt verankert werden. Für Grundschüler sind auf die Altersgruppe abgestimmte pä-
1976 dagogische Konzepte, wie die Blaulichtzwerge, weiterzuentwickeln und auszubauen.
1977 Unser Ziel ist es, an jeder weiterführenden Schule einen funktionierenden Schulsani-
1978 tätsdienst einzurichten. Dies kann nur in enger Kooperation mit den Hilfsorganisatio-
1979 nen und deren Jugendorganisationen erfolgen. Ein Engagement im Schulsanitäts-
1980 dienst wollen wir den jeweiligen Schülern schulisch anrechnen, etwa als besondere
1981 Lernleistung.

1982 **Eine handlungsfähige Justiz**

1983 Wir Freien Demokraten stehen für die Verteidigung der individuellen Freiheit, der Bür-
1984 ger- und Menschenrechte gegen ihre Feinde durch einen handlungs- und durchset-
1985 zungsfähigen Rechtsstaat. Freiheitseinschränkungen unterliegen jedoch immer dem
1986 Schutz der Grundrechte, müssen begründet und verhältnismäßig sein.

- 1987 **Nein zu Extremismus und Terrorismus – Keine Toleranz der Intoleranz.**
- 1988 • Die Werte unseres Grundgesetzes gelten für jeden – wir wollen sie aber auch gegen
1989 jeden Angriff verteidigen. Unsere Demokratie wurde in den letzten Jahren immer
1990 wieder durch Extremismus und Terrorismus von Rechts- und Linksradikele sowie
1991 Islamisten bedroht. Dagegen verlangen wir konsequentes Vorgehen. Das Landes-
1992 amt für Verfassungsschutz ist bestmöglich auszustatten.
- 1993 **Nein zu ausufernden Reformen des Polizeirechts.**
- 1994 • Eine Ausweitung des Präventionsgewahrsams lehnen wir ab. Die Fixierung von
1995 Personen kann aus unserer Sicht nur dem Schutz des Betroffenen dienen. Die Aus-
1996 weitung auf andere Zwecke lehnen wir ab. Die geplante Einführung der elektroni-
1997 schen Fußfessel und die automatische Analyse von Datensätzen ist aus unserer
1998 Sicht zu weit gefasst.
- 1999 • Grundsätzlich begrüßen wir Maßnahmen der vorausschauenden Polizeiarbeit. Die
2000 Vorhersage von potenziellen Straftaten auf der Basis erfasster Kriminalitätsstatisti-
2001 ken darf sich nur auf Orte, nicht auf Personen beziehen.
- 2002 • Meldeauflagen dürfen nicht schon bei der kleinsten Gefahr angewandt werden, son-
2003 dern sind auf Prävention von Straftaten zu begrenzen. Sie müssen gesetzlich zeit-
2004 lich begrenzt werden und dürfen nicht zu Dauermeldung mutieren.
- 2005 • Wir sind gegen ausufernde zusätzliche Überwachungsbefugnisse die ziel- oder an-
2006 lasslose automatische Überwachung. In den letzten Jahrzehnten wurden bereits
2007 zahlreiche neue Überwachungsmaßnahmen eingeführt. Mindestens einmal pro Le-
2008 gislaturperiode müssen alle Überwachungsbefugnisse auf den Prüfstand. Wir
2009 Freien Demokraten lehnen die pauschale Online-Durchsuchung, die pauschale
2010 Quellen-TKÜ, die pauschale Vorratsdatenspeicherung, die pauschale biometrische
2011 Gesichtserkennung/Videoüberwachung und ab. Wir wollen Überwachung nur wo
2012 sie nötig ist, dafür aber eine vernünftige technische und personelle Ausstattung. Der
2013 Richtervorbehalt ist für uns kein Durchlaufposten oder eine zusätzliche bürokrati-
2014 sche Hürde. Weitere Lockerungen des Richtervorbehalts lehnen wir ab.
- 2015 **Nein zu Einschränkungen des Versammlungsrechts.**
- 2016 • Die Versammlungsfreiheit ist keine Staatsschutzvorschrift, sondern ein demokrati-
2017 sches Teilhaberecht. Wir stehen deshalb für ihren umfangreichen Schutz. Ein-
2018 schränkungen über Allgemeinverfügungen werden daher von uns abgelehnt.
- 2019 **Aber: Ja zu**
- 2020 • unkomplizierter, schneller psychologischer Unterstützung für Gewaltopfer
- 2021 • rechtlichem Anspruch auf psychosoziale Prozessbegleitung für alle Betroffenen
- 2022 • Rücknahme der Kürzungen bei der Finanzierung von Frauenhäusern
- 2023 • der Einrichtung eines Opferschutzbeauftragten für die Hansestadt Hamburg sowie
2024 die Erstellung eines Opferschutzkonzeptes und regelmäßige Evaluierung der darin
2025 enthaltenen Maßnahmen
- 2026 • die bessere Zusammenarbeit und Vernetzung mit den verantwortlichen Akteuren
2027 staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen
- 2028 • die bessere Unterstützung von Fachstellen in ihrer Arbeit mit von häuslicher Gewalt
2029 betroffenen Kindern

- 2030 • den Ausbau bundes- und landesweiter Koordinierung und Monitoring stellen sowie
- 2031 regelmäßige und umfangreiche Datenerhebung
- 2032 • den Ausbau der Arbeit mit Tätern
- 2033 • die regelmäßige und bundesweite Sensibilisierung (z.B. durch verpflichtende Fort-
- 2034 bildungen) von Behörden, Richterschaft und Polizei.
- 2035 • Ja zum Einmal-Prinzip im Datenschutz: Mit dem Einmal-Prinzip setzen wir uns nicht
- 2036 nur für eine sehr datensparsame Methode in der Verwaltung ein, und reduzieren
- 2037 zugleich die Bearbeitungszeit, wenn nur noch unbekannte Daten an die Behörde
- 2038 übermittelt werden müssen.

2039 **Ja zur Umsetzung des Justizvollzugsfriedens.**

- 2040 • Wir Freie Demokraten bekennen uns zum vereinbarten Justizvollzugsfrieden. Mit
- 2041 ihm ist es gelungen, liberale Politik in Regierungshandeln umzusetzen. Für uns
- 2042 spielt die Resozialisierung eine herausgehobene Rolle. Der neue Jugendvollzug ist
- 2043 eng verzahnt mit dem Landesresozialisierungs- und Opferhilfegesetz. Resozialisiert
- 2044 werden bedeutet auch, einen Neustart ins Leben wagen zu können und dabei müs-
- 2045 sen wir die Jugendlichen unterstützen.

2046 **Ja zur Aufgabenkritik und Modernisierung in der Justiz**

- 2047 • Wir wollen die gemeinnützige Tätigkeit für zahlungsunfähige Verurteilte
- 2048 • Mutmaßliche Straftäter dürfen nicht wegen zu langer Verfahrensdauer aus der U-
- 2049 Haft entlassen werden müssen: die Justiz braucht eine bessere Ausstattung,
- 2050 • Die Justiz braucht mehr Digitalisierung: Online-Klagen und bundesweit einheitliche
- 2051 elektronische Aktenführung sowie Breitbandzugänge.
- 2052 • Für neue juristische digitale Geschäftsmodelle bedarf es rechtlicher Regelung.

2053 **Integration und Migration**

2054 Deutschland, aber vor allem auch Hamburg als Stadtstaat ist in den vergangenen 10
 2055 Jahren das Ziel vieler Geflüchteter aus aller Welt geworden. Seit 2015 hat der Zustrom
 2056 an Geflüchteten aufgrund vieler globaler Krisen trotz Schwankungen rasant zugenom-
 2057 men. In einem Kraftakt wurden Kapazitäten geschaffen, um eine enorme Anzahl an
 2058 Geflüchteten aufzunehmen. Kapazitäten sind jedoch endlich. Gleichzeitig gibt es wei-
 2059 terhin diverse Herausforderungen bei der Integration von bereits Geflüchteten und neu
 2060 ankommenden. Wir setzen daher auf eine Bekämpfung irregulärer Migration und
 2061 gleichzeitig eine lebensnahe und unbürokratische Integration vor Ort.

2062 **Reduzierung illegaler Migration**

2063 Die hohe Anzahl an Flüchtlingen, die auch unsere Hansestadt aufgenommen hat, sorgt
 2064 immer wieder für Herausforderungen und Probleme. Die infrastrukturellen Kapazitäten
 2065 sind erschöpft. Eine ausgewogene Integrationspolitik ist unter diesen Umständen oft
 2066 schwierig. Hierzu kommt die Belastung für das gesellschaftliche Leben in den jeweili-
 2067 gen Bezirken. Daher begrüßen wir den Vorschlag/Kompromiss zur Reformierung des
 2068 „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS). Schnellere Verfahren an den
 2069 EU-Außengrenzen müssen den unkontrollierten Zustrom zu verringern und den Ge-
 2070 flüchteten mit rechtmäßigem Anspruch schneller eine Bleibeperspektive aufzeigen.

2071 Gleichzeitig fordern wir auch in Hamburg erhöhte Kapazitäten für die Abschiebehaft,
2072 die als wirksamstes Mittel in Bezug auf Rückführungen anzusehen ist.

2073 **Verbesserung der Integration Geflüchteter**

2074 Eine langfristige Einbindung in die Gesellschaft kann nur gelingen, wenn das Erlernen
2075 der deutschen Sprache und eine zügige Eingliederung in den Arbeitsmarkt gelingen.
2076 Jeder Mensch, der in Deutschland Asyl sucht, verdient eine faire und respektvolle Be-
2077 handlung.

2078 **Unterbringung**

2079 Die Schaffung geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten Geflüchteter belastet die Be-
2080 zirke in unserer Hansestadt. Die starken Schwankungen in Bezug auf den Zustrom
2081 erschweren eine valide Kalkulation des Kapazitätsbedarfs. In der Vergangenheit
2082 wurde zulasten des Breitensports gelegentlich auf Infrastruktur des öffentlichen Le-
2083 bens wie Sporthallen zurückgegriffen. Dies wollen wir zukünftig vermeiden. Wichtig
2084 hierbei ist, dass bei der Planung neuer Kapazitäten in den Bezirken der enge Dialog
2085 mit den Bürgern erfolgt. Wir sind davon überzeugt, dass die bürgerliche Teilhabe bei
2086 der Entstehung neuer Unterkünfte Voraussetzung ist, um gesellschaftliche Akzeptanz
2087 zu gewährleisten.

2088 Flexible Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge, die den geltenden Standards
2089 entsprechen und menschenwürdige Bedingungen garantieren, werden zudem benö-
2090 tigt. Diese Unterkünfte sollen baulich so gestaltet sein, dass sie je nach Bedarf rasch
2091 aufgestockt oder verringert werden können, zum Beispiel durch Wohncontainer.

2092 Des Weiteren fordern wir, dass sämtliche Unterkünfte mit leistungsfähigem WLAN aus-
2093 gestattet werden, um Konflikte mit der Nachbarschaft zu vermeiden.

2094 **Sprachförderung**

2095 Nur etwa ein Drittel der Teilnehmer schließt die Sprachkurse des Landesprogramms
2096 mit einer Zertifizierung ab. Um diesen Anteil zu erhöhen, fordern wir eine Verpflichtung
2097 zur Teilnahme und ein fortlaufendes und umfassendes Monitoring der Kurse, bei dem
2098 Teilnehmer, Kursträger und Lehrkräfte regelmäßig befragt werden, um notwendige An-
2099 passungen vorzunehmen. Diese Aufgabe sehen wir beim Flüchtlingszentrum Ham-
2100 burg. Um die hohe Abbrecherquote zu senken, wollen wir auch Sanktionsmöglichkei-
2101 ten in Betracht ziehen. Dies verbessert nicht nur den Lernerfolg der Teilnehmer, son-
2102 dern erhöht auch die Planungssicherheit der Kursträger.

2103 Gleichzeitig setzen wir uns ein für den Bürokratieabbau bei Sprachkursen. Die Anbie-
2104 ter landesfinanzierter Sprachkurse stehen bei der Abrechnung vor hohen bürokrati-
2105 schen Hürden, die sich von denen der BAMF-finanzierten Kurse unterscheiden. Wir
2106 fordern daher die Angleichung der Abrechnungsmodalitäten an die Grundsätze der
2107 regulären BAMF-Integrationskurse.

2108 Elementar für den Integrationserfolg durch Sprachkurse ist besonders die Teilnahme
2109 von Frauen an diesen. Der Anteil an Teilnehmerinnen an den Sprachkursen ist nach
2110 wie vor unzureichend und muss erhöht werden. In vielen Familien sind es die Frauen,
2111 die als Multiplikatorinnen der Integration der gesamten Familie dienen. Wir wollen des-
2112 halb Frauen in den Unterkünften gezielt ansprechen und zur Teilnahme an Sprachkur-
2113 sen motivieren. Kurse mit paralleler Kinderbetreuung haben sich in der Praxis bewährt
2114 und sollten bedarfsgerecht ausgebaut werden, damit Mütter frühzeitig Deutschkennt-
2115 nisse erwerben können. Spezielle Beratungsangebote können dabei helfen, Ängste

2116 und Unsicherheiten abzubauen und die Frauen zu bestärken, diese Angebote anzu-
2117 nehmen.

2118 **Pilotprojekt Bonus-Malus System entwickeln —**
2119 **Verpflichtende kommunale Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete**
2120 **in Hamburg einführen**

2121 Gemäß § 5 Asylbewerberleistungsgesetz können Asylsuchenden sowohl Aufgaben
2122 innerhalb ihrer Unterkunft als auch Tätigkeiten bei staatlichen, kommunalen oder ge-
2123 meinnützigen Trägern zugewiesen werden, eine Vergütung wird als Aufwandsent-
2124 schädigung zusätzlich zur Regelleistung ausgezahlt. Arbeitgeber können staatliche o-
2125 der gemeinnützige Träger sein.

2126 Erbracht werden ausschließlich Tätigkeiten, die sonst nicht oder in geringeren Umfang
2127 durchgeführt werden. Vordringliches Ziel bleibt es, Geflüchtete schnell die Aufnahme
2128 eines festen Arbeitsplatzes entsprechend der persönlichen Qualifikation zu ermögli-
2129 chen, durch Fort- und Weiterbildung zusätzliche Qualifikationen zu ermöglichen oder
2130 Ausbildungs-, bzw. Studienmöglichkeiten zu eröffnen.

2131 Gerade da die meisten Geflüchteten in Hamburg aber erst nach Monaten oder Jahren
2132 eine Arbeit aufnehmen und daher häufig ohne strukturierten Alltag in engen Unterkünf-
2133 ten ohne Rückzugsmöglichkeiten verbleiben, muss dies genutzt werden. Denn neben
2134 fehlender Integration schafft die aktuelle Situation der Asylbewerber auch eine mas-
2135 sive Perspektivlosigkeit, der es entgegenzutreten gilt.

2136 Vor diesem Hintergrund werden wir als Freie Demokraten uns dafür einsetzen, dass:

2137 • Hamburg ein Pilotprojekt startet, mit dem Ziel leistungsberechtigte Asylsuchende
2138 verpflichtende Tätigkeiten nach § 5 des Asylbewerberleistungsgesetzes ausführen
2139 zu lassen. Dabei sollen die Arbeitsbedingungen streng überwacht werden.

2140 • verpflichtende Praktika besonders in Branchen mit hohem Fachkräftemangel durch-
2141 geführt werden; diese sollen einen ersten Eindruck von möglichen Berufsfeldern
2142 liefern. Besonders soll mit der Handwerkskammer die Einrichtung einer Praktikums-
2143 börse vorangetrieben werden. Wenn bereits Kenntnisse in den entsprechenden
2144 Branchen vorhanden sind, sollen attraktive und flexible Arbeitsmodelle im Rahmen
2145 des Asylbewerberleistungsgesetzes möglich gemacht werden.

2146 • in Ergänzung zur gesetzlich vorgesehenen Aufwandsentschädigung eine zusätzli-
2147 che Vergütung in Form von Teilhabegutscheinen an kulturellen, sportlichen oder
2148 anderen Veranstaltungen geleistet wird. Diese drücken nicht nur die Wertschätzung
2149 für erbrachte Leistung aus, sondern fördern wiederum die Integration in die Gesell-
2150 schaft.

2151 **Fachkräftegewinnung**

2152 Im letzten Schritt wollen wir uns dafür stark machen für eine schnellere und gerechtere
2153 Anerkennung von ausländischen Qualifikationen. Dafür müssen bürokratische Hürden
2154 abgebaut werden, beispielsweise durch die digitale Bereitstellung von Formularen in
2155 verschiedenen Sprachen. Dies ist eine elementare Voraussetzung für den Kampf ge-
2156 gen den Fachkräftemangel.

2157 Wir Freien Demokraten sind uns auch bewusst, dass wenn Hamburg als Metropole
2158 nur für Fachkräfte attraktiv bleibt, wenn die notwendige Infrastruktur vorhanden ist. Im
2159 Wesentlichen betrifft dies verfügbaren Wohnraum und eine gute Verkehrsinfrastruktur.
2160 Ohne eine Verbesserung wird Hamburg als Arbeits- und Lebensstandort langfristig

2161 nicht genug Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen können. Wir wollen daher Unter-
2162 stützungsmaßnahmen zur Wohnungssuche für Asylbewerber weiter ausbauen, da das
2163 lange Verbleiben in öffentlich – rechtlicher Unterbringung verhindert, dass Geflüchtete
2164 schnell und unabhängig vom Staat ein neues, sicheres Leben in unserer Stadt führen
2165 können.

2166 **Für ein soziales Miteinander – Wir haben alle Menschen im Blick**

2167 Hamburg ist vielfältig. Wir Freie Demokraten wollen, dass unsere Stadt daraus einen
2168 Anspruch an sich selbst ableitet, allen Menschen gerecht zu werden. Wir wollen, dass
2169 allen Altersgruppen, allen Geschlechtern und allen Lebenslagen in Hamburg ein an-
2170 gemessener Raum zur Entfaltung zur Verfügung gestellt wird. Die Aufgabe des Staa-
2171 tes ist, die Hürden für Menschen auf dem Weg zur Erreichung ihrer Ziele und Träume
2172 abzubauen, egal wo dieser Weg beginnt oder endet.

2173 **Familien stärken**

2174 Die Familie ist als Grundpfeiler des sozialen Zusammenhalts ein von der Politik be-
2175 sondern zu schützender Raum für Entwicklung. Wir Liberale wollen bei aller Abkehr
2176 von klassischen Rollen- und Familienbildern vor allem auch Frauen entlasten und stär-
2177 ken, die nach wie vor den Großteil der Familienarbeit leisten.

2178 Wir wollen das Unterhaltsvorschussgesetz reformieren, um Geschiedene besser un-
2179 terstützen zu können. Dafür soll eine qualitative Bedarfserhebung im Bereich der Ein-
2180 forderung der Unterhaltsbeihilfe in den Behörden stattfinden

2181 Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass Hamburg sich für das „kleine Sorgerecht“ für
2182 Pflegeeltern auf Bundesebene stark macht. Diese Regelung ermöglicht es Pflegeel-
2183 tern, alltägliche Entscheidungen für das Wohl des Kindes eigenständig zu treffen.
2184 Dazu gehören wichtige Aspekte wie Gesundheitsfürsorge, Schulangelegenheiten und
2185 Freizeitaktivitäten, ohne dass sie dafür jedes Mal die Zustimmung des Jugendamts
2186 oder der leiblichen Eltern einholen müssen.

2187 Zudem wollen wir die Elternschaft auch in der parlamentarischen Arbeit vereinfachen
2188 und werden uns für ausreichend Wickelplätze im Rathaus, für das Angebot einer El-
2189 ternzeit für Abgeordnete, alternative Abstimmungsmöglichkeiten in der Kinderpause
2190 sowie für eine Möglichkeit der Mitnahme von Säuglingen in den Plenarsaal einsetzen.

2191 **Kinder und Jugendliche fördern und schützen**

2192 Neben der Schule und der Ausbildung werden in den ersten Jahren des Lebens die
2193 meisten Grundsteine für die spätere Entwicklung und damit auch den späteren Le-
2194 bensweg eines Menschen gelegt. Daher möchten wir besonderes Augenmerk auf
2195 junge Menschen legen, deren Stimme oft noch unzureichend wahrgenommen wird.
2196 Konkret wollen wir als Freie Demokraten folgende Maßnahmen:

- 2197 • Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit wollen wir durch Erhöhung
2198 der Planstellen personell stärken, damit sie ihre Aufgaben bestmöglich erfüllen kön-
2199 nen. Durch Kooperationen mit Schulen sollen mehr Kinder erreicht werden und die
2200 Jugendarbeit im Alltag der Menschen präsenter werden. Besonders werden wir An-
2201 gebote für das Erlernen von soft skills weiter ausbauen. In jedem Hamburger Stadt-
2202 teil wollen wir zudem einen Beauftragten für Kinderschutz und Jugend einrichten.
- 2203 • Wir setzen uns ein für das Anbringen von QR-Codes auf Kinderspielplätzen, die
2204 beim Aufnehmen von Fotos auf dem Handy automatisch auf Aufklärungswebsites

- 2205 zum Thema Kinderschutz im Internet verlinken. Die Idee geht auf den Kinderschutz-
 2206 bund Schweiz zurück und hilft Eltern, sich mit einem einzigen Klick über Gefahren
 2207 im Netz für ihre Kleinen zu informieren – insbesondere diejenigen, die sich aus dem
 2208 unbedachten Hochladen von Kinderfotos ergeben können.
- 2209 • Wir Liberale setzen uns dafür ein, dass Kinder von suchtkranken Eltern die notwen-
 2210 dige Unterstützung und den Schutz erhalten, den sie dringend benötigen, um trotz
 2211 oft erheblicher Belastungen eine gesunde Entwicklung zu gewährleisten. Wir for-
 2212 dern wir daher einen Ausbau der Programme in der Jugendarbeit sowie dem unmit-
 2213 telbaren Schutz von Kindern aus entsprechenden Familien. Insgesamt muss die
 2214 Politik auf eine Enttabuisierung und Sensibilisierung der Gesellschaft hinarbeiten.
 - 2215 • Für Jugendliche in besonders schwierigen Problemlagen muss es Möglichkeiten zu
 2216 einer intensiven Betreuung geben. Wir treten dafür ein, die auswärtige Unterbrin-
 2217 gung schrittweise zu reduzieren. Die Erziehung von Kindern und Jugendlichen kann
 2218 am besten in Freiheit gelingen. Geschlossene Systeme neigen hingegen zu
 2219 Zwangsmaßnahmen, Isolierung und Entmündigung. In Hamburg benötigen wir
 2220 mehr Gästewohnungen und die Stärkung der Koordinationsstelle für die individuelle
 2221 Unterbringung.
 - 2222 • Wir werden die politische Beteiligung von Jugendlichen stärken. Über Projekte wie
 2223 der „HERTIE“-Initiative, „Jugend im Parlament“ und verstärkter Online-Partizipation
 2224 sind die Einflussnahmen von Jugendlichen zu erhöhen. Zudem wollen wir als Freie
 2225 Demokraten es jedem Schüler ermöglichen, einmal die Bürgerschaft sowie den
 2226 Bundestag zu besuchen und sich mit den Abgeordneten vor Ort auszutauschen. Bei
 2227 Projekten von Jugendbeteiligung werden wir besonders auf eine gute Feedback-
 2228 Kultur achten. Auch in den Curricula der Schule sollen demokratische Prozesse und
 2229 Möglichkeiten zur Mitwirkung in die Curricula integriert werden.
 - 2230 • Wir wollen Kinderrechte im Grundgesetz verankern! Es ist Zeit, Rechte von jungen
 2231 Menschen konkret in der Verfassung zu normieren, um ihren Schutz auf höchster
 2232 Ebene zu gewährleisten!

2233 **Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft!**

- 2234 Durch die demografische Entwicklung wird sich auch in Hamburg die Bevölkerungs-
 2235 struktur weiter verschieben und Veränderungen in der Sozialpolitik mit sich bringen.
 2236 Liberale Seniorenpolitik stellt sich dieser Herausforderung und will mit neuen Ideen die
 2237 Rahmenbedingungen dafür schaffen, selbstverantwortliches und selbständiges Han-
 2238 deln auch im Alter zu ermöglichen. Viele ältere Bürger in Hamburg sind aktiv und er-
 2239 bringen eine Vielzahl ehrenamtlicher Leistungen.
- 2240 Gerade deshalb ist es wichtig, den Problemen zu begegnen, die vor allem älteren Bür-
 2241 gerinnen und Bürgern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschweren.
- 2242 Wir wollen Senioren dabei unterstützen, dass das Wohnen in ihrem Stadtteil möglich
 2243 bleibt. Mehrgenerationenhäuser sollen als Wohngemeinschaften und soziale Treff-
 2244 punkte gefördert werden. Angebote unserer vielfältigen Kultur- und Bildungsmöglich-
 2245 keiten sollen ausgeweitet werden. Mobilität im Alter bedeutet, selbstbestimmt, unab-
 2246 hängig und aktiv zu bleiben. Um diese Ziele zu erreichen, müssen die öffentlichen
 2247 Verkehrsmittel stärker auf die Bedürfnisse von Senioren eingestellt werden.
- 2248 Viele Senioren haben den Wunsch, das Wissen und die Zeit, einen großen Beitrag für
 2249 die Erziehung der neuen Generation zu leisten. Wir wollen daher in Hamburg die
 2250 „Wunschgroßelternschaft“ fördern und interessierte Familien und Senioren zusam-
 2251 menbringen. Zudem müssen die Bedürfnisse von Senioren auch stärker in Stadt- und

2252 Bauplanungen explizit berücksichtigt werden, sodass Wege, Sitzgelegenheiten und
2253 Einrichtungen des täglichen Bedarfs (z.B. Banken, Supermärkte und Gastronomie) gut
2254 erreichbar sind.

2255 Mobilität muss auch im Alter gewährleistet werden. Wir stehen sowohl für eine inklu-
2256 sive und barrierefreie als auch für eine umwelt- und klimafreundliche Verkehrspolitik.
2257 Für uns steht hierbei im Vordergrund, dass das ÖPNV-Angebot attraktiver gestaltet
2258 wird. Dazu gehört eine Komfortoffensive für alle Haltestellen. Überdachte und beleuch-
2259 tete Bushaltestellen sorgen für einen angenehmen Aufenthalt bei jedem Wetter und
2260 zu jeder Jahreszeit. Genauso muss darauf geachtet werden, dass auch bei Umleitun-
2261 gen oder Ersatzhaltestellen die Barrierefreiheit mitgedacht wird; dies bezieht sich zum
2262 Beispiel auf abgesenkte Bordsteine oder fehlender Anschluss für Menschen, die
2263 schlecht zu Fuß sind.

2264 Wir wollen die Einrichtung von Seniorenheimen in allen Stadtteilen Hamburgs voran-
2265 bringen, damit Senioren die Möglichkeit haben, in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu
2266 bleiben. Dies trägt nicht nur zur Lebensqualität bei, sondern hilft auch, bestehende
2267 soziale Kontakte und Netzwerke zu erhalten, die für das Wohlbefinden im Alter uner-
2268 lässlich sind. Das gewohnte Umfeld bietet Senioren nicht nur eine vertraute Umge-
2269 bung, sondern auch ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit. Soziale Kontakte
2270 und Nachbarschaften, die über Jahre hinweg gepflegt wurden, bleiben erhalten und
2271 fördern die psychische und emotionale Gesundheit der Bewohner. So kann sicherge-
2272 stellt werden, dass Senioren in Hamburg auch im hohen Alter ein aktives, selbstbe-
2273 stimmtes und sozial eingebundenes Leben führen können.

2274 Zusätzlich setzen wir uns dafür ein, dass die Bezirksämter ausreichende finanzielle
2275 Mittel erhalten, um bestehende Seniorentreffs instand zu halten und zu sanieren. Se-
2276 niorentreffs spielen eine zentrale Rolle im sozialen Leben der älteren Generation und
2277 bieten wichtige Angebote zur Freizeitgestaltung, Bildung und Begegnung.

2278 **Obdachlosigkeit in Hamburg beenden**

2279 Obdachlosigkeit in Hamburg ist weiterhin ein Problem, welches nicht einmal genau
2280 beziffert werden kann. Wir als Liberale wollen konkrete Maßnahmen angehen, um
2281 Menschen in schwierigen Situationen wieder zu einem selbstbestimmten Leben zu
2282 verhelfen.

2283 Das Leben auf der Straße ist ein menschenunwürdiger Zustand und mit unserem Ver-
2284 ständnis einer liberalen Gesellschaft unvereinbar. Es ist unser Ziel, Obdachlosigkeit
2285 langfristig nicht nur zu bekämpfen, sondern zu beenden. In Hamburg suchen wir nach
2286 innovativen Ansätzen und neuen Lösungen.

2287 Ein Projekt, das sich in der Vergangenheit als erfolgreich bewährt hat, ist das Modell-
2288 projekt "Housing First", in denen Obdachlosen zunächst unbürokratisch eine Wohnung
2289 bereitgestellt wird. Bisherige Projekte führten laut Trägern immer zum Erfolg. Zudem
2290 seien auch besonders die vielseitigen Unterstützungsangebote – von Gesundheitsfragen
2291 bis hin zur Begleitung zum Jobcenter – wahrgenommen worden. Entscheidend für
2292 den weiteren Erfolg sei eine Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Wohnungsunter-
2293 nehmen, die bislang gut funktioniert habe.

2294 Ein großes Problem stellt die Anschlussversorgung wohnungsloser Menschen nach
2295 Krankenhausaufenthalten dar. Oft werden in Krankenhäusern nur akute Verletzungen
2296 behandelt, eine umfassende Anschlussversorgung findet nicht statt. Hier bedarf es ei-
2297 ner umfassenden Strategie, um eine vollumfängliche Versorgung der Betroffenen zu
2298 gewährleisten. Entscheidend hierbei ist die Schaffung weiterer Pflegezentren oder
2299 Pflegeplätze in Krankenhäusern.

2300 Eine reine obdachlosenfeindliche Architektur stellt für uns keine langfristige Lösung
2301 der Problematik da; Sitzmöglichkeiten oder Flächen mit Kugeln oder Ähnlichem ver-
2302 sehen, damit sich da nicht mehr aufgehalten werden kann, bekämpfen nur die Symp-
2303 tome, aber keine Ursachen. Wir setzen uns für intelligente Gestaltungskonzepte ein,
2304 die eine reguläre Nutzung des öffentlichen Raums sicherstellt, ohne einseitig woh-
2305 nungslose Menschen zu verdrängen.

2306 Es ist traurige Realität, dass für viele Betroffene das Pfandsammeln die einzige Ein-
2307 nahmequelle am Tag darstellt. Zwar sollte es das vorrangige Ziel sein, dass jeder Be-
2308 troffene die ihm zustehenden staatlichen Hilfen in Anspruch nimmt und damit nicht
2309 mehr auf das Pfandsammeln angewiesen sein wird. Bis zur Erreichung dieses Ziels
2310 und unter Anerkennung der Realität für eine Vielzahl an Obdachlosen sollte das Pfand-
2311 sammeln den Betroffenen so leicht wie möglich gemacht werden. Wir wollen an jedem
2312 städtischen Mülleimer ein Hinweis anbringen, Pfandflaschen neben den Mülleimer zu
2313 platzieren und zudem eine Vorrichtung zum Sammeln dieser Flaschen einzurichten.

2314 Obdachlosigkeit ist in der Gesellschaft ein häufig nicht beachtetes Thema, Betroffene
2315 werden oft stigmatisiert. Das Problem der Zwei-Klassengesellschaft unter Flüchtlingen
2316 und Obdachlosen, die häufig z.B. zwischen deutschen Staatsbürgern und solchen aus
2317 anderen EU- oder Drittländern besteht und sich in unterschiedlichen Behandlungen
2318 und Lebensbedingungen äußert, haben wir erkannt und wollen wir bekämpfen. Wir
2319 fordern die regelmäßige Durchführung von Workshops und Gesprächsrunden mit Be-
2320 troffenen und Hilfsorganisationen (etwa Malteser, Hinz und Kunz oder Diakonie) für
2321 Schülerinnen und Schüler und für Mitarbeiter im öffentlichen Dienst, sowie als freiwil-
2322 liges Angebot auch für Unternehmen. Hierbei soll Aufmerksamkeit für Probleme, aber
2323 auch für Anlaufstellen geschaffen werden. Insbesondere Projekte wie der Kältebus
2324 müssen stärker in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gebracht werden.

2325 Wir Liberale fordern die Schaffung weiterer Obdachlosenunterkünfte speziell für Men-
2326 schen mit Hund, für Paare oder für Obdachlose mit Kindern.

2327 **Häusliche Gewalt wirksam bekämpfen**

2328 Häusliche Gewalt kommt nach wie vor in allen Schichten der Gesellschaft vor. Häufig
2329 sind die Opfer Frauen, am häufigsten sind aber in unterschiedlichsten Familienkons-
2330 tellationen auch Kinder betroffen. In Hamburg gibt es lediglich 244 Plätze in Frauen-
2331 häusern, diese sind oft voll.

2332 Wir Hamburger Liberale wollen daher:

2333 • eine Ausweitung der Anlaufstellen und Kapazitäten für Frauenhäuser in Hamburg
2334 voranbringen. Besonders ist dabei darauf Rücksicht zu nehmen, dass viele Frauen
2335 mit Kindern in die Einrichtungen kommen. Hierbei sollen auch möglichst Investitio-
2336 nen des Bundes abgerufen werden. Die Wohnungen und Wohngemeinschaften, die
2337 für Betroffene zur Verfügung gestellt werden, müssen ausgebaut werden. Bis zum
2338 Ende der Legislaturperiode wollen wir, dass Hamburg einen Platz pro 5000 Einwoh-
2339 nern zur Verfügung stellen.

2340 • langfristig einen Ausbau zu einem Interventionszentrum nach dem Beispiel Landau.
2341 Hierbei soll es auch eine Erstberatungsstelle geben, die eine Ersteinschätzung zur
2342 Lage und nötigen Maßnahmen abgeben kann. Ein Notfallteam wie es die Stadt
2343 Stuttgart eingerichtet hat, soll darin integriert sein.

2344 • ein Update des Konzepts des Frauenhauses. Der Aufenthalt soll dabei in drei Pha-
2345 sen unterteilt werden. Die erste Phase soll durch psychologische Betreuung geprägt
2346 sein. In der zweiten Phase soll der Übergang in geschützte Wohnungen oder WGs

2347 erfolgen sowie eine Suche nach Jobs oder Ausbildungsstellen. Durch stufenweise
2348 ansteigende Mieten wird eine Rückkehr in die Eigenständigkeit simuliert. In der drit-
2349 ten Phase werden auslaufend die Beratungen zurück in ein Leben außerhalb der
2350 Einrichtung als letzte Maßnahme vorgenommen. Die Übergänge zwischen den
2351 Phasen erfolgen in Rücksprache mit den Betroffenen.

2352 • die Aufstockung des Angebotes an Einrichtungen für Männer, sowohl bei Bera-
2353 tungsstellen als auch bei Männerhäusern. Für diese oft unterschätzte Problematik
2354 sollen außerdem weitere Sensibilisierungsangebote geschaffen werden. Zudem
2355 sollen fehlende Angebote für Minderheiten evaluiert werden.

2356 • dass die psychologische Täterarbeit gestärkt wird. Nicht nur die Beratungsangebote
2357 generell müssen für Täter ausgeweitet, sondern auch entsprechende Prävention
2358 aufgebaut werden.

2359 **Hamburg – Stadt der Wissenschaft**

2360 **Wissenschaft zum Wohle der Gesellschaft**

2361 Der Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft kann und muss in Hamburg mas-
2362 siv ausgebaut und gestärkt werden. Neue Ideen können nur zu Fortschritt und Wohl-
2363 stand in Hamburg beitragen, wenn sie auch früher oder später zu Produkten, Dienst-
2364 leistungen und funktionierenden Geschäftsmodellen im globalen Markt werden. Wis-
2365 senschaft bedeutet auch immer, das gewonnene Wissen zum Wohle der Gesellschaft
2366 einzusetzen. Es ist also nicht nur ökonomisch nachhaltig, Wissenschaft und Wirtschaft
2367 enger zu vernetzen, sondern vor allem auch ökologisch und sozial nachhaltig und ge-
2368 boten.

2369 **Forschung und Entwicklung die inspirieren**

2370 Forscher und Wissenschaftler arbeiten an innovativen Lösungen für die Probleme von
2371 heute und morgen. Es ist daher von zentraler Bedeutung für eine zukunftsgerichtete
2372 und progressive Gesellschaft, die Forschung an sich und nicht bestimmte Technolo-
2373 gien zu fördern und sich aussichtsreichen Feldern nicht zu verschließen. Liberale Po-
2374 litik fördert exzellente Forschung und Entwicklung in allen Wissenschaftsbereichen. Es
2375 ist unser Ziel, die Exzellenz und Leistungsfähigkeit einer qualitativ hochwertigen Ham-
2376 burger Hochschullandschaft auszubauen und zu sichern. Dabei darf die Hochschulfor-
2377 schung, mit Ausnahme der Grundlagenforschung, nicht vom Alltag der Bürger und der
2378 Wirtschaft isoliert werden. Die Kooperation verschiedener Forschungsinstitutionen mit
2379 dem außeruniversitären Umfeld ist eine Bereicherung. Die Ergebnisse der Forschung
2380 sollen Menschen inspirieren, sie fortzuentwickeln und weitere Ideen zu verwirklichen.

2381 **Öffentliche Daten für Wissenschaft und Forschung verfügbar machen**

2382 Die Zukunft von Wohlstand, Freiheit und Innovation liegt in der Entwicklung und An-
2383 wendung neuer Technologien. Hamburg muss daher strategisch in diese Bereiche in-
2384 vestieren und optimale Bedingungen schaffen, insbesondere in den Hauptbranchen
2385 der Hamburger Wirtschaft.

2386 Hamburg sollte öffentliche Datenbanken für alle zugänglich machen, da diese Daten
2387 der gesamten Gesellschaft gehören und entscheidend für die Entwicklung hochwertiger
2388 und sicherer Produkte und Dienstleistungen sind. Diese Daten sollten sowohl für
2389 Hamburg als auch für bestehende und zukünftige Unternehmen zugänglich sein, um
2390 ihr Potenzial voll auszuschöpfen.

2391 **Grundfinanzierung der Hochschulen für Forschung und Entwicklung verbessern**
2392

2393 Die jährliche Steigerung der Grundfinanzierung für Hochschulen beträgt derzeit lediglich
2394 0,88 %, was nicht einmal eine Inflationsanpassung darstellt und faktisch auf eine
2395 Kürzung hinausläuft. Zugleich schwindet der Anteil der Landesmittel in vielen Berei-
2396 chen, was Hamburg zunehmend von Bundesgeldern abhängig macht. Um Hamburg
2397 als Wissensmetropole zu etablieren, müssen wir die finanzielle Unterstützung der
2398 Hochschulen seitens des Landes verlässlich erhöhen. Dabei sollen auch private Hoch-
2399 schulen verstärkt berücksichtigt und entsprechend dem Hochschulpakt gefördert wer-
2400 den. Bundesmittel für die Wissenschaft müssen konsequent in diesen Bereich fließen,
2401 und eine Zweckentfremdung wie bei den BAföG-Millionen lehnen wir entschieden ab.

2402 **Innovation und Digitalisierung aktiv vorantreiben**

2403 Die Hochschulentwicklung in Hamburg wird durch mehr Innovation vorangetrieben.
2404 Unsere Hochschultradition reicht nicht nur bis zur Gründung der Hamburger Universi-
2405 tät im Jahr 1919 zurück, sondern bereits bis 1613 mit bedeutenden Forscherpersön-
2406 lichkeiten am Akademischen Gymnasium. Unser oberstes Ziel in der Wissenschafts-
2407 politik ist daher die Stärkung der Innovationskraft aller Hamburger Hochschulen sowie
2408 der Hamburger Akademie der Wissenschaften, um sie international zu etablieren und
2409 die Interessen Hamburgs effektiv zu vertreten. Denn nur durch Innovation bleiben
2410 Hochschulen zukunftsfähig und sichern den Erfolg von Wissenschaft und Wirtschaft in
2411 Hamburg.

2412 Die Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten für eine verbesserte Vernetzung der
2413 Hochschulen. Aktuelle Programme enden jedoch an den Landesgrenzen.. Wir streben
2414 daher an, frühzeitig Verbindungen zu schaffen und Programme kompatibel zu gestal-
2415 ten, um das Potenzial einer länderübergreifenden Vernetzung der Hochschulen zu nut-
2416 zen und eine Fragmentierung zu vermeiden. Auch auf internationaler Ebene müssen
2417 wir rechtzeitig die Grundlagen für entsprechende Netzwerke legen.

2418 In Zeiten von Breitband, Clouds und Livestreams kann die Hochschulbildung weitaus
2419 mehr Menschen erreichen als jemals zuvor. Die technologische und institutionelle Öff-
2420 nung der Hochschulen ist nicht nur eine kluge Antwort auf begrenzte Ressourcen, son-
2421 dern auch ein effektiver Schritt hin zu mehr Chancengerechtigkeit, flexibler individuel-
2422 ler Weiterbildung und lebenslangem Lernen. Offene Hochschulen sind ein unverzicht-
2423 bares und vielversprechendes Zukunftskonzept in der Bildungslandschaft, um mit di-
2424 gitalen Medien im Kontext des demografischen Wandels zu lehren und zu lernen. Wir
2425 werden daher ein reguläres Online-Studienangebot aufbauen und den flexiblen Er-
2426werb von Scheinen und Zertifikaten im Rahmen nicht-abschlussbezogener Weiterbil-
2427dungsangebote ermöglichen.

2428 **Freiheit statt Verbote in der Forschung und Entwicklung**

2429 Daher setzen wir uns für Technologieoffenheit ein, insbesondere in zukunftsweisen-
2430 den Bereichen wie der Gentechnik. Wir lehnen Forschungsverbote ab. Denn übermä-
2431 ßige staatliche Einmischung beeinträchtigt und mindert die Qualität der Forschung.
2432 Dies gilt auch für die Forschung der Doktorandinnen und Doktoranden; ihre Kreativität
2433 ist ein treibender Motor für innovative Forschung. Die Doktorandenförderung wollen
2434 wir ausweiten. Wir Freie Demokraten empfinden die an Universitäten weit verbreiteten
2435 Zivilklauseln, die Kooperationen mit militärischer Forschung verbieten, als veraltet. In
2436 der neuen Sicherheitslage ist es zur Erhaltung der Souveränität der Bundesrepublik
2437 wichtig, dass universitäre und militärische Forschung bei Dual-use-Fragestellungen
2438 zusammenarbeiten. Dabei können sich zivile und militärische Anwendungen ergänzen

2439 und Innovationen schaffen, die den Wirtschaftsstandort stärken, aber auch die Vertei-
2440 digungskraft erhöhen.

2441 **Exzellenz in Forschung und auch in der Lehre**

2442 Der große Erfolg der Universität Hamburg im Rahmen der Exzellenzinitiative des Bun-
2443 des beruht auf der Eigenleistung der Universität. Dieser Erfolg muss nun als Impuls
2444 genutzt und aktiv vom Senat aufgegriffen werden. Der Bund hat die Anzahl der Exzel-
2445 lenzcluster kurzfristig erhöht, ohne die Gesamtfördersumme zu erhöhen. Wir setzen
2446 uns dafür ein, die daraus resultierende Unterfinanzierung auszugleichen. Die Exzel-
2447 lenz von Hochschulen lässt sich unter anderem an der Anzahl internationaler Aus-
2448 zeichnungen für herausragende Forschungsleistungen messen. Das Ziel einer exzel-
2449 lenten Universität ist es, neue wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren und nicht
2450 nur vorhandenes Wissen zu reproduzieren. Um solche kreativen Potenziale institutio-
2451 nell zu fördern, schaffen wir an den Hamburger Hochschulen eine neue Forschungs-
2452 kultur und möchten bereits in den Bachelor- und Masterstudiengängen an solchen in-
2453 novativen Forschungsprozessen teilnehmen.

2454 Neben den bestehenden Programmen zur Förderung exzellenter Forschung werden
2455 wir Programme zur Förderung exzellenter Lehre etablieren. Nur so wird Hamburg im
2456 Wettbewerb um die klügsten Köpfe bestehen können. Private Hochschulen werden in
2457 bestehende und neue Förderprogramme und -preise einbezogen. Um eine insgesamt
2458 hochwertige Lehre zu gewährleisten, ist es jedoch auch wichtig, hochwertige didakti-
2459 sche Fortbildungen für alle Lehrkräfte anzubieten. Besonders gute Lehrkonzepte müs-
2460 sen nicht nur ausgezeichnet, sondern auch als Modell für andere Lehrveranstaltungen
2461 genutzt werden.

2462 Wir betrachten internationale Verbindungen als Chance für die Wissenschaft, die über
2463 Staatsgrenzen hinausgeht. Daher werden wir Auslands- und Auslandsstipendienpro-
2464 gramme stärken und den Lehr- und Forschungsbetrieb in englischer Sprache fördern.
2465 Die Rückkehr von Forschern aus dem Ausland an unsere Hochschulen möchten wir
2466 erleichtern und die Anerkennung ausländischer Studienleistungen verbessern.

2467 **Gute Forschung braucht gute Räume**

2468 Gute Forschung und Lehre sind nur unter guten räumlichen Bedingungen möglich.
2469 Das bisher unzureichende Gebäudemanagement der Hochschulen hat zu einem ste-
2470 tigen Wertverlust geführt, der auch mit großen Investitionen nicht unmittelbar behoben
2471 werden kann. Zunächst muss eine professionelle Bestandsaufnahme zur Bewertung
2472 des baulichen Zustands aller öffentlichen Hochschulgebäude in Hamburg durchgeführt
2473 werden. Wir werden dann im Hamburger Haushalt einen Sanierungspfad festlegen,
2474 der nicht nur die bestehenden Mängel beseitigt und die notwendigen Modernisierun-
2475 gen vorsieht, sondern auch den zukünftigen Substanzerhalt vollständig berücksichtigt.

2476 **Studium in Hamburg**

2477 Wir Freie Demokraten wollen Hamburg als attraktiven Studienstandort als wichtigen
2478 Aspekt des Wirtschafts- und Wirtschaftsstandorts stärken.

2479 Wir begrüßen die jüngsten BAföG-Reformen, die mehr jungen Menschen den Zugang
2480 zum Studium ermöglichen und ihnen mehr Geld zur Verfügung stellen. Die Studien-
2481 starthilfe, mit der bedürftige Studierende zum Beginn ihres Studiums 1000 Euro erhal-
2482 ten, stärkt das liberale Aufstiegsversprechen.

2483 **Mehr Studierenden-Wohnheime**

2484 Wir wollen mehr Wohnheime für Studierende bauen. Die Mittel aus dem Bundesprogramm Junges Wohnen dürfen nicht einfach verrechnet werden, sondern neue günstige Wohnheimplätze dadurch realisiert werden.

2487 **Bessere Beratung für Langzeitstudierende**

2488 Wir wollen bessere Beratungsangebote für Studierende, die die Regelstudienzeit deutlich überschreiten. Dabei sollen die Hochschulen mit allen Langzeitstudierenden, die Studienaktivitäten aufweisen können, verbindliche Pläne vereinbaren, die in einem festgelegten Zeitraum zu einem Abschluss führen sollen. Studierende, die schon seit mehreren Semestern keine Studienleistungen vorweisen oder sich nicht an die Pläne halten, sollen von den Hochschulen exmatrikuliert werden.

2494 **Juristische Ausbildung**

2495 Die juristische Ausbildung in Hamburg verdient höchste Qualität und ein modernes Prüfungsrecht. Wir wollen den Prüfungsstoff entschlacken und die juristische Methodik stärken.

2498 Wir wollen die Option, das Staatsexamen in verschiedene Zeiträume abzuschichten, einführen und nach der Einführung des E-Examens sollen auch Klausuren im Rahmen der Ausbildung regelmäßig am Computer geschrieben werden. Standardkommentare bzw. Datenbanken sollen bereits in der Ausbildung und bei der Ersten Staatsprüfung genutzt werden können.

2503 Die Bewertung der Klausurleistungen ist in erschreckendem Maße subjektiv und muss durch effektive Qualitätssicherung (Standards, Musterprozesse, Lösungsskizzen) verbessert werden. In den Staatsprüfungen muss die Zweitkorrektur unabhängig von der Erstkorrektur erfolgen. Prüfungskommissionen müssen qualifiziert und divers besetzt werden.

2508 Wir wollen die Freiversuchsmöglichkeiten verlängern und einen Verbesserungsversuch unabhängig vom Bestehen des Examens ermöglichen. Die Gebühren für den Verbesserungsversuch wollen wir transparent evaluieren und angemessen reduzieren. Alle Examenskandidaten sollen an ihrem Wunschtermin schreiben können, um nötigenfalls zusätzliche Kapazitäten zu schaffen, die auch Termine mit über 200 Kandidaten ermöglichen. Wir wollen die bisherige Limitierung der Stationsvergütung im Referendariat abschaffen und lehnen eine Anrechnung auf die Bezüge ab.

2515 **Kulturmetropole Hamburg**

2516 Wir Freie Demokraten haben das Ziel, Hamburg zur Kulturhauptstadt des Nordens zu entwickeln. Hamburg soll mit einer innovativen und vielfältigen Kultur- und Medienlandschaft Menschen jeden Alters und aus allen Teilen der Welt anziehen. Kunst und Kultur auf hohem Niveau sind wesentliche Bestandteile des Lebens in einer weltoffenen Metropole. International anerkannte Festivals, erstklassige Produktionen in Schauspiel, Oper, Ballett und Musical sowie eine lebendige Stadtteilkultur sind genauso wichtig wie große Konzerte und kulturelle Events. Diese Vielfalt ermöglicht emotionale Bindungen zur Stadt und stärkt die Identifikation der Bewohner und Besucher mit Hamburg.

2525 **Entwicklung des Kulturstandorts Hamburg**

2526 Um den Standort Hamburg als weltoffene Kulturmetropole weiterzuentwickeln, ist es
2527 notwendig, neben der Elbphilharmonie eine weitere Konzerthalle mit etwa 4.000 Plät-
2528 zen zu errichten. Das Diebsteichquartier bietet dafür optimale Voraussetzungen, ins-
2529 besondere das Areal der ehemaligen Thyssen-Krupp-Schulte an der Waidmann-
2530 straße. Eine privat betriebene Konzerthalle könnte dort als weiterer zentraler Ort für
2531 kulturellen Austausch und gemeinschaftliche Erlebnisse dienen. Stadtentwicklungs-
2532 maßnahmen sollten stets die Bedürfnisse der Musik-, Theater- und Kunstszene be-
2533 rücksichtigen. Es müssen Möglichkeiten für Festivals, Freilufttheater, Skulpturenparks
2534 und Musikhaltestellen eingeplant werden, um die kulturelle Landschaft Hamburgs wei-
2535 ter zu bereichern.

2536 **Kultur für alle Menschen zugänglich machen**

2537 Hamburgs Museen spielen eine zentrale Rolle in der kulturellen Bildung und im Aus-
2538 tausch. Sie verbinden Tradition und Moderne und fördern den intellektuellen Diskurs.
2539 Um international konkurrenzfähig zu bleiben, muss der Etat der Hamburger Museen,
2540 insbesondere für moderne, digitale und inklusive Vermittlungsformate, dringend erhöht
2541 werden. Wir fordern den Verzicht auf Eintrittsgelder in allen staatlichen Museen, um
2542 kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen. Begleitend sollen Reformen im Gemeinnüt-
2543 zigkeits- und Stiftungsrecht durchgeführt werden. Die Einführung mehrsprachiger, vir-
2544 tueller Führungen in Museen soll dazu beitragen, die Ausstellungen einem breiteren
2545 Publikum zugänglich zu machen. Damit wird eine liberale und weltoffene Gesellschaft
2546 gefördert, in der alle Bevölkerungsgruppen am kulturellen Leben teilnehmen können.
2547 Um besonders junge Menschen für das kulturelle Angebot der Stadt zu begeistern,
2548 soll ein landesweites Projekt in Kooperation mit den Veranstaltern auf den Weg ge-
2549 bracht werden. Ein Kulturticket soll Studierenden und Auszubildenden vergünstigten
2550 Zugang zu möglichst allen Kultureinrichtungen bieten. Dieses Vorhaben soll über eine
2551 eigene App realisiert werden, die alle Angebote gebündelt und tagesaktuell darstellt.

2552 **Eine lebendige und zukunftsgerichtete Erinnerungskultur**

2553 Wir Freie Demokraten setzen uns für eine lebendige Erinnerungskultur ein, die eine
2554 kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte Hamburgs in der Zeit des National-
2555 sozialismus und des Kolonialismus einschließt. Viele Menschen halten sich zwar für
2556 gut informiert über die Verbrechen des Nationalsozialismus, doch gibt es eklatante
2557 Wissenslücken, insbesondere hinsichtlich der verschiedenen Opfergruppen und der
2558 Tätervielfalt. Alle Hamburger Schulklassen sollten daher mehrmals die KZ-
2559 Gedenkstätte Neuengamme besuchen, um die Verbrechen der NS-Zeit zu verstehen
2560 und damit Antisemitismus und Antiziganismus vorzubeugen. Darüber hinaus setzen
2561 wir uns für eine offene und kritische Auseinandersetzung mit dem kolonialen Erbe der
2562 Stadt ein. Am Baakenhafen soll ein Dokumentations- und Erinnerungszentrum errich-
2563 tet werden, das von der Forschungsstelle „Hamburgs (post-)koloniales Erbe“ betrieben
2564 werden kann. Ein umfassendes Erinnerungskonzept soll die Zivilgesellschaft einbezie-
2565 hen und eine Brücke zwischen Wissenschaft und Bevölkerung schlagen. Bei der Rück-
2566 gabe von Kunstgegenständen aus kolonialer Raubkunst sollen rechtstaatliche Prinzi-
2567 pien und fundierte historische Bewertungen maßgeblich sein, insbesondere wenn die
2568 Herkunftsländer diese Rückgabe wünschen.

2569 Straßennamen, die historisch belastet sind, sollen nur dann umbenannt werden, wenn
2570 keine Alternative besteht. Dabei sollen die Anwohner intensiv in den Prozess einbezo-
2571 gen werden, denn der Aufklärungsprozess selbst ist ein wichtiger Bestandteil der Er-
2572 innerungskultur. Im Falle einer Umbenennung dürfen den Anwohnern keine Kosten

2573 entstehen; diese müssen von der Stadt übernommen werden. Alternativ oder ergän-
2574 zend zu einer Umbenennung ist eine sichtbare Kontextualisierung, etwa durch Infota-
2575 feln, Medienstationen oder digitale Angebote wie QR-Codes, denkbar.

2576 **Mehr Raum für Kreativität und Clubkultur**

2577 Die Hamburger Kulturpolitik muss ein produktives Spannungsverhältnis zwischen Sub-
2578 kultur und kommerziellen Nutzungsinteressen fördern. Hamburgs Bands, Songwriter
2579 und DJs sind international bekannt, und der Musikstil der „Hamburger Schule“ prägt
2580 seit den 1990er Jahren viele Bands in Deutschland. Wir wollen die Weiterführung der
2581 jährlichen Festivals wie Reeperbahn und Dockville sowie den Erhalt der über 100 Mu-
2582 sikclubs in der Stadt unterstützen, da sie Hamburg zu einem Ort machen, an dem
2583 Musiker ihrer Leidenschaft nachgehen können. Hamburgs einzigartige Clublandschaft
2584 soll nicht nur erhalten, sondern aktiv gefördert werden. Wo Konflikte mit Anwohnern
2585 entstehen, soll ein Nachtbürgermeister vermitteln. Dieser soll auch neue Orte für Ver-
2586 anstaltungen und Clubkultur in der Stadt identifizieren. Festivalgelände müssen erhal-
2587 ten bleiben, und für das Dockville-Festival muss ein alternativer Standort gefunden
2588 werden, sollte die HPA die Freiflächen in Wilhelmsburg für den Hafenbetrieb nutzen
2589 wollen. Durch eine Anpassung des Hotelentwicklungsplans wollen wir der Verdrän-
2590 gung von Musikclubs entgegenwirken. Neue Hotels auf dem Kiez müssen auch kiez-
2591 affine Nutzungen beinhalten. Das Palomaviertel muss endlich bebaut werden, da eine
2592 Brachlandschaft auf St. Pauli nicht länger hinnehmbar ist.

2593 Die Entwicklung der Kreativwirtschaft ist unverzichtbar für Hamburg. Sie ist ein bedeu-
2594 tender Wirtschaftsfaktor, der innovative Projekte und kulturellen Austausch fördert. Be-
2595 sondern die Games-Branche bietet großes Potenzial, Hamburg als Kreativstandort zu
2596 stärken. Wir setzen uns dafür ein, diese Branche durch Förderprogramme, Flächen
2597 und Veranstaltungen weiter zu unterstützen und in Hamburg zu verankern.

2598 **Lesen als Kulturtechnik fördern**

2599 Lesen ist eine grundlegende Kulturtechnik, die für das Gelingen von Gemeinschaft,
2600 Zusammengehörigkeit und zivilisierter Verständigung unverzichtbar ist. Um den Zu-
2601 gang zur Kultur zu sichern, muss Lesekompetenz in allen Altersgruppen gefördert wer-
2602 den. Alle Schulen müssen mit Bibliotheken und Mediatheken ausgestattet sein, deren
2603 Nutzung die Freude am Lesen vermittelt. Eine verpflichtende Lerneinheit über den Auf-
2604 bau und Gebrauch von Bibliotheken sollte in den Lehrplänen verankert werden. Um
2605 die Lesemotivation von Kindern zu erhalten, sollen Lesefeste, -Wettbewerbe und über-
2606 greifende Aktivitäten wie „Lesen Darstellen“ und „Filmen-Zeichnen“ gefördert werden.
2607 Bestehende Angebote wie „Die Leselotsen“ müssen bekannter gemacht werden, um
2608 ihre Reichweite zu erhöhen.

2609 **Poetry Slams und Literatur aufwerten**

2610 Mit der jährlich stattfindenden Meisterschaft „Kampf der Künste“ ist Hamburg zur deut-
2611 schen Hauptstadt der Poetry Slams geworden. Dieses Event soll weiter aufgewertet
2612 und zu einem zentralen kulturellen Ereignis entwickelt werden. Der „Literatrubel“, eine
2613 Kooperation der beiden großen Hamburger Literaturvereinigungen „Verband der
2614 Schriftsteller“ und „Hamburger Autorenvereinigung“, soll wieder zu einem echten Kul-
2615 turevent werden. Schriftsteller und Dichter aus Hamburg und aller Welt sollen auf dem
2616 Rathausmarkt vor einem breiten Publikum lesen können.

2617 **Denkmalschutz reformieren**

2618 Das 2013 in Kraft getretene Denkmalschutzgesetz muss überarbeitet werden, da die

2619 aktuellen Kriterien zur Bestimmung der Denkmalwürdigkeit zu weich sind und Prob-
2620 leme verursachen. Wir streben einen Denkmalschutz an, der Hamburgs bauliche Kul-
2621 turschätze bewahrt, dabei aber transparent und nachvollziehbar bleibt. Es sollen kon-
2622 krete Kriterien festgelegt werden, die zu einer Erklärung zum Denkmal führen. Der
2623 Erhalt der Denkmäler muss gesichert werden, gleichzeitig soll eine innovative Nutzung
2624 der Gebäude ermöglicht werden. Umbauten sollen immer dann möglich sein, wenn sie
2625 den historischen Wert und Charakter des Denkmals erhalten. Der Denkmalrat soll zu
2626 einer unabhängigen Institution ausgebaut werden, die mit einem Budget für eigene
2627 oder externe Gutachten ausgestattet ist. Vor dem Abriss städtischer Denkmäler ist die
2628 Zustimmung des Denkmalrats einzuholen, der zwischen Fachbehörden und Eigentü-
2629 mern vermittelt. Ein Denkmalschutz-Servicebüro soll als erste Anlaufstelle für alle
2630 praktischen Fragen zum Denkmalschutz in Hamburg dienen.

2631 **Einführung von Honoraruntergrenzen für freie Kreative**

2632 Wir fordern die Einführung von Mindesthonoraren für freie Kreative in den Bereichen
2633 Darstellende Kunst, Bildende Kunst, Wort, Musik und kulturelle Bildung auf Landes-
2634 ebene. Diese Mindesthonorare sollen für Projekte gelten, die zu mehr als 50 % vom
2635 Land gefördert werden, um eine faire Vergütung und soziale Absicherung sicherzu-
2636 stellen. Gleichzeitig dürfen Mindesthonorare nicht dazu führen, dass Projekte aus
2637 Geldmangel scheitern. Daher müssen die Fördermittel entsprechend angepasst wer-
2638 den. Maßgeblich sind die bundesweiten Empfehlungen der Berufs- und Fachver-
2639 bände. Diese Regelung soll auf die Kulturförderung des Landes Hamburg ausgeweitet
2640 werden, um faire Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für freie Kreative zu ge-
2641 währleisten.

2642 **Medienstandort Hamburg ausbauen**

2643 Wir Freie Demokraten wollen, dass Hamburg ein bedeutender Medienstandort bleibt.
2644 Wir unterstützen die Ausbildung an Journalistenschulen und fördern Ausbildungs- und
2645 Weiterbildungsmöglichkeiten im Medienbereich. Hamburg soll als Produktionsstandort
2646 für Filme und Serien weiter gestärkt werden. Moderne Kommunikationstechnologien
2647 und die globale Vernetzung durch das Internet eröffnen neue Möglichkeiten der Ent-
2648 faltung für Medienschaffende. Die Digitalisierung verändert die Realität von Staat,
2649 Wirtschaft und Gesellschaft und stellt das Recht vor neue Herausforderungen.

2650 Für uns Liberale gilt: Grundrechte müssen online wie offline respektiert werden. Un-
2651 sere Medienpolitik schafft einen Ordnungsrahmen für publizistische Medien und för-
2652 dert die Meinungs- und Informationsfreiheit der Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen
2653 Hamburg als attraktiven Standort für Medienschaffende erhalten, indem wir die tech-
2654 nische Infrastruktur modernisieren und flexible Arbeitsbedingungen fördern. KI-
2655 Technologien werden zunehmend im Medienbereich eingesetzt, und wir unterstützen
2656 die Chancen und Perspektiven, die sich aus ihrem Einsatz ergeben. Der öffentlich-
2657 rechtliche Rundfunk soll modernisiert und verschlankt werden, indem er sich auf Infor-
2658 mation, Kultur, politische Bildung und Dokumentation konzentriert. Der Rundfunkbei-
2659 trag soll gesenkt und unnötige Parallelangebote reduziert werden. Der öffentlich-recht-
2660 liche Rundfunk soll sich im Internet auf klassische Rundfunkformate beschränken und
2661 den Wettbewerb mit privaten Anbietern vermeiden.

2662 Säumige Rundfunkgebühren sollen ab 2025 nicht mehr durch Zwangsvollstreckungs-
2663 maßnahmen der Stadt Hamburg eingetrieben werden. Diese Aufgabe ist staatsfern
2664 organisiert von den Rundfunkanstalten zu übernehmen.

2665 **Wir stellen die Weichen für die Zukunft der Gesundheitsversorgung**

2666 Die Pandemie hat die Schwächen unseres Gesundheitssystems schonungslos offen-
2667 gelegt. Überfüllte Notaufnahmen, lange Wartezeiten auf Facharzttermine und man-
2668 gelnde Ressourcen in der psychischen Gesundheitsversorgung sind keine Ausnahme,
2669 sondern bittere Realität. Ärzte, Pfleger und andere Gesundheitsdienstleister arbeiten
2670 am Limit ihrer Kapazitäten, oft unter Bedingungen, die nicht nur ihre Gesundheit, son-
2671 dern auch die der Patienten beeinträchtigen.

2672 Wir Freie Demokraten werden unser Gesundheitssystem zukunftssicher machen. Mit
2673 gezielten Programmen zur Umschulung, Weiterbildung und vereinfachten Anerken-
2674 nung von Abschlüssen, machen wir Hamburgs Gesundheitseinrichtungen attraktiv für
2675 Fachkräfte aus der ganzen Welt. Wir werden dafür sorgen, dass diese Fachkräfte ihre
2676 Zeit für die Patienten aufwenden können, anstatt sich durch die Mühlen der Bürokratie
2677 zu kämpfen. Mit städtebaulicher Unterstützung der Arztpraxen, einer sicheren Finan-
2678 zierung unsere Krankenhäuser und einem Ausbau der digitalen Infrastruktur stellen
2679 wir die medizinische Versorgung in allen Stadtteilen Hamburgs sicher.

2680 **Wir machen Hamburg attraktiv für Fachkräfte aus der ganzen Welt.**

2681 Der Personalmangel ist eines der zentralen Probleme der Zukunft, insbesondere im
2682 Gesundheitssektor. Wir bauen Bürokratie ab und erleichtern die Anerkennung auslän-
2683 discher Abschlüsse. Wir unterstützen die Integration, indem wir berufsspezifische
2684 Sprachkurse fördern. Unternehmen und Organisationen insbesondere im Gesund-
2685 heitsbereich, die Fachkräfte anwerben möchten unterstützen wir mit der Einrichtung
2686 einer Koordinierungsstelle in der Sozialbehörde. Die Richtlinie der Sozialbehörde zur
2687 Förderung von Fachkräften, die ihre Qualifikation im Ausland erworben haben, werden
2688 wir überarbeiten. Sie erschwert mit einigen Regelungen die zügige Anerkennung und
2689 Unterstützung bei der Integration in den Gesundheits-Arbeitsmarkt.

2690 Viele Fachkräfte können nur deshalb nicht einreisen, weil kein passender Wohnraum
2691 zur Verfügung steht. Die Beschleunigung des Wohnungsbaus ist deshalb eine der
2692 wichtigsten Maßnahmen, zur Bekämpfung des Personalmangels. Die Verbindung von
2693 Pflegeeinrichtungen und Wohnungsbauprojekten für Beschäftigte werden wir verein-
2694 fachen.

2695 Migrantinnen, die bereits in Deutschland leben und arbeiten oder arbeiten möchten, stel-
2696 len ein enormes Potenzial dar, das wir für unser Gesundheitswesen nutzen müssen.
2697 Neben den branchenspezifischen Sprachkursen brauchen wir mehr Um- und Weiter-
2698 bildungsangebote im Gesundheitsbereich. Zu diesen Kursen gehört auch eine ver-
2699 kürzte Ausbildung zum Krankenpflegehelfer.

2700 **Einführung einer einjährigen Ausbildung zum Krankenpflegehelfer**

2701 Der Fachkräftemangel führt in Hamburg dazu, dass nicht genügend Pflegekräfte mit
2702 der klassischen dreijährigen Ausbildung zur Verfügung stehen. Bereits heute arbeiten
2703 in Hamburg Assistenzkräfte, die Pflegekräfte bei einfachen Aufgaben unterstützen und
2704 den Pflegekräften dadurch mehr Zeit für Patienten verschaffen. Durch einen einjähri-
2705 gen Ausbildungsgang können diese Mitarbeiter weiterqualifiziert und zu anerkannten
2706 Assistenzkräften für Gesundheits- und Krankenpfleger ausgebildet werden. Dieses
2707 Angebot sollte insbesondere Migrantinnen und Migrantinnen unbürokratisch offenstehen.

2708 **Gesundheitsversorgung vor Ort – Praxisabdeckung in den Stadtteilen**

2709 Die Sicherstellung der ambulanten vertragsärztlichen Versorgung für die Hamburger
2710 Bürger ist für die Gesundheitsversorgung in Hamburg von elementarer Wichtigkeit und

2711 die primäre Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung. Wir Freie Demokraten unter-
2712 stützen die Selbstverwaltung. Um diese zu unterstützen, werden wir die Rahmenbe-
2713 dingungen verbessern. So können bei Neubauprojekten und ebenso bei Umbauten
2714 und Renovierungen Arztpraxen und andere Praxismöglichkeiten für Pflege- und Heil-
2715 berufe immer mitberücksichtigt und priorisiert werden.

2716 Zudem werden wir dafür sorgen, dass insbesondere vor und in der Nähe von Arztpra-
2717 xen ausreichend Parkraum vorhanden ist. Patientinnen und Patienten müssen ihre
2718 Ärzte gut und verlässlich erreichen können. Parkplätze sind ein wichtiges Standortkri-
2719 terium für Praxen und geben der Politik ein Mittel zur Hand, bestimmte Standorte und
2720 Stadtteile besonders attraktiv zu machen. So sorgen wir für eine ärztliche Versorgung
2721 in allen Stadtteilen.

2722 **Stationäre Versorgung in den Krankenhäusern gewährleisten**

2723 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Hilfs- wie Servicekräfte und Stationsas-
2724 sistenten stärker in die Personalplanung der Pflege einzubeziehen. In Hamburg gibt
2725 es strenge Personaluntergrenzen, die festlegen, wie viele Pflegekräfte in besonders
2726 pflegeintensiven Krankenhausbereichen vorhanden sein müssen, um die Pflegequali-
2727 tät zu sichern. Aufgrund des Fachkräftemangels sind jedoch oft nicht genügend Pfl-
2728 egekräfte verfügbar. Durch diese starren Regeln drohen den Hamburger Kliniken Bet-
2729 ten- oder sogar Schließungen ganzer Stationen sowie Strafzahlungen, wenn die not-
2730 wendigen Pflegekräfte fehlen. Wir sind der Ansicht, dass auch Hilfskräfte einen we-
2731 sentlichen Beitrag zur stationären Versorgung leisten. Sie sollten bei der Berechnung
2732 der Personaluntergrenzen stärker berücksichtigt werden.

2733 **Rettungsdienst modernisieren**

2734 Wir wollen den Rettungsdienst modernisieren und die Notfallversorgungsstrukturen
2735 bedarfsgerechter und vernetzter gestalten. Wir lassen uns dabei weiterhin von der Ma-
2736 xime „ambulant vor stationär“ leiten. Damit dies gut gelingt, wollen wir den ambulant-
2737 kassenärztlichen Notdienst und die Rettungsleitstellen besser miteinander vernetzen.
2738 Rettungsdienste und die Notaufnahmen der Hamburger Krankenhäuser werden wir
2739 entlasten, indem wir die Menschen vorab erreichen und ihnen z.B. mittels mobiler Not-
2740 rufe, telefonischer und KI- bzw. videobasierter Vorberatung durch ärztliche Bereit-
2741 schaftsdienste effektive und verlässliche Zugänge zu den Gesundheitsdiensten er-
2742 möglichen, die sie gerade brauchen.

2743 **Medizinische Versorgungszentren (MVZ) kontrollieren**

2744 Die Befugnis von Krankenhäusern, MVZ zu gründen, sollte unverändert möglich sein.
2745 Wir fordern medizinische Versorgungszentren, die von versorgungsfremden Investo-
2746 ren betrieben werden, wirksam zu kontrollieren. Diese sog. investorengetragenen MVZ
2747 (iMVZ) stellen insbesondere im zahnärztlichen Bereich eine Gefahr für die Patienten-
2748 versorgung dar. Häufig werden diese iMVZs durch den Kauf weit entfernter maroder
2749 Kliniken als Trägerkrankenhaus gegründet. Wir fordern die zwingende Vorgabe eines
2750 räumlichen und fachlichen Bezugs einer solchen Klinik als Gründungsbefugnis. Es
2751 muss klare Vorgaben gegen eine unbegrenzte Ausweitung solcher Strukturen geben.

2752 **Kindergesundheit stärken**

2753 Kinder und Jugendliche, die gut und gesund aufwachsen werden auch im Erwachsen-
2754 alter weniger krank. Wir setzen uns für einen starken öffentlichen Gesundheitsdienst
2755 in den Bezirken ein, der Familien und Schulen unterstützt und insbesondere für die

2756 Kindergesundheit eine tragende Säule ist. Das Angebot an Schuleingangsuntersu-
2757 chungen soll in allen Bezirken sichergestellt und langfristig erhalten bleiben. Zudem
2758 prüfen wir einen weiteren Ausbau von Reihen-, schulärztlichen und schulzahnärztli-
2759 chen Untersuchungen, um alle Bevölkerungsgruppen bestmöglich zu erreichen und
2760 frühzeitige Potentiale auch in Bezug auf Bewegungsförderung, Ernährungsgesundheit
2761 und Impfprävention besser zu heben.

2762 **Kinderwunschbehandlung**

2763 Wir wollen die Selbstbestimmung von Frauen mit unerfülltem Kinderwunsch stärken,
2764 indem wir den Zugang zur Reproduktionsmedizin erleichtern. Zur Entlastung bei den
2765 Behandlungskosten soll die Teilnahme am Förderprogramm des Bundes durch die er-
2766 forderliche Landesbeteiligung ermöglicht werden. Wir wollen den Zugang zu Verfahren
2767 der künstlichen Befruchtung auch gleichgeschlechtlichen und unverheirateten Paaren
2768 sowie alleinerziehenden Frauen eröffnen. Langfristig sollen die Krankenkassen die
2769 Kosten für die ersten drei Versuche vollständig übernehmen. Zudem wollen wir die
2770 Eizellspende und die Leihmutterschaft unter definierten Voraussetzungen zulassen.
2771 Dazu zählen die Freiwilligkeit der beteiligten Frauen, eine umfassende Aufklärung und
2772 Beratung sowie der Ausschluss kommerzieller Interessen. Die Krankenkassen sollen
2773 außerdem die Kosten für die Kryokonservierung von Ei- und Spermazellen überneh-
2774 men.

2775 **Eltern von Sternenkindern**

2776 Etwa jede zehnte Frau in Deutschland durchlebt eine Totgeburt, jede dritte eine Fehl-
2777 geburt. Ein solches Erlebnis ist für die Betroffenen hochgradig traumatisierend. Den-
2778 noch wird über dieses Thema bisher kaum gesprochen und die Versorgungslage nach
2779 einer Tot- oder Fehlgeburt ist nicht immer zufriedenstellend. Die Stadt Hamburg als
2780 Dienstherr oder Arbeitgeber sollte auch nach Fehlgeburten ein nach Dauer der
2781 Schwangerschaft gestaffeltes Mutterschutzurlaub einführen. Auch der Partner soll im
2782 Falle einer Totgeburt einen Anspruch auf Sonderurlaub bekommen, um seinen eige-
2783 nen Verlust zu verarbeiten und die Mutter bei ihrer Traumabewältigung zu unterstüt-
2784 zen. Dieses Vorbild im öffentlichen Dienst könnte auf die Arbeitgeber in Hamburg aus-
2785 strahlen und dort Nachahmer finden.

2786 **Krankenversicherung und Finanzierung –** 2787 **Fairer Wettbewerb bei der Krankenversicherung**

2788 Wir streben einen fairen Wettbewerb in der Krankenversicherung an. Daher lehnen wir
2789 die sogenannte pauschalierte Beihilfe ab, bei der der Dienstherr einen Beitrag zur Ver-
2790 sicherung von Beamten in der gesetzlichen Krankenversicherung leistet. Diese führt
2791 zu erheblichen Mehrkosten und für die Betroffenen gibt es kein Zurück zur klassischen
2792 Beihilfe. Daher muss dieser Fehltritt korrigiert werden.

2793 **Bezahlbarkeit sichern, Patientenfreundlichkeit erhöhen**

2794 Unser Gesundheitswesen ist hochkomplex und eines der teuersten der Welt. Die Kran-
2795 kenversicherungs- und Pflegebeiträge der Versicherten und der Arbeitgeber waren
2796 noch nie so hoch wie heute und haben die 40%-Grenze bei den Sozialversicherungs-
2797 abgaben bereits überschritten. Ein Grund für die hohe Kostenbelastung ist die Ver-
2798 schiebung von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben in die gesetzliche Kranken- und
2799 Pflegeversicherung zu Lasten der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Wir setzen
2800 uns für die Entlastung der Sozialversicherungen von diesen Kosten ein. Leistungen,
2801 die der Allgemeinheit zugutekommen, müssen über Steuermittel finanziert werden.

2802 Das Gesundheitssystem muss übersichtlicher und patientenfreundlicher werden. Lo-
2803 kales und familiäres Engagement zum Patientenwohl, die das Gesundheitssystem
2804 konkret entlasten wollen wir in Hamburg mehr unterstützen.

2805 **Krankenhäuser auskömmlich finanzieren**

2806 Den meisten Krankenhäusern geht es wirtschaftlich schlecht. Ein Grund dafür ist, dass
2807 Hamburg seiner finanziellen Verpflichtung für die Investitionskosten schon seit Jahren
2808 nicht ausreichend nachkommt. Wir setzen uns für den Schutz getätigter Investitionen
2809 und eine bedarfsgerechte Erhöhung bei den zur Verfügung gestellten Mitteln für die
2810 Investitionskosten ein. Da jeder dritte Krankenhauspatient in Schleswig-Holstein oder
2811 Niedersachsen wohnt, wollen wir in Verhandlungen mit den Nachbarländern eine Kos-
2812 tenbeteiligung entsprechend des Nutzungsanteils ihrer Bevölkerung erreichen.

2813 **Chancen der Digitalisierung endlich nutzen**

2814 Im Gesundheitssektor ist Hamburg die führende Metropole Deutschlands und eine Mo-
2815 dellregion für das digitale Gesundheitswesen, von der in Zukunft alle Hamburger stär-
2816 ker profitieren sollen als bisher. Wir Freie Demokraten setzen uns daher dafür ein,
2817 dass die Gesundheits- und Pflegeversorgung Versicherte und ihre Angehörigen
2818 selbstbestimmt und digital z.B. mittels Telemonitoring, Telemedizin, Robotik und KI-
2819 Diensten lokal dort erreicht und entlastet, wo sie sind. Wir setzen uns in Zusammen-
2820 arbeit mit den Hamburger Organen der Gesundheitswirtschaft und Selbstverwaltung
2821 dafür ein, dass Heilberufler bei der digitalen Transformation stärker unterstützt werden.

2822 **Krankenhäuser von Bürokratie entlasten**

2823 Die Verwaltungsaufwände der Kliniken, insbesondere die Dokumentations-, Melde-
2824 und Prüfbürokratie sind in den letzten Jahren über allen Maßen angestiegen. Das bin-
2825 det wertvolle Arbeitszeit bei Ärzten sowie in der Pflege, die anschließend in der Pati-
2826 entenversorgung fehlt. Wir setzen uns dafür ein, die Einrichtungen von überflüssiger
2827 Bürokratie zu entlasten. Die effektiv erforderlichen Melde- und Dokumentationswege
2828 müssen digital und möglichst automatisiert ausgestaltet sein und die Datenübertra-
2829 gung ohne Medienbrüche und zusätzliche manuelle Aufwände auskommen.

2830 **Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen**

2831 **Hebammen entlasten:** Hebammen in der klinischen Geburtshilfe müssen von fach-
2832 fremden Tätigkeiten (Assistentztätigkeiten, Materialbeschaffung oder Putzdienste) be-
2833 freit werden, da diese Zeit für ihre eigentlichen Aufgaben fehlt. Zudem bedarf es einer
2834 besseren Kommunikation und eines engeren Austauschs zwischen den Berufsgrup-
2835 pen sowie auf allen Hierarchieebenen. Hebammen sollen in die Leitung und Organi-
2836 sation der geburtshilflichen Abteilungen eingebunden werden. In jeder geburtshilfli-
2837 chen Abteilung sollen hebammengeleitete Kreißsäle eingerichtet werden.

2838 **Krankenstand bekämpfen:** Die Zahl der Krankheitstage pro Arbeitskraft ist drama-
2839 tisch gestiegen. 2023 fielen Beschäftigte im Schnitt 20 Tage aus, in Hamburg sogar
2840 23,5 Tage. Dieser Anstieg führte zu erheblichen Produktionsausfällen und Kosten, was
2841 statt eines Wirtschaftswachstums von 0,5 % zu einer Rezession führte. Es leidet nicht
2842 nur die Wirtschaft, sondern auch die Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die von dieser
2843 Entwicklung teilweise noch stärker betroffen ist. Wir brauchen verlässliche Studien zur
2844 Ursachenforschung für die gestiegenen Krankheitstage in Hamburg und im öffentli-
2845 chen Sektor die Entwicklung eines Programms zur gezielten Gesundheitsprävention
2846 und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Die negative Entwicklung muss gestoppt

2847 werden, um eine funktionale Verwaltung und eine funktionierende Stadt zu gewähr-
2848 leisten.

2849 **Drogen- und Suchtpolitik**

2850 Der Drogenkonsum in Hamburg nimmt weiterhin besorgniserregend zu. Besonders die
2851 steigende Verbreitung von Crack ist alarmierend, da diese Droge schnell zu einer
2852 schweren Abhängigkeit und Verelendung führen kann. Am Hauptbahnhof und anderen
2853 Brennpunkten wird das Ausmaß dieses Problems deutlich sichtbar. Wir Freie Demo-
2854 kraten verfolgen einen klaren Grundsatz: Wir wollen den Abhängigen helfen und
2855 gleichzeitig hart gegen den Drogenhandel vorgehen.

2856 **Prävention und Hilfe**

2857 Ein zentraler Schwerpunkt unserer Drogenpolitik liegt auf der Prävention, insbeson-
2858 dere in Schulen. Junge Menschen müssen frühzeitig über die Gefahren des Drogen-
2859 konsums aufgeklärt und gestärkt werden, um erst gar nicht in die Abhängigkeit zu ge-
2860 raten. Gleichzeitig unterstützen wir den Betrieb von Konsumräumen wie dem Drob Inn.
2861 Diese Einrichtung verhindert eine Verlagerung des Drogenkonsums in die Wohnviertel
2862 und bietet eine sichere Umgebung, in der Abhängige zielgerichtet Hilfe erhalten kön-
2863 nen. Wir sehen die enge Verzahnung von Konsumräumen mit Hilfsangeboten wie der
2864 Straßensozialarbeit als unerlässlich an. Durch diese Vernetzung können Abhängige
2865 direkt angesprochen und in weiterführende Hilfsmaßnahmen integriert werden. Die
2866 Kombination von sofortiger Hilfe vor Ort und langfristigen Unterstützungsangeboten ist
2867 der Schlüssel, um Menschen aus der Sucht zu holen und ihnen eine Perspektive zu
2868 bieten.

2869 **Drogenhandel bekämpfen**

2870 Wir Freien Demokraten verfolgen eine ganzheitliche Drogenpolitik, die auf Prävention,
2871 Hilfe und konsequentes Vorgehen gegen den Drogenhandel setzt. Wir sind fest ent-
2872 schlossen, den Abhängigen in unserer Stadt zu helfen und die Ursachen des Drogen-
2873 problems anzugehen.

2874 **Sport und Bewegung**

2875 Wir Freie Demokraten stehen zu Sport und Bewegung als elementaren Bestandteilen
2876 des gesellschaftlichen Lebens. Wir wollen Sport und Bewegung vor allem aufgrund
2877 der Entwicklung und Erhaltung körperlicher und seelischer Gesundheit in jedem Alter,
2878 der Vermittlung sozialer Kompetenzen, Bildung und Werten, der außergewöhnlichen
2879 Integrations- und Inklusionsleistung, des ehrenamtlichen Engagements, des Freizeit-
2880 wertes und des Leistungsgedankens auf allen Ebenen fördern. Die olympischen Som-
2881 merspiele in Paris haben eindrucksvoll gezeigt, welche völkerverbindende und integ-
2882 rative Kraft vom Sport ausgehen kann.

2883 Wir wollen in Hamburg für Aktive und ihre Trainer und Betreuer, für ehrenamtlich En-
2884 gagierte, für Zuschauer und Fans, für Medien, Vereine und Verbände, Schulen und
2885 Kindertagesstätten Rahmenbedingungen schaffen, die dem Sport eine kontinuierliche
2886 Entwicklung ermöglicht. Tägliche Bewegung ist aus unserer Sicht wichtiger Bestandteil
2887 frühkindlicher Bildung und Erziehung. Bewegung stärkt Motorik, Sensorik, soziales
2888 Miteinander, Resilienz, Gesundheit, den lebenslangen Sportzugang und die Konzentrations-
2889 und Aufnahmefähigkeit für das Lernen. Der Schulsport ist daher essenzieller

2890 Bestandteil des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrags. Er fördert die Leis-
2891 tungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen körperlich und geistig gleichermaßen.

2892 **Sport und Bewegung in den Stadtquartieren fördern - Global Active City**

2893 Seit 2018 trägt Hamburg den Titel „Global Active City“ und weist sich selbst damit
2894 einen hohen Eigenanspruch in Belangen des Sports aus. Wir Freie Demokraten for-
2895 dern die konsequente Umsetzung der im Jahr 2022 beschlossenen Hamburger Active
2896 City-Strategie durch konkrete Vorhaben zur Förderung von Sport und Bewegung in
2897 allen Stadtquartieren. Wir fordern für die Umsetzung der Active City-Strategie eine ver-
2898 bindliche Einbeziehung des organisierten Sports einzurichten. Wir wollen gemeinsam
2899 mit dem organisierten Sport die Ziele der Active City-Strategie zu einem konkreten
2900 Maßnahmenkatalog weiterentwickeln. Nur mit einem herausragenden Angebot für
2901 Freizeit-, Breiten- und Leistungssport kann die Stadt ihrem selbst gesetzten Anspruch
2902 gerecht werden.

2903 Neben der herausragenden Bedeutung von Sport für die Gesundheit einer zunehmend
2904 älter werdenden Gesellschaft ist ausreichende Bewegung nicht zuletzt im Jugendalter
2905 maßgeblich für eine positive körperliche Verfassung sowie für die geistige und motori-
2906 sche Entwicklung. Wir wollen unsere Stadt mit einem auf Kinder und Jugendliche zu-
2907 geschnittenen Konzept daher auch zur Young Active City machen. Dies erfordert nied-
2908 rigschwellige Bewegungsangebote im Freizeitbereich sowie im organisierten Sport,
2909 die in allen Bezirken leicht zugänglich sind.

2910 Hamburg ist ein international anerkannter Gastgeber sportlicher Großveranstaltungen.
2911 Internationale Ereignisse wirken über den Tag hinaus in unsere Gesellschaft hinein
2912 und tragen ein positives Bild unserer Stadt in die Welt. Wir wollen eine Rückbesinnung
2913 auf traditionelle Werte der Organisation und Durchführung von Sportgroßereignissen
2914 – ökonomisch, ökologisch, humanitär und nachhaltig. Die Vergabe der Großereignisse
2915 muss demokratischer und transparenter ablaufen. Wir unterstützen jede Bewerbung
2916 Hamburgs um die Ausrichtung internationaler Meisterschaften unterstützen, die von
2917 diesem Grundsatz getragen ist und die Bevölkerung einbezieht. Dies gilt insbesondere
2918 für eine Bewerbung um die Ausrichtung olympischer Sommerspiele.

2919 Als Sportmetropole hat Hamburg ein Defizit an einer modernen multifunktionalen
2920 Sportstätte für Leichtathletik, American Football und Drittligafußball, die den internati-
2921 onalen Maßstäben genügt. Hierzu werden wir Freie Demokraten das Gespräch mit
2922 Sportverbänden und Investoren zur Ertüchtigung geeigneter Sportstätten oder für ei-
2923 nen Neubau aufnehmen. Dieses Vorhaben steht nicht in Konkurrenz zum Neubau ei-
2924 nes Regionalligastadions an der Waidmannstraße, das von uns weiterhin unterstützt
2925 wird.

2926 Eine Herzensangelegenheit ist für uns die dauerhafte Sicherung des traditionellen
2927 Derby-Parks in Klein Flottbek als internationale Sportstätte für den Spring- und Dres-
2928 sursport sowie die Errichtung einer Doppelrennbahn für Galopp- und Trabrennsport in
2929 Hamburg-Horn.

2930 **Sport von Anfang an**

2931 Wir wollen Sport, Spiel und Bewegung im Schulalltag und in den Kindertagesstätten
2932 den ihrer Bedeutung entsprechenden Stellenwert einräumen und die Ausweitung des
2933 Sportunterrichts (vierte Sportstunde) und der Talentsichtung durchsetzen. Vorausset-
2934 zung dazu sind angemessene Sport- und Schwimmstätten, eine attraktive Schulhof-
2935 gestaltung als Anreiz für tägliche Bewegung und fachkompetente Lehrerinnen und
2936 Lehrer sowie Erzieherinnen und Erzieher.

2937 **Sport im Quartier**

2938 Hamburg braucht einen verlässlichen Plan zum Neubau und zur Modernisierung von
2939 Sport- und Freizeitanlagen sowie Schwimmbädern, insbesondere im Zusammenhang
2940 mit der Entwicklung und Gestaltung von Wohnquartieren. Bei der Planung neuer Stadt-
2941 viertel und Entwicklung von Quartieren muss der Sport von Anfang an berücksichtigt
2942 werden Die Sportanlagen müssen dabei die Anforderungen des Vereinssports und des
2943 inklusiven Schulunterrichts gleichermaßen erfüllen.

2944 Das Landessportamt muss dabei seine Rolle als zentrale Instanz der Verwaltung für
2945 die Sportentwicklung aktiv wahrnehmen. Zur besseren Vernetzung des Landessport-
2946 amtes, der Sportverwaltung in den Bezirksämtern, Schulen, Kitas und Vereinen setzen
2947 wir uns für die Durchführung "Regionaler Sportkonferenzen" ein. Die Sportinfrastruktur
2948 muss mit den Standteilen wachsen. Das Verhältnis von Sportflächen zur Einwohner-
2949 zahl darf auch bei Nachverdichtung nicht sinken. Stattdessen wollen wir die vorhan-
2950 dene Fläche so ertüchtigen, dass die Nutzungszeiten erhöht werden können.

2951 **Modernisierung und intensive Nutzung der Sportstätten**

2952 Um ein qualitativ hochwertiges Sport- und Bewegungsangebot vor Ort zu gewährleis-
2953 ten, sind Investitionen in die Modernisierung und ein guter Zustand der Sportstätten
2954 unabdingbar. Die nachhaltige Instandhaltung und Pflege der öffentlichen Sportanlagen
2955 ist eine Daueraufgabe des Sportstättenmanagements in den Bezirken, die mit ausrei-
2956 chenden Mitteln verlässlich auszustatten sind.

2957 Hierfür ist nicht nur eine insgesamt größere Sportfläche eine Möglichkeit, sondern
2958 auch die intensivere Nutzung der bisher vorhandenen Fläche, z. B. durch Umwandlung
2959 von Naturrasen- und Grandplätze in moderne Kunstrasenplätze, bessere umweltge-
2960 rechte Ausleuchtung von Sportplätzen bei Dunkelheit und bei Bedarf Lärmschutzanla-
2961 gen. Um die verfügbare Netto-Nutzungszeit in den Hamburger Sportstätten insgesamt
2962 zu erhöhen, setzen wir uns für eine bessere Koordinierung der Vergabe ein. Wir möch-
2963 ten auch die Ausweitung der Spätnutzungszeiten bis 24:00 Uhr in städtischen Sport-
2964 hallen ermöglichen. Wir werden der Umwandlung von Sportflächen für den Wohnungs-
2965 bau nur zustimmen, wenn in erreichbarer Nähe gleichwertiger Ersatz zeitnah geschaf-
2966 fen wird.

2967 **ParkSport**

2968 Das Konzept von ParkSport als Freiraumgestaltung soll im Rahmen geeigneter städ-
2969 tebaulicher Entwicklungsprojekte berücksichtigt werden. Wir setzen uns auch für die
2970 weitere Errichtung von Bewegungsinseln in bestehenden Parks ein, die inklusive Mög-
2971 lichkeiten für Sportaktivitäten bieten. Zudem befürworten wir die Einrichtung von "Ur-
2972 ban Playgrounds", die bedarfsorientiert und flexibel für Sportangebote zur Verfügung
2973 gestellt werden können.

2974 **Zusammenarbeit mit dem organisierten Sport**

2975 Der organisierte Sport in Hamburg bildet mit seinen über 550.000 Mitgliedern das
2976 Rückgrat unserer Sportentwicklung. Das ehrenamtliche Engagement leistet einen
2977 Großteil der Arbeit, die den Sport für die Gesellschaft so wertvoll macht. Wir bekennen
2978 uns zum Sportfördervertrag und wollen ihn in den nächsten Jahren noch langfristiger
2979 aufstellen, um allen Beteiligten Planungssicherheit zu geben. Mittelfristig können wir
2980 uns den Übergang zu einem Sportförderungsgesetz vorstellen. Der Sportfördervertrag
2981 muss angesichts der erheblichen Kostensteigerungen im Energiesektor, die sich auch

2982 auf den Betrieb der Sportstätten auswirken, um eine Betriebskostenunterstützung er-
2983 gänzt werden.

2984 **Vereinsleben und Ehrenamt**

2985 Vereinseigene Sportanlagen sind Ausdruck einer lebendigen Vereins- und Verbands-
2986 landschaft und ein wichtiger Bestandteil des Sportangebots in unserer Stadt. Wir un-
2987 terstützen durch Bundes- und Landesprogramme finanzierte Bauvorhaben von Sport-
2988 verbänden und Vereinen und wollen weiterhin günstige Sportdarlehen über die städti-
2989 sche Investitions- und Förderbank zur Verfügung stellen. Zudem möchten wir neu ge-
2990 gründete Vereine dabei unterstützen, verlässliche Nutzungszeiten auf öffentlichen
2991 Sportflächen zu erhalten.

2992 Das ehrenamtliche Engagement von Betreuern, Übungsleitern, Organisatoren, Trai-
2993 nern und Schiedsrichtern spielt für den Breitensport eine herausragende Rolle. Viele
2994 sportbegeisterte Menschen in Hamburg engagieren sich in Vereinen und Clubs mit
2995 großem Einsatz, oft generationenübergreifend. Bereits seit längerem ist jedoch ein
2996 verstärkter Rückgang im Engagement im Sport zu beobachten.

2997 Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, das Ehrenamt im Sport in moderner Form
2998 analog zu den etablierten Sportlerehrungen auf Bezirksebene zu würdigen sowie lokal
2999 zugeschnittene Förderungen für freiwilliges Engagement zu entwickeln.

3000 **Sicherheit im Sport**

3001 Sportveranstaltungen in Hamburg gelten als sicher. Das gilt überwiegend auch für den
3002 Besuch der Fußballstadien in den unterschiedlichen Ligen. Um Gewalt vorzubeugen,
3003 ziehen wir notwendigen repressiven Maßnahmen die weitere Intensivierung des Dia-
3004 logs zwischen Vereinen und Verbänden, Fans, Ordnungsdiensten und -behörden,
3005 Fan- und Sicherheitsbeauftragten, Fanprojekten und der Polizei vor. Die Erfahrung im
3006 Hamburger Sport lehrt: Prävention ist oft wirksamer als Abschreckung und Bestrafung.

3007 Wir lehnen eine Beteiligung der Hamburger Sportvereine an den Kosten der Polizei-
3008 einsätze aus Gleichheitsgrundsätzen ab. Die Wahrung der Sicherheit im öffentlichen
3009 Raum ist eine originäre Staatsaufgabe, die nicht privatisiert werden sollte. In den Sta-
3010 dien haben die Vereine ihr Hausrecht mit hinreichendem Ordnungsdienst auf eigene
3011 Kosten zu wahren. Der Profisport leistet mit seinen Steuern und Abgaben seinen Bei-
3012 trag, kleinere Vereine wären völlig überfordert.

3013 **Nachhaltigkeit bei den öffentlichen Finanzen –** 3014 **Effiziente Öffentliche Verwaltung**

3015 Wir Freie Demokraten stehen für eine nachhaltige Politik, die rechnen kann. Wir Libe-
3016 ralen wollen einen finanziell gesunden Staat, der nachhaltigem Wirtschaften verpflich-
3017 tet ist. Die Politik darf nicht mehr verteilen, als die Bürger zu erwirtschaften in der Lage
3018 sind. Für die Belastung gegenwärtiger Steuerzahler halten wir Liberalen eine Leit-
3019 planke für erforderlich: Die Belastung durch direkte Steuern und Abgaben sollte nie-
3020 mals mehr als 50 Prozent betragen. Deswegen haben wir erfolgreich für die Einführung
3021 der Schuldenbremse gekämpft. Dies ist eine Verpflichtung für alle Regierungen im
3022 Bund und in Hamburg.

3023 Unser Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt, der Zukunftsinvestitionen gegenüber kurz-
3024 fristig motivierten Ausgaben den eindeutigen Vorzug gibt.

3025 Der Abbau des doppelten Haushaltsdefizits und die Entschuldung der Stadt bzw. des
3026 „Konzerns“ Hamburg haben für uns daher die höchste Priorität. Notwendige Mehrkos-
3027 ten müssen durch Einsparungen an anderer Stelle vollständig finanziert werden. Inso-
3028 weit stehen neue Maßnahmen generell unter Finanzierungsvorbehalt.

3029 **Hamburg entschulden**

3030 Es zeigt sich, dass die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse ihre Wirkung
3031 bisher lediglich im Kernhaushalt der Verwaltung entfaltet, jedoch wenig über die wirt-
3032 schaftliche Lage der Stadt aussagt. In Wahrheit ist der Konzern Freie und Hansestadt
3033 Hamburg – also Kernhaushalt zusammen mit allen öffentlichen Unternehmen – über-
3034 schuldet.

3035 Deshalb treten wir Freie Demokraten für eine nach kaufmännischen Gesichtspunkten
3036 solide Finanzpolitik und Buchführung (Doppik) ein, mit dem Ziel, die Überschuldung
3037 zunächst weiter im Kernhaushalt und bis 2050 im Konzern nachhaltig abzubauen. Das
3038 geht nur, wenn wir von der bisherigen kameralen zur ehrlichen doppelten Schulden-
3039 bremse übergehen und diese in der hamburgischen Verfassung festschreiben. Für
3040 den Schuldenabbau wollen wir zusätzliche Einnahmen und Zinseinsparungen zur Net-
3041 toschulden tilgung verwenden. Über den Bundesrat werden wir verhindern, dass der
3042 Bund den Ländern weitere finanzielle Lasten über Gebühr aufbürdet – hier setzen wir
3043 auf das Bestellerprinzip: „Wer bestellt, der bezahlt!“.

3044 Um die Kontrollrechte des Parlaments zu stärken, soll die Bürgerschaft das Recht der
3045 regel-mäßigen Befassung bei großen Kreditaufnahmen (> 50 Mio. Euro) in öffentlichen
3046 Unternehmen erhalten. Wir werden für Transparenz im Sponsoring der öffentlichen
3047 Unternehmen sorgen und die regelhaften Zuwendungen der Stadt kritisch überprüfen,
3048 insbesondere auf Doppelförderung und Sinnhaftigkeit.

3049 **Ein schlanker und leistungsfähiger Staat**

3050 Die finanzielle Konsolidierung wird nur mit systematischer Aufgabenkritik, Vermeidung
3051 von Doppelarbeit und konsequenter Digitalisierung gelingen. Deshalb wollen wir eine
3052 umfassende Aufgabenkritik in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung mit dem
3053 Ziel, die Anzahl der Verwaltungseinheiten auf jeder Ebene zu reduzieren. Dabei gehö-
3054 ren alle gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen auf den Prüfstand, um sie zu
3055 evaluieren und gegebenenfalls ersatzlos zu streichen. Wo es rechtlich möglich ist, sol-
3056 len Genehmigungs- und Informationserfordernisse durch Genehmigungsfiktionen er-
3057 setzt werden.

3058 Bei den Investitionen muss der Einsatz von Haushaltsmitteln zukünftig wieder effizien-
3059 ter erfolgen und damit den Haushaltsgrundsätzen der Sparsamkeit und Wirtschaftlich-
3060 keit entsprechen. Dies soll insbesondere dadurch erreicht werden, dass in Zeiten oh-
3061 nehin ausgelasteter Baukapazitäten die entsprechende Nachfrage nicht unnötig ver-
3062 größert und damit die Preise erhöht werden.

3063 Der Personalkörper im öffentlichen Dienst steht aufgrund des demographischen Wan-
3064 dels vor Herausforderungen. Ein zukunftssicheres Personalmanagement ist dafür un-
3065 erlässlich. Zum leistungsfähigen Staat gehört ein modernes und leistungsgerechtes
3066 Tarifsystem für den öffentlichen Dienst, dessen Entwicklung wir vorantreiben wollen,
3067 ebenso wie die Beschränkung der Verbeamtungen auf hoheitliche Aufgaben im enge-
3068 ren Sinne.

3069 **Eine Steuer- und Gebührenpolitik mit Augenmaß**

3070 Steuern sind kein Freifahrtschein für staatliche Experimentierlust, ideologische Spiel-
3071 wiesen und Klientelversorgung. Steuergeld gehört den Bürgern und muss ihnen in
3072 Form von Leistungen zurückgegeben werden. Für die Kernaufgaben des Staates ste-
3073 hen bereits ausreichende Steuereinnahmen zur Verfügung. Jede zusätzliche Steuer
3074 und Gebühr ist ein weiterer Eingriff in das Eigentum und muss stets gut begründet
3075 werden.

3076 Deutschland ist Hochsteuerland, sowohl für Bürger als auch Unternehmen. Dem steht
3077 Hamburg mit hohen Hebesätzen und Gebühren in nichts nach. Unsere Stadt muss
3078 attraktiv und bezahlbar bleiben. Deshalb werden wir die Gewerbesteuerhebesätze in
3079 Hamburg senken, uns für eine Überprüfung der Gebührenordnungen mit dem Ziel ein-
3080 setzen, dass Gebühren maximal in Höhe der verursachten Kosten erhoben werden.

3081 **Kalte Progression abbauen und Solidaritätszuschlag streichen**

3082 Wir wollen uns weiterhin für den Abbau der kalten Progression einsetzen und die Un-
3083 gerechtigkeit beseitigen, dass weniger als die Hälfte von Gehaltserhöhungen für den
3084 Arbeitnehmer zur freien Verfügung bleibt. Entschieden wehren wir uns gegen die Ein-
3085 führung neuer Steuern. Den Solidaritätszuschlag wollen wir nach wie vor komplett
3086 streichen und alle Steuerzahler ausnahmslos entlasten.

3087 **Eine echte Reform der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern**

3088 Die letzte Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen war de facto nur Umverteilung
3089 und Mehrbelastung für die Steuerzahler. Wir wollen dagegen ein föderales Finanzsys-
3090 tem, das an die regionale Wertschöpfung anknüpft, Wachstumsanreize setzt, die steu-
3091 erliche Eigenverantwortung der Bundesländer stärkt, die Steuerautonomie der Länder
3092 durch ein eigenes, landesspezifisches Hebesatzrecht bei der Einkommens- und Kör-
3093 perschaftsteuer festigt und die Finanzkraft und den Wettbewerb der Länder fördert.

3094 **Digitale und leistungsfähige Verwaltung**

3095 Die öffentliche Verwaltung beeinflusst mit ihren Anforderungen und Leistungen ganz
3096 erheblich die tägliche Lebensqualität der Bürger, die Erfolgsaussichten der Wirtschaft
3097 und das Gesicht der Gesellschaft insgesamt. Sie muss frei von politischer Einfluss-
3098 nahme, demokratisch legitimiert und rechtlich einwandfrei sein und im Kontakt mit den
3099 Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen rechtfertigen, das diese traditionell in sie
3100 setzt. Davon hängt auch entscheidend ab, ob das Vertrauen der Menschen in die Leis-
3101 tungsfähigkeit und Neutralität ihres Staatswesens erhalten bleibt.

3102 Eine moderne Metropole wie Hamburg muss den Anspruch haben, in der Verwaltung
3103 höchste Qualität, Effizienz und Schnelligkeit anzustreben – darauf hat der Bürger ein
3104 Recht. Hier muss mehr getan werden! Es muss möglich sein, alle Anliegen online klä-
3105 ren und durchführen zu können. Damit werden unnötige Termine in den verschiedenen
3106 Kundenzentren und Ämtern vermieden. Menschen sollen ihre Zeit nicht mit Warten auf
3107 staatliche Verwaltungsakte verbringen müssen. Speziell für Familien fordern wir eine
3108 Vereinfachung der Antragsstellung für die jährlichen KiTa- und Betreuungsgutscheine,
3109 sowie beim Kinder- und Elterngeld. Es muss dabei aber auch weiterhin möglich sein,
3110 einen analogen Zugang zu allen Leistungen zu bekommen.

3111 Bürgerfreundlichkeit vor Verwaltungsbequemlichkeit! Ein einziger Kontakt des Bürgers
3112 mit Verwaltungsbehörden muss ausreichen, auch wenn mehrere Behörden betroffen
3113 sind. Bürger und Unternehmen sollen nicht mehr zu verschiedenen Behörden müssen,
3114 um etwas zu erledigen, sondern nur noch zu einem Anlaufpunkt, an dem alles Nötige

- 3115 erledigt werden kann – am besten online.
- 3116 Die Bürger Hamburgs erwarten einen kompetenten, zügigen und freundlichen Service.
3117 Genehmigungen müssen daher so schnell wie möglich erteilt werden. Auf Genehmi-
3118 gungserfordernisse ist zu verzichten, wo keine zwingenden Gründe vorliegen. Aktive
3119 Zusammenarbeit mit Bürgern und Unternehmen ist mit heutigen Kommunikationsmit-
3120 teln kein Problem mehr.
- 3121 Wir wollen die Modernisierung der Hamburger Verwaltung durch die digitale Kommu-
3122 nikation als vorrangigem Kanal und weitgehende Datenvernetzung unter Beachtung
3123 von Datensouveränität. Zur Entlastung und Weiterentwicklung der Kundenzentrum soll
3124 das Onlinezugangsgesetz nutzerorientiert gestaltet werden. Wir wollen moderne Be-
3125 rufsbilder in der Hamburger Verwaltung verstärkt einführen. Wir setzen uns dafür ein,
3126 jede behördliche Dienstleistung in elektronischer Form über das Internet bereitzustel-
3127 len. Termine beim Kundenzentrum sollen somit zur Ausnahme werden.
- 3128 Es muss aber auch weiterhin die Möglichkeit geben, Verwaltungsdienstleistungen vor
3129 Ort zu erhalten. Terminvereinbarungen müssen daher auch per Telefon oder direkt im
3130 Kundenzentrum möglich sein.
- 3131 Wir Liberale wollen Paaren die Eheschließung in den Standesämtern erleichtern, denn
3132 die Vorfreude auf einen der schönsten Tage des Lebens soll nicht durch die frustrie-
3133 rende Terminsuche getrübt werden. Auf einer gemeinsamen Internetseite auf ham-
3134 burg.de sollen alle Standesämter inklusive möglicher Außenstellen übersichtlich auf-
3135 zufinden sein und Termine zentral vergeben werden.

120. FDP-Landesparteitag, 20. April 2024

Antragsteller:

LFA 2

Drs.: A2402/02

Ja
Nein
Enthaltungen
Angenommen *ja / nein*

Ja
Nein
Überwiesen *ja / nein*

„Fortentwicklung von Feuerwehr, Rettungsdienst und Katastrophenschutz in Hamburg“

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Neben der polizeilichen Gefahrenabwehr sind die alltägliche Bewältigung von Scha-
- 2 dens-, Unglücks-, und medizinischen Notfällen zentral für die Sicherheit der Hambur-
- 3 ger Bürger. Das System der staatlichen Daseinsvorsorge weist in diesem so wichti-
- 4 gen Bereich politisch verursachte Mängel auf, die sich über die Jahre angehäuft ha-
- 5 ben. Ferner werden bestehende Potentiale nicht genutzt.

- 6 Das Schutzversprechen der Feuerwehr an die Bürger kann nicht überall in der Stadt
- 7 eingelöst werden, da die Berufsfeuerwehr die vorgegebene Hilfsfristen bis zum Ein-
- 8 treffen beim notleidenden Bürger vielfach nicht erfüllt. Politisch wird der seit Langem
- 9 notwendige bedarfsgerechte Neubau zusätzlicher Berufsfeuerwehrwachen verzögert,
- 10 welche eine bessere Abdeckung des Stadtgebietes ermöglichen würden.

- 11 Das zweite, langfristige und lang bekannte Problem der Berufsfeuerwehr ist der Per-
- 12 sonalmangel, welcher sich auch auf die tagtägliche Besetzung der Löschzüge aus-
- 13 wirkt. Die Freiwilligen Feuerwehren können dies in Teilen kompensieren, brauchen
- 14 allerdings auch mehr Unterstützung, damit sich die Ehrenamtlichen Einsatzkräfte auf
- 15 Ausbildung und Einsatz konzentrieren können, ihr Einsatz wertgeschätzt wird und ihre
- 16 Wachgebäude nutzbar bleiben.
- 17 Notwendig ist daher die Erhöhung der finanziellen Mittel für die Feuerwehr Hamburg,
- 18 um den Neubau von Feuerwachen der Berufsfeuerwehr, die Intensivierung der Maß-
- 19 nahmen zur Personalwerbung, sowie der Stärkung der Freiwilligen Feuerwehren zu
- 20 ermöglichen.

- 21 Der Rettungsdienst sieht sich mit wachsenden Herausforderungen durch stetig stei-
- 22 gende Einsatzzahlen konfrontiert. Zentrales Problem ist, dass auch hier die Rettungs-
- 23 wagen nicht schnell genug beim Patienten eintreffen. Um den Herausforderungen zu

24 begegnen, müssen weitere Rettungsmittel in den Einsatz gebracht werden, sowie die
25 präklinische, klinische und ambulant-notdienstliche Versorgung besser verzahnt wer-
26 den. Auch müssen Neuerungen bei den zur Verfügung stehenden Rettungsmitteln er-
27 folgen.

28 Die Einheiten des Sanitätsdienstes der Hilfsorganisationen werden von der Stadt nicht
29 ausreichend unterstützt, und das ehrenamtliche Potenzial nicht genutzt, um für Groß-
30 schadensereignisse bestmöglich gewappnet zu sein. Daher ist hier die engere Einbin-
31 dung der bestehenden Einheiten der Hilfsorganisationen, die finanzielle Ausstattung
32 durch die Stadt, und die Schaffung einer einheitlichen Einsatzstruktur analog zur Frei-
33 willigen Feuerwehr notwendig.

34 Die Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden und Organisationen mit Sicher-
35 heitsaufgaben in und im Umland von Hamburg muss verbessert werden. Groß ange-
36 legte, organisationsübergreifende Übungen zur Vorbereitung auf
37 Großschadensereignisse müssen häufiger stattfinden.

38 **Feuerwehr Hamburg**

39 **Grundsätzliches Entwicklungspotenzial**

40 Länderübergreifende Vernetzung mit umliegenden Kommunen – Schaffung einer Si-
41 cherheitsregion Hamburg

- 42 • Hamburg ist Zentrum einer Metropolregion, und in den Randbezirken der Stadt
43 mit vielen angrenzenden Kommunen städtebaulich verwachsen. Ein wechselseitiger
44 Einsatz von Einsatzkräften über die Hamburger Landesgrenze findet im
45 Alltag nur in seltensten Fällen statt. Dabei steht gerade am Stadtrand oftmals
46 nicht schnell genug Verstärkung bereit.

47 Wir fordern daher die Gründung einer Sicherheitsregion Hamburg unter Beteiligung
48 der Kreisfeuerwehrverbände der Metropolregion sowie den Feuerwehren der angren-
49 zenden Kommunen, um die länderübergreifende Zusammenarbeit zu verbessern.

50 Die Kräfte der Feuerwehren und sollen bei Einsätzen am Stadtrand standardmäßig
51 auch auf die jeweilig andere Seite der Landesgrenze alarmiert werden können. Auch
52 gemeinsame Übungen sind erforderlich.

53 **Übungen für Großschadensereignisse**

- 54 • Übungen tragen erheblich zum Fähigkeitserhalt und feststellen von Verbesse-
55 rungspotenzialen bei. Daher fordern wir groß angelegte Übungen unter Einbin-
56 dung von Polizei und Hilfsorganisationen regelmäßig durchzuführen.

57 **Waldbrandeinheiten des Bundes**

- 58 • Bundesweit werden aufgrund zu erwartender steigender Einsatzzahlen Kon-
59 zepte zur Vegetations- und Waldbrandbekämpfung, sowie zur überregionalen
60 Hilfeleistung weiterentwickelt. Als leistungsfähigste kommunale Feuerwehr
61 Deutschlands mit geschlossenen Waldflächen in direkter Ballungsraumnähe
62 eignet sich Hamburg als Standort für experimentelle Einheiten zur Vegetations-
63 und Waldbrandbekämpfung des Bundes.

64 Priorisierung von Einsatzfahrzeugen im Verkehr

- 65 • Sogenannte Smart-Traffic-Systeme ermöglichen Einsatzfahrzeuge im Straßen-
66 verkehr zu priorisieren, sodass diese ihre Einsatzorte schneller und mit höherer
67 Sicherheit für die anderen Verkehrsteilnehmer erreichen können.

68 Wir fordern daher die Ausstattung aller Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr, Polizei und
69 Rettungsdienst mit Systemen zur Priorisierung von Einsatzfahrzeugen im Straßenver-
70 kehr, als Teil eines modernen und flächendeckenden Telematiksystems zur adaptiven
71 Regelung des Verkehrs.

72 Wasserrettung am Blankeneser Elbstrand

- 73 • Um für zukünftige Ertrinkungsnotfälle am Elbstrand besser aufgestellt zu sein,
74 fordern wir in den Sommermonaten bei hohem Besucheraufkommen Einsatz-
75 kräfte land- und wasserseitig am Elbstrand in Bereitstellung zu bringen. Ziel ist
76 es, so die Eintreffzeit der ersten Einheiten deutlich zu verkürzen. Ferner fordern
77 wir die Ausstattung mit und den verstärkten Einsatz von sogenannten Seiten-
78 Sicht-Sonaren zur Verbesserung der Unterwasser-Suchbemühungen der Ein-
79 satzkräfte.

80 Zusammenarbeit mit der Polizei bei kombinierten Gefahrenlagen

- 81 • Um Einsatzkräfte vor Bedrohungen durch Gewalttäter bei kombinierten Gefah-
82 renlagen besser zu schützen, müssen gemeinsame Vorgehensweisen erarbei-
83 tet, geübt und die Ausrüstung der Feuerwehr bezüglich ballistischen Schutzes
84 angepasst werden.
- 85 • Als zweite Stufe der Reaktion ist für die Zusammenarbeit mit Sondereinheiten
86 der Polizei (SEK, MEK, BFE) zu prüfen, ob von Seiten der Feuerwehr Einsatz-
87 kräfte mit besonderer Zusatzqualifikation nach Vorbild des Taktischen Feuer-
88 wehr Einsatzelements (TFE) der Berufsfeuerwehr Bern erforderlich sind, und
89 ob folglich eine Aufstellung einer solchen Einheit bzw. Schaffung vergleichbarer
90 Strukturen nötig ist.

91 **Berufsfeuerwehr**

92 Organisation und Einsatz der Berufsfeuerwehr

- 93 • Wir fordern, schnellstmöglich die nach feuerwehreigenen Daten erforderlichen
94 Feuerwachen in Langenhorn, Rissen, Bramfeld, und Niendorf neu zu bauen,
95 sowie die Feuerwachen Billstedt und Harburg zu verschieben, um die Erfüllung
96 des AGBF-Schutzziels zu gewährleisten. Darüber hinaus fordern wir, die beste-
97 henden Feuerwachen älterer Bausubstanz umfassend zu renovieren oder
98 ebenfalls neu zu errichten. Seit der letztmaligen Analyse von 2010 zusätzlich
99 aufgetretene Bedarfe sind festzustellen und in die Planungen einzuschließen.
- 100 • Falls zur Erfüllung der Hilfsfrist ausreichend, sind auf den neuen Wachen klei-
101 nere taktische Einheiten einzusetzen, oder diese nur tagsüber zu besetzen.
- 102 • Zur Bewältigung von Großschadenslagen und Unwettern fordern wir die Schaf-
103 fung von Bereitschaften der Berufsfeuerwehr, die zur personellen Verstärkung
104 der Diensthabenden Wachbereitschaft aktiviert werden können, um auch in
105 „Spitzenzeiten“ den Grundschutz sicherzustellen und Taktische Reserven zu
106 bilden.
- 107 • Um Kontaminationen mit krebserregenden Substanzen zu verhindern, muss
108 eine durchdachte Einsatzstellenlogistik für sämtliche kontaminierte Ausrüstung

109 der Feuerwehr, mittels eigener Sonderfahrzeuge, implementiert werden. Bauli-
110 che Maßnahmen zur Vermeidung von Kontaminationsverschleppung an den
111 Feuerwachen müssen rasch umgesetzt werden.

112 Verstärkte Einbindung der Werkfeuerwehren

- 113 • Zur Verbesserung der Fähigkeiten im Bereich der Industriebrandbekämpfung
114 fordern wir zu prüfen, inwiefern nach Vorbild der Gezamenlijke Brandweer
115 Rotterdam, die Zusammenarbeit mit den Werkfeuerwehren des hafennahen
116 Gewerbes intensiviert werden kann. Auch der Einsatz von Werkfeuerwehren
117 außerhalb ihres Betriebsgeländes zur Unterstützung des ersten Abmarsches
118 der Feuerwehr Hamburg halten wir für eine gangbare Möglichkeit zur Verbes-
119 serung der Hilfeleistung im Hafen. Selbiges ist auch für die beiden Flughafen-
120 feuerwehren Hamburgs zu prüfen.

121 Nach einer kritischen Analyse der Fähigkeiten bestehender Einsatzfahrzeuge müssen
122 Fähigkeitslücken bei der Industriebrandbekämpfung gezielt durch Neubeschaffungen
123 geschlossen werden.

124 Ausbildung an der Feuerwehrakademie Hamburg

- 125 • Die Feuerwehrakademie Hamburg als zentrale Ausbildungseinrichtung der
126 Feuerwehr Hamburg ist ein weiteres Beispiel für den Investitionsstau bei der
127 Feuerwehr Hamburg. Chancen, die Fläche im unmittelbaren Umfeld zu erwei-
128 tern wurde nicht genutzt. Erst kürzlich wurde der Neubau weiterer Unterrichts-
129 gebäude eingeleitet.

130 Für die weitere Entwicklung der Feuerwehrakademie fordern wir weitere Flächen in
131 Hamburg-Billbrook zu erwerben, um ausreichend Platz für zeitgemäße Übungsanla-
132 gen zur Verfügung zu haben.

133 Für die Lehrgangsteilnehmer muss ausreichend Parkraum in unmittelbarer Nähe der
134 Feuerwehrakademie geschaffen werden.

- 135 • Zu Ausbildungszwecken benötigt die Feuerwehr immer wieder Übungsobjekte.
136 Wir möchten, dass während der Prüfung der Zulässigkeit des Abrissantrages,
137 bis auf Widerspruch des Antragstellers Kontaktdaten an die Feuerwehr weiter-
138 gegeben werden, sodass mit den Bauherren des Abrisses zielgerichtet in Kon-
139 takt getreten werden kann, um Übungen in den Objekten durchzuführen. Per-
140 sonalgewinnung für die Berufsfeuerwehr

- 141 • Die Sicherheit Hamburgs muss, anders als in der Vergangenheit, durch eine
142 langfristige Personalplanung gewährleistet werden. Es muss sichergestellt wer-
143 den, dass eine möglichst geringe Differenz zwischen Soll und Ist bei der Stel-
144 lenbesetzung, insbesondere auf den Einsatzfahrzeugen im Einsatzdienst be-
145 steht. Bemühungen zur Personalgewinnung, wie der neu geschaffene
146 Ausbildungsberuf „Feuerwehrmann/frau“ und der Werbekampagne „Feuer im Her-
147 zen?“, müssen intensiviert werden. Es ist zu prüfen, ob über die SAGA bzw. den sozi-
148 alen Wohnungsbau für Berufsfeuerwehrleute priorisiert Wohnraum bereitgestellt wer-
149 den kann.

150 Möglichkeiten die Arbeit bei der Berufsfeuerwehr Hamburg in TV-Dokumentationen als
151 abwechslungsreich und abenteuerreich zu präsentieren, sollen genutzt werden. Der
152 NDR sollte deshalb ermutigt werden nach Vorbild von ‚Feuer und Flamme‘ des WDR
153 ein vergleichbares Sendeformat zu etablieren, in dem verschiedene Feuerwachen in
154 der tagtäglichen Einsatzbewältigung begleitet werden.

155 Fahrzeuge und Technik der Berufsfeuerwehr

- 156 • Für den Einsatz in Innenstadtbereichen ist der Einsatz von kompakteren Ein-
157 satzfahrzeuge zu prüfen und dies bei zukünftigen Fahrzeugbeschaffungen zu
158 berücksichtigen.
- 159 • Politisch-Ideologisch motivierte Beschaffungen von in der Regel unverhältnis-
160 mäßig teuren Einsatzfahrzeugen mit erneuerbaren Antriebskonzepten und die
161 ungerechtfertigte Bevorzugung dieser gegenüber Herkömmlichen Antrieben
162 trotz minimaler ökologischer Effekte lehnen wir ab.
- 163 • Technische Innovationen zu nutzen, gegebenenfalls einzufordern und in Zu-
164 sammenarbeit mit der Industrie zu entwickeln, muss Teil des Selbstverständ-
165 nisses der Feuerwehr Hamburg sein. Jüngere technische Innovationen im Be-
166 reich der Robotik sollen in Hamburg erprobt werden. Perspektivisch ist der flä-
167 chendeckende Einsatz von autonomen Drohnen zur Vorerkundung von Ein-
168 satzstellen zu prüfen, sowie eine valide Rechtsgrundlage hierfür zu schaffen.

170 **Freiwillige Feuerwehr**

171 Organisation und Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr

- 172 • Im Atemschutzeinsatz ist die Absicherung der im Innenangriff befindlichen Feu-
173 erwehrleute besonders wichtig. Folglich treten wir für die Bildung von mindes-
174 tens einer Sonderkomponente „Atemschutznotfalltrainierten Staffel (ANTS)“ pro
175 Bereich ein, um die Sicherheit der Atemschutzgeräteträger im Innenangriff zu
176 verbessern.
- 177 • Wir fordern die Überprüfung, ob und welche Wehren tagsüber Alarmierungsge-
178 meinschaften bilden können, um die Tageseinsatzbereitschaft der Freiwilligen
179 Feuerwehren zu verbessern und so die notwendige Mindeststärke für das Ein-
180 satzmittel an der Einsatzstelle zu erreichen.
- 181 • Zur zielgerichteten Planung der Einsatzbereitschaft fordern wir die flächende-
182 ckende Einführung einer einheitlichen, von der Stadt bereitgestellten Alarmie-
183 rungsapp mit Echtzeit- und vorgeplanter Verfügbarkeit, Geofencing, und Alar-
184 mierungsrückmeldung, sowie Echtzeit-Monitoring der ausrückenden Freiwilli-
185 gen Feuerwehr durch die Rettungsleitstelle.

186 In weiten Teilen des einwohnerreichen, innenstadtnahen Hamburger Ostens sind
187 keine Freiwilligen Feuerwehrwachen vorhanden. Zur personellen Stärkung der
188 Freiwilligen Feuerwehr Hamburg und Verbesserung der Sicherheit der betreffen-
189 den Stadteile fordern wir daher weitere Freiwillige Feuerwehren für die Stadteile
190 HafenCity, St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, und Dulsberg neuzugründen.
191 Auch für die Stadtteil Hoheluft-Ost und Eppendorf fordern wir, unter Erhalt der als
192 Technischer Zug bestehenden hoch spezialisierten Freiwilligen Feuerwehr Eppen-
193 dorf, eine Neugründung im Stadtteil. Die notwendige Flächensuche für die neuen
194 Feuerwehrhäuser ist frühzeitig einzuleiten, um jahr(zehnte)lange Verzögerungen
195 künftig zu vermeiden.

196 Bei zukünftigen Stadtentwicklungsprojekten müssen frühzeitig Flächen für neue Feu-
197 erwachen freigehalten und mögliche Neugründungen Freiwilliger Feuerwehren vorge-
198 plant werden.

- 199 • Für bestehende Freiwillige Feuerwehren in den innerstädtischen Stadtteilen mit
200 hoher Bevölkerungsdichte und großer Einwohnerzahl fordern wir zusätzlich zu
201 prüfen, ob die Schaffung weiterer Standorte im Einsatzrevier zweckmäßig ist,
202 um die Ausrücke- und Eintreffzeiten zu verbessern.

- 203 • Im Einsatz ist es für die Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr besonders
204 wichtig, von ihrem jeweiligen Aufenthaltsort schnellstmöglich zur Wache zu ge-
205 langen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Verstößen gegen die StVO gemäß
206 §35 StVO gerechtfertigt, obwohl es in Hamburg grundsätzlich eine Berufsfeu-
207 erwehr gibt. Um den anderen Verkehrsteilnehmern, die in Anspruch nahmen
208 von Sonderrechte gemäß §35 StVO kenntlich zu machen, fordern wir für alle
209 Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Mittel zur Markierung ihrer Kfz bei Ein-
210 satzfahrten zur Verfügung zu stellen.
- 211 • Zur Verbesserung des Ausbildungsstandes neuer Freiwilliger Feuerwehrleute
212 sind für diese, nach Abschluss der Truppmann- und Atemschutzgeräteträger-
213 Ausbildung, Teilnahmen an Wachdienste auf Berufsfeuerwehrwachen zu etab-
214 lieren.

215 Wachgebäude und Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr

- 216 • Durch einen jahrelangen Sanierungsstau sind an zahlreichen Wachen der Frei-
217 willigen Feuerwehr schlechte Zustände entstanden. Die Sanierung oder der
218 Neubau von Feuerwachen der Freiwilligen Feuerwehr muss forciert werden.
- 219 • In den vergangenen Jahren sind immer wieder von der Stadt Flächen in unmit-
220 telbarer Nähe der bestehenden, meist zu kleinen Feuerwachen der Freiwilligen
221 Feuerwehr veräußert worden. Dies limitiert dann die Möglichkeiten einer Fort-
222 entwicklung der jeweiligen Standorte und erzeugt im Verlauf deutlichen finanzi-
223 ellen und organisatorischen Mehraufwand. Wir fordern deshalb in Abstimmung
224 mit den Wehrführungen vor Ort niederschwellig die räumlichen Entwicklungsmö-
225 glichkeiten der Wehren in ihrem Stadtteil fortlaufend zu evaluieren.
- 226 • Der Stadt muss daran gelegen sein, die ehrenamtlichen Helfer der Freiwilligen
227 Feuerwehr nicht unnötig zu belasten. Zur Entlastung bei der zeitaufwendigen
228 Fahrzeug- und Gerätepflege gilt es jedem Bereich der Freiwilligen Feuerwehr
229 hauptamtliche Gerätewarte zuzuteilen. Zur Reinigung der Feuerwachen sind fi-
230 nanzielle Mittel bereitzustellen, um Reinigungsdienste zu beauftragen.
- 231 • Wir begrüßen die Modernisierung der Löschfahrzeuge im Fuhrpark der Freiwil-
232 ligen Feuerwehr Hamburgs. Aber auch die Sonderfahrzeuge müssen auf dem
233 aktuellen Stand der Technik bleiben. Für die Feuerwehren in innerstädtischer
234 Lage ist zukünftig die Beschaffung kompakterer Einsatzfahrzeuge zu prüfen.
- 235 • Alle Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Hamburg sollten für logistische Aufga-
236 ben ein Mehrzweckfahrzeug/Mannschaftstransportfahrzeug erhalten. Bisher
237 werden diese Aufgaben von durch Spenden finanzierten, und von den Förder-
238 vereinen der jeweiligen Feuerwehren bezahlten Fahrzeugen wahrgenommen.

239 Mitgliederfindung und Mitgliederbindung der Freiwilligen Feuerwehr

- 240 • Im Bereich der Mitgliederbindung müssen einerseits die Ehrenamtlichen, ent-
241 lastet, andererseits gefördert werden. Zur Unterstützung und Wertschätzung
242 des ehrenamtlichen Dienstes sind Vorschläge der Freiwilligen Feuerwehrleute
243 selbst einzuholen und unbürokratisch umzusetzen. Sportliche Betätigung soll
244 gezielt gefördert und Sportmöglichkeiten geschaffen werden.

245 Um den zeitlichen Aufwand für die ehrenamtliche Arbeit in der Feuerwehr zu vergüten,
246 fordern wir die Auszahlung einer angemessenen Aufwandsentschädigung entspre-
247 chend dem Dienstgrad. Zusätzlich soll am Jahresende je geleisteter Einsatzstunde
248 eine Entlohnung erfolgen.

249 Die Ehrenamtlichen Führungskräfte sind weitestmöglich von Bürokratie zu entlasten.
250 Die priorisierte Bereitstellung von Wohnraum für Freiwillige Feuerwehrleute durch den

251 sozialen Wohnungsbau sind zur Mitgliederbindung geboten. Zur Mitgliederbindung
252 muss die Kampagne „112 Ehrensache“ in ganz Hamburg fortgesetzt und forciert wer-
253 den.

- Die in der Verordnung über die Freiwillige Feuerwehren festgeschriebene Wohnortregelung für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr wollen wir abschaffen. Wir sind dankbar über jeden Bürger, der sich ehrenamtlich für die Gesellschaft engagieren möchte. Bei Umzug aus dem eigenen Revier heraus müssen Mitglieder einer Freiwilligen Feuerwehr Bestandsschutz in ihrer Wehr haben. Bei auftretenden Konflikten ist im Einzelfall zu vermitteln. Pauschale Regelungen durch die übergeordnete Führung der Feuerwehr lehnen wir ab.

261 Um den Übertritt von der Jugendfeuerwehr in die Einsatzabteilung der Freiwilligen
262 Feuerwehr zu vereinfachen, sollten die Jugendlichen ab dem Alter von 16 Jahren an
263 den Dienstabenden und Fortbildungen der Freiwilligen Feuerwehr teilnehmen, und im
264 Einzelfall an Einsätzen teilnehmen dürfen.

265 **Rettungsdienst Hamburg**

266 Organisation und Einsatz des Rettungsdienstes

- Als FDP Hamburg begrüßen wir die Einbindung der Hilfsorganisationen ASB, JUH, DRK und MHD. Nach langjährigem Stillstand ist so die notwendige Dynamik geschaffen worden, um auf bestehende und zukünftige Herausforderungen adäquat zu reagieren. Wir begrüßen die Richtungsentscheidung der Innenbehörde den Rettungsdienst als Teil der staatlichen Daseinsfürsorge in rein staatliche/teilstaatliche Aufgabenwahrnehmung zu überführen.
- Wir fordern die Vereinheitlichung des Auftretens sowie aller Rettungsdienstfahrzeuge, Ausrüstung und Bekleidung der genannten Leistungserbringer im Rettungsdienst unter dem Dach der Marke Rettungsdienst Hamburg.
- Wir fordern die bedarfsgerechte Ausschreibung weiterer Rettungswagen bis der Erreichungsgrad der Hilfsfrist signifikant und spürbar gestiegen ist. Gleichzeitig fordern wir zur besseren Vorausplanung eine weitreichende Analyse zukünftiger Bedarfe.
- Die Hilfsfrist für das Eintreffen des Rettungsdienstes muss, abgestuft nach der Dringlichkeit des medizinischen Problems und einer daraus folgenden mehrstufigen Priorisierung, gesetzlich festgesetzt werden.

283 Neue Einsatzmittel – NKTW, REF und FISO

- Zur weiteren Entlastung der Ressource Rettungswagen (RTW) fordern wir die zeitnahe Einführung sogenannter Notfall-Krankentransportwagen (NKTW) für weniger dringende Notfalleinsätze.
- Ferner soll der Einsatz sogenannter Rettungseinsatzfahrzeuge (REF), besetzt durch einen erfahrenen und besonders fortgebildeten Notfallsanitäter, im großstädtischen Rettungsdienstalltag erprobt werden.
- Nach Vorbild des Rettungsdienstes in Wien sollen sogenannte Field-Supervisor (FISO) als eigenständige taktische Einheiten implementiert werden, um bei herausfordernden Einsatzsituationen niederschwellig die organisatorische Leitung des Einsatzes übernehmen, und so die behandelnden Rettungsdienstmitarbeiter und Notärzte zu entlasten, sowie das Qualitätsmanagement an der Einsatzstelle zu gewährleisten.

296 First Responder – als Erste vor Ort
297 • Insbesondere bei lebensbedrohlichen Verletzungen und Krankheitsbildern ist
298 die Zeit bis zur Einleitung von Maßnahmen der medizinischen Versorgung ent-
299 scheidend für den Patienten.

300 Deshalb fordern wir, zur Überbrückung des therapiefreien Intervalls unterhalb des Ret-
301 tungsdienstes zwei weitere Ebenen einzubauen. Die erste Ebene sind qualifizierte
302 Ersthelfer, mit medizinischer Ausbildung, die bei dringenden, lebensbedrohlichen Not-
303 fällen in örtlicher Nähe über eine App alarmiert werden können. Auch ambulante me-
304 dizinische Einrichtungen möchten wir anschließen.

305 Als zweite Ebene sollen bei akuter Lebensgefahr standartmäßig Einsatzkräfte anderer
306 BOS alarmiert werden, wenn sie schneller am Einsatzort sein können als der
307 Rettungsdienst. Nach Wiener Vorbild sollen daher zur Intervention bei Herz-Kreislauf-
308 Stillstand alle Streifenwagen der Polizei und alle selbstständigen taktischen Einheiten
309 der Feuerwehr mit Automatischen Externen Defibrillatoren (AED) ausgestattet werden.

310 Zusammenarbeit mit dem Arztruf Hamburg der Kassenärztlichen Vereinigung
311 Die Verzahnung der verschiedenen Versorgungsebenen ist von zentraler Bedeutung
312 für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen in der präklinischen- und ggf.
313 ambulanten Versorgung von Patienten. Daher ist die Verbesserung der Zusammenar-
314 beit zwischen Kassenärztlichem Notdienst/Arztruf (ambulante Versorgung) und dem
315 öffentlichen Rettungsdienst (präklinische Notfallversorgung) dringend geboten. Wir
316 fordern den Senat auf die administrative und operative Zusammenarbeit beider Insti-
317 tutionen zu verbessern.

318 Verknüpfung von präklinischer und klinischer Versorgung in der Rettungsleitstelle
319 • Bisher ist der Grad der Koordination und Verknüpfung von präklinischer und
320 klinischer Notfallversorgung in Hamburg regelrecht peinlich. Bisher findet
321 keinerlei Steuerung der Rettungswagen-Transporte in die Notaufnahmen der
322 Krankenhäuser statt, sodass örtlich Überbelastungen entstehen. Eine adäquate
323 medizinische Versorgung ist sodann gefährdet.
324 • Daher fordern wir für Hamburg die Einführung eines Echtzeit-Betten- und Ver-
325 sorgungsmanagements durch die Rettungsleitstelle für alle Krankenhäuser mit
326 Anbindung an die Notfallversorgung, zur effektiven Koordinierung der Rettungs-
327 dienstTransporte.

328 Bis zur Einführung des Bettenmanagements müssen Krankenhäuser weiterhin ihre
329 Notaufnahme wegen Überlastung Sperren dürfen.
330 • Notrufe müssen zukünftig nach der Dringlichkeit des medizinischen Problems
331 einer Priorisierung unterzogen werden, um Rettungsmittel lagegerecht einset-
332 zen zu können.

333 Mittelfristig muss die Rettungsleitstelle zu einer integrierten Gesundheitsleitstelle wei-
334 terentwickelt werden, die Ebenen der präklinischen, ambulanten und notfallmedizini-
335 schen Versorgung miteinander verknüpft, und durch standardisierte Notrufabfrage
336 eine adäquate Patientenversorgung einleiten kann.

337 Kompetenzen des Rettungsdienstfachpersonals ausweiten

- 338 • Wir fordern die Freigabe weitreichender Kompetenzen für Notfallsanitäter bis
339 an die Grenzen der bundesweiten rechtlichen Regelungen. Wo noch nicht er-
340 folgt, sind dazu die Rettungswagen auf die bundeseinheitlichen DIN-Beladung
341 aufzurüsten, sodass sie auch ohne Rendezvous mit einem Notarzteinsatzfahr-
342 zeug normgerecht ausgestattet sind.
- 343 • Auch für Rettungssanitäter müssen vergleichbaren bundesweiten rechtlichen
344 Rahmenbedingungen zu Kompetenzen in der Patientenversorgung wie für den
345 Notfallsanitäter geschaffen werden. Daher fordern wir vom Senat das Hinwirken
346 auf eine entsprechende bundeseinheitliche gesetzliche Regelung und bis dahin
347 die verbindliche Regelung der Kompetenzen von Rettungssanitätern. Kranken-
348 transporte koordinieren und einbinden
- 349 • Zur besseren Steuerung der Ressourcen der privaten Krankentransportunter-
350 nehmen fordern wir, dass die Feuerwehr Hamburg als zuständige städtische
351 Stelle einen geeigneten Träger mit der Vergabe und Koordination aller private-
352 durchgeführten Krankentransporte gesetzlich Krankenversicherter in Hamburg
353 durch eine Leitstelle beauftragt. Hierdurch soll die Bindung von RTWs des Re-
354 gelrettungsdienstes zur Krankenförderung vermindert werden.
- 355 • Die Bandbreite, der durch RTW-Besatzungen im Notfalleinsatz nachzufordern-
356 der Ressourcen muss nach unten hin vergrößert werden, sodass bei unkriti-
357 schen Einsatzlagen unterhalb dem NKTW noch KTWs privater Krankentrans-
358 portunternehmen und Taxi-Unternehmen einbezogen werden, damit keine Res-
359 sourcen der Notfallrettung für notwendige, aber nicht zeitkritische Transporte
360 von Patienten in Krankenhäuser gebunden werden. Die Nachalarmierung von
361 privaten KTWs zu nicht-zeitkritischen Transporten soll ebenfalls die neue Lei-
362 stelle für Krankentransporte übernehmen.

363 Für die Vergabe von Transportaufträgen an Taxi-Unternehmen hat die Rettungsleit-
364 stelle eine digitale, öffentliche Plattform zu schaffen, auf der die Taxiunternehmen die
365 Aufträge übernehmen können. Wie bei der Anforderung von Krankentransporten müs-
366 sen Taxifahrten in medizinische Einrichtungen im Vorhinein ärztlich angeordnet wer-
367 den können.

- 368 • Alle KTWs auf Hamburgs Straßen sollen verpflichtend, wenn sie gerade keinen
369 Transport durchführen, in das beschriebene First-Responder-System einge-
370 bunden werden.

371 Wissenschaftliche Forschung ermöglichen

- 372 • Zur Weiterentwicklung der Notfallversorgung möchten wir die wissenschaftliche
373 Forschung an Verfahren, Maßnahmen, und Taktiken im Hamburger Rettungs-
374 dienst fördern.

375 Gesundheitskompetenz stärken

- 376 • Sensibilisierung und Aufklärung über Versorgungsstrukturen und Aufgaben des
377 Rettungsdienstes sind dringend notwendig, um der Inanspruchnahme des Ret-
378 tungsdienstes bei fehlender Erforderlichkeit vorzubeugen.
- 379 • Zur Verbesserung des Wissens über den Aufbau unseres Gesundheitssystems
380 fordern wir gezielte Öffentlichkeitsarbeit, sowie an allen allgemeinbildenden
381 Schulen einen verpflichtenden Projekttag Gesundheit einführen. In diesem
382 Zuge soll dann auch eine Grundlagenvermittlung in Erster Hilfe mit Schwer-
383 punkt Laienreanimation erfolgen.

- 384 Überbeanspruchung des Rettungsdienstes durch Obdachlose
385 • Die eskalierenden Zustände bei Obdachlosigkeit in Hamburg belasten auch
386 Rettungsdienst und Krankenhäuser. Wir fordern die Schaffung einer Zentral-
387 stelle für Obdachlose, in der Obdachlose sozialmedizinisch versorgt und wieder
388 auf ein reguläres Dasein vorbereitet werden.

389 **Katastrophenschutz & Sanitätsdienst**

390 Organisation und Einsatz des Sanitätsdienstes

- 391 • Wir fordern die Weiterentwicklung der bestehenden Struktur zu einem einheit-
392 lichen Katastrophenschutz unter Führung durch die Innenbehörde nach Vorbild
393 der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg. Wie bei hauptberuflicher Berufsfeuerwehr
394 und ehrenamtlicher Freiwilliger Feuerwehr soll der ehrenamtlich getragene sa-
395 nitätsdienstliche Katastrophenschutz den hauptberuflichen Rettungsdienst un-
396 terstützen.

397 Die Finanzierung der Aufgabenerfüllung soll alleinig aus staatlichen Mitteln erfolgen.

- 398 • Unter Einbeziehung der bestehenden Katastrophenschutzeinheiten der Hilfsor-
399 ganisationen soll eine Zuteilung von Revieren für die jeweiligen Einheiten erfol-
400 gen. Innerhalb dieser Reviere zentral gelegen sollen sich die von der Stadt ge-
401 tragenen Standorte der Einheiten befinden. Wo große Gebiete keiner bestehen-
402 den Einheit zugeordnet werden können, sind neue Einheiten aufzustellen. Ana-
403 log zur Führungsstruktur der Freiwilligen Feuerwehr werden mehrere Standorte
404 dann nach geografischer Lage in Bereiche, und diese wiederum zu Landesbe-
405 reichen zusammengefasst, sodass eine einheitliche Führungsstruktur über die
406 Grenzen der einzelnen Hilfsorganisationen hinweg entsteht.
- 407 • Die Ausstattung der einzelnen Einheiten mit Fahrzeugen und Geräten soll in
408 definierten Modulen vereinheitlicht werden. Die Grundausstattung jeder Einheit
409 ist dabei eine Schnelle Einsatzgruppe Sanität. Diese kann dann nach Vermögen
410 und bisheriger Ausrichtung der einzelnen Einheit um weitere Module bzw. Son-
411 derkomponenten ergänzt werden.
- 412 • Die Ausbildung der Helfer und insbesondere der Führungskräfte im Katastro-
413 phenschutz muss organisationsübergreifend stattfinden oder nach Vorgaben
414 der Innenbehörde vereinheitlicht werden.